D 20930E

# links

## Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Nr. 28
Dezember '71 DM 1,20

# Ihr Kinderlein kommet . . .

**Frauen lehnen sich auf gegen den staatlich verordneten Gebärzwang. § 218 des Strafgesetzbuches verbietet Abtreibung, aber er verhindert sie nicht. Er droht den Frauen Strafe an, aber er hilft ihnen nicht. Bisher schwiegen die Frauen und handelten zu Tausenden täglich, isoliert im Dunkel der „Privatsphäre", im Gemunkel der Eingeweihten hinter vorgehaltener Hand ihre Erfahrungen austauschend. — Im Jahr 1965 schätzte die UNO die Zahl der Abtreibungen auf jährlich 30 Millionen, eine halbe bis zwei Millionen davon in der BRD; die Dunkelziffer läßt keine genaueren Angaben zu. Jetzt erreichte die Aktion § 218 (vor allem auch die Selbstbezichtigungsaktion, die im „Stern" nach französischem Vorbild publiziert wurde) eine gewisse öffentliche Solidarisierung: Abtrei-**

FORTSETZUNG SEITE 3

## In dieser Ausgabe:

**Kommentare**

Kirsten Schäfer: Paragraph 218 1

Kurt Hammer: Linke im öffentlichen Dienst 4

Peter van Spall: Lehrlinge dürfen streiken 5

Vinzenz S. Josselsohn: Der Hüter der Verfassung 5

Andreas Buro: EWG 7

**Militär**

Eva Senghaas-Knobloch: Rüstungskontrolle 8

**Ökonomie**

Paul Mattick: Imperialismus 11

**International**

Rainer Werning: Japans Wirtschaftsoffensive 15

**Landwirtschaft**

Onno-Hans Poppinga: Bauernfrage II 17

**Organisationen**

Aktion gegen Wagenbach 19

Hamburger Lehrlingszentrum 21

**Modelle**

SEAT-Streik 22

**Linker Digest**

Kambodscha 24

**Das neue „plakat" bringt die Karikatur dieser Titelseite „Moralismus — Auf dem Rücken der Frau?" sowie Informationen über und Agitation gegen den § 218 (Format DIN A 2). Bezug plakat, c/o Peter Grohmann, 7 Stuttgart 1, Kernerstr. 49.**

# links

## Sozialistische Zeitung

**Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie**

- **aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort, herausfindet;**
- **die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits, durchbricht;**
- **Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen oder gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;**
- **eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.**

**Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung kann nur Prozeßcharakter haben. Sowenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der sozialistischen Gruppierungen entsprechen würde, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten, dies auch als Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Gruppen, neuer Aktionsformen. Hier sieht das „Sozialistische Büro", das „links" herausgibt, seine Funktion. Ein Instrument der besseren Kommunikation will „links" sein – ohne Monopolansprüche. „links" wird nicht jenen linken Journalismus pflegen, der dem Konsum revolutionär anmutender Euphorien dient. Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.**

**Redaktion „links"**

●

**Um beide Projekte, das Sozialistische Büro und die Zeitung „links", tragen zu können, haben wir den „Fördererkreis Sozialistisches Büro" gegründet. Die Förderer bestimmen die Höhe ihres Beitrages selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,–) und erhalten dafür regelmäßig die Zeitung „links" kostenlos zugesandt. ( Weiterhin gibt das Sozialistische Büro u. a. einen Info für progressive Lehrer und eine „Sozialistische Betriebskorrespondenz" heraus.)**

**Arbeitsgruppe**
**Sozialistisches Büro,**
**605 Offenbach 4, Postf. 591**
**PSK: Frankfurt/M. 295680**

# Informationen

## Aus der Traum

Unsanft wurden kürzlich die „Volksaktionäre", die dem Bankhaus Gebrüder Bethmann ihre Aktien anvertraut hatten, aus ihren Träumen gerissen. Hatte man vor Jahren mit den Privatisierungsaktionen von Preußag, Volkswagen und VEBA viele Tausend Kunden gewonnen, denen mit der Einrichtung von Wertpapier-Depots der Duft der großen, weiten Welt des „Kapitalismus für alle" vorgegaukelt wurde, so wird heute zur Abgabe dieser Papiere geraten, denn – so die Bethmann-Bank – „das Ergebnis ist enttäuschend". Die Anwendung moderner technischer Hilfsmittel wie Computer – Voraussetzung erfolgversprechender Depot-Führung – lohnt sich erst, wenn bei den Wertpapieren Quantität in Qualität übergeht: Wenn aus Spargroschen ein Vermögen wird. Das beginnt bei der Bethmann-Bank beispielsweise erst bei 50 000 DM Kurswert des Depots. Alle unter diesem Wert liegenden Klein-Depots bringen weder der Bank noch dem „Volkskapitalisten" befriedigende Profite. Klein-Depots sind ein Luxus, den sich eigentlich nur die Großen leisten können. Die Frankfurter Rundschau kommentiert: „Außer Spesen nichts gewesen".

## ZK der KP Griechenlands verhaftet

Zusammen mit dreiunddreißig weiteren Kommunisten wurden die führenden Mitglieder der Kommunistischen Partei Griechenlands (Inland), Partsalidis und Dracopoulis, verhaftet. Damit wurde die Zentrale des innergriechischen kommunistischen Widerstandes gegen die Diktatur der Obristen zerschlagen. Die Delegation des Büros des Zentralkomitees der KPG (Inland) in Paris dementierte offizielle Berichte der Obristen, die Verhaftungen seien durch Denunziationen führender ZK-Mitglieder der KPG (Inland) ermöglicht worden. Sie deutete demgegenüber an, die Denunziationen stammten von der mit der Sowjetunion und den sozialistischen Staaten zusammenarbeitenden Gruppe Kolyannis, die den Kampf gegen die Militärdiktatur in Griechenland „allein vom Aspekt der kurzfristigen staatlichen Interessen der sozialistischen Länder betrachtet und in der Tat die Notwendigkeit konkreter und effektiver Unterstützung des antiimperialistischen Kampfes der Völker unterschätzt" (Erklärung des Büros des ZK der KPG (Inland) vom 25. Mai 1971).

## Juso Strategie

Neue Konflikte zwischen der SPD und den Jungsozialisten bahnen sich im Bezirk Hannover an. Auf der Delegiertenkonferenz der Jungsozialisten in Hannover verabschiedeten die Delegierten mit großer Mehrheit ein Arbeitspapier zur Strategie und zum Selbstverständnis, das im kommenden Jahr als Grundlage der politischen Arbeit gelten soll. Das Arbeitspapier geht von der Annahme aus, daß eine reformistische Politik zum Scheitern verurteilt sei und schätzt die „Möglichkeit, sozialistische Vorstellungen in den Rathäusern durchzusetzen", außerordentlich gering ein, da die dort vorhandene Abhängigkeit von den Kapitaleignern zu groß ist. Die Basisarbeit müsse stärkere Mobilisierung der unterprivilegierten Schichten, einen größeren Druck gegen die gegenwärtige Reformpolitik der SPD, die nicht als sozialistisch bezeichnet werden könne, erreichen. Führende Sozialdemokraten zeigen sich besorgt: „Diese Thesen haben mit Sozialdemokratie wenig gemein".

## Neue Hinrichtungen in Persien

Wie die Conförderation der Iranischen Studenten (CISNU) jetzt nachweisen konnte, hat das Schah-Regime in Persien von 42 angeklagten und eingekerkerten Oppositionellen fünf der Gefangenen in einem Militärprozeß geheim verurteilt und bereits am 9. 10. 1971, eine Woche vor der 2500-Jahr-„Feier", hingerichtet. Das Regime hat auch für die weiteren 37 Gefangenen die Todesstrafe beantragt. Die geheime Verurteilung und Hinrichtung der fünf Oppositionellen ist das eindeutige Zeichen dafür, daß das gleiche Schicksal die restlichen 37 erwartet. In der Vergangenheit konnten durch schnelles Reagieren sozialistischer und demokratischer Kräfte – insbesondere auch in der BRD – viele Oppositionelle vor der Hinrichtung gerettet werden. Nach Auffassung der CISNU kann die Ermordung der 37 persischen Oppositionellen nur verhindert werden, wenn durch eine breit angelegte Kampagne demokratischer Persönlichkeiten und Organisationen die Weltöffentlichkeit soweit mobilisiert wird, daß alle internationalen Organisationen, wie Amnesty International, Menschenrechtskommission der UN etc., ihrem Anspruch gerecht werden: sich tatsächlich für die Wahrung der Menschenrechte einzusetzen. Die CISNU ruft auf, sich für die Mobilisierung dieser internationalen Organisationen einzusetzen und die Entsendung einer Delegation der UN-Menschenrechtskommission für die Untersuchung der politischen Verhältnisse im Iran zu fordern.

## Volksfront in Spanien?

Die „erste Versammlung der demokratischen Kräfte Katalaniens" tagte Anfang November heimlich in Barcelona. Dreihundert Delegierte, die mehr als zwanzig Organisationen repräsentierten, einigten sich dabei über ein Minimalprogramm zur Abschaffung des Franco-Regimes: 1. Amnestie für politische Gefangene und Emigranten, 2. Herstellung der fundamentalen demokratischen Freiheiten, 3. Wiederherstellung der Autonomie Katalaniens als erster Schritt zur Selbstbestimmung des spanischen Volkes, 4. Koordination der demokratischen Kräfte in ihrem Kampf zur Erreichung dieser Ziele. Bei dieser ersten Versammlung waren die verschiedensten politischen Richtungen vertreten. Das Spektrum reichte von sehr gemäßigten politischen Parteien und privaten Persönlichkeiten der Bourgeoisie bis zu trotzkistischen und marxistisch-leninistischen Gruppen. Die Kommunistische Partei Katalaniens und die Sozialistische Arbeiterpartei hatten Delegierte geschickt. Ein Sprecher der Versammlung erklärte: „Dies ist das erste Mal seit dreißig Jahren, daß es den Kräften der Opposition gelingt, eine solche Versammlung ohne Wissen der Polizei durchzuführen. Dies zeigt, in welcher Krise das Franco-Regime steckt und welchen Grad der Reife die katalanische Opposition erreicht hat."

## Polizeiaktionen gegen Rechtsanwalt

In Heidelberg wurde die Kanzlei der Rechtsanwälte Becker und Laubscher von Beamten der Sonderkommission „Wiesenbach" des Landeskriminalamtes Stuttgart durchsucht. Ferner wurden die Wohnräume der Rechtsanwälte Eberhard und Marie-Luise Becker durchsucht. Rechtsanwalt Eberhard Becker wurde mit Vorlage des Durchsuchungsbefehls mitgeteilt, daß gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung gemäß § 129 Strafgesetzbuch laufe. Becker wird vorgeworfen, er habe dem – von der Staatsanwaltschaft so genannten – „inneren Kreis des Sozialistischen Patienten-Kollektivs" eine Kartei mit Lichtbildern von Heidelberger Polizei- und Kriminalbeamten zur Auswertung überlassen. Die Suche nach dieser angeblichen Kartei verlief ergebnislos. Becker verteidigt die Mehrzahl der seit Monaten in U-Haft sitzenden Mitglieder des ehemaligen Patienten-Kollektivs, die im Juli dieses Jahres im Verlauf einer spektakulären, einer Notstandsübung ähnlichen Aktion verhaftet worden waren. Mit dem Ermittlungsverfahren gegen Becker und der Durchsuchung der Praxis- und Privaträume soll der Verteidiger nun ausgeschaltet werden, indem er zum „Tatbeteiligten" erklärt wird.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

# Ihr Kinderlein kommet . . .

bung erscheint nicht mehr nur als persönliches, zu verbergendes Leid, sondern weist auf den Zusammenhang von Abtreibung, gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen und Unterdrückung der Frau hin. Frauen beginnen die Herren-Position, in der die Männer selbst verdummen, zu durchschauen. Sie beginnen, die Heuchelei einer Gesellschaft zu erkennen, die „ungeborenes Leben" zu schützen vorgibt, aber das „geborene Leben" schamlos ausbeutet, unterdrückt, verkrüppelt und tötet. In der BRD werden jährlich über 100 lästige Kinder von ihren Eltern totgeprügelt, 300 von jungen Müttern ausgesetzt, nach vorsichtigen Schätzungen 60 000 so mißhandelt, daß sie schwere körperliche Verletzungen und Verstümmelungen davontragen. Zehntausende landen in Fürsorge- und Erziehungsheimen, den Gefängnissen der Kinder und Jugendlichen.

Bundesjustizminister Jahn hingegen sieht bei der Diskussion um die Abschaffung des § 218 zwei Rechtsgüter in Konkurrenz: den „Schutz des ungeborenen Lebens" und den „Anspruch der Frau auf Selbstverwirklichung". Da die generelle Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung in den ersten drei Monaten eine einseitige Bevorzugung des einen Rechtsgutes darstelle, könne sie nicht gebilligt werden. Überhaupt würde die Rechtssprechung unglaubwürdig, wenn am letzten Tag des 3. Schwangerschaftsmonats straffrei bliebe, was sie am nächsten Tag strafrechtlich verfolgen müsse. Auch sei es gar nicht möglich, den Zeitpunkt zwischen dem 3. und 4. Monat festzulegen; weder der Arzt noch die Frau selber könne dies. Wozu ist solcher juristische Kretinismus gut? Herr Jahn benötigt ihn, um über seine Verlegenheit hinwegzutäuschen. Die massive Kampagne vor allem der Katholischen Kirche gegen eine Abschaffung des § 218 (mit Schlagzeilen in der Art: „Minister Jahn will Mord legalisieren") belehrte ihn, ungeachtet eines möglichen Stimmenverlustes bei sozialdemokratischen Wählerinnen, über die „Realitäten", auch wenn diese in den bestehenden Formen nicht mehr ganz zeitgemäß erscheinen. Wo kommen diese her?

1871 war das überwiegend protestantische Deutsche Reich einer neueren Einsicht der katholischen Kirche gefolgt und hatte das „Gottesgesetz" von Papst Pius IX. aus dem Jahre 1869 zum Staatsgesetz erhoben — mit dem Segen der Zentrumspartei. Für die katholische Kirche hatte vordem ein allgemeines Abtreibungsverbot nicht geherrscht. Vor 1869 verkündigte sie ein älteres Gottesgesetz, nach dem der männliche Fötus seine Seele am 40. Tag nach der Zeugung, der weibliche erst am 80. Tage danach eingeboren erhielte; bis zu diesem Zeitpunkt war Abtreibung erlaubt. Das mildere ältere katholische Verhältnis zur Sexualität war im Zuge der Anpassung der Kirche an die kapitalistische Moral verloren gegangen. Die ursprünglich vom Protestantismus verherrlichte Moral des entstehenden Kapitalismus sah in den viktorianischen Hochzeiten bekanntlich in der Lust eine Sünde, und in der Angst vor den Folgen der Lust einen Antrieb zum reinen und arbeitsamen Leben. Zudem war „Bevölkerungswachstum" eine Parole des beginnenden Imperialismus. So brauchte auch das junge Deutsche Reich jeden Mann, um Kriege und industrielle Reservearme bestücken zu können, und jede Frau, um zu gebären; sie sollte in der Furcht des Herrn leben.

Zwischen Gesetz und Realität wurde längst ein Stillhalteabkommen geschlossen. Die Justiz mag heute offenbar ihr eigenes Gesetz nicht mehr anwenden. Die Verfolgung und Bestrafung bei Verletzung des § 218 nahmen immer mehr ab. Wurden 1955 noch 1033, 1965 noch 802 Frauen vor den Richter gestellt und verurteilt, so waren es 1969 nur noch 276. Die Abschaffung des § 218 wäre also lediglich die Legalisierung des längst Praktizierten, der Tendenz zur Nichtverfolgung dieses 'Delikts'. Sicher würde sie viel Leid ersparen. Sicher fielen nicht mehr so viele, vor allem proletarische Frauen den Engelmachern und Kurpfuschern in die Hände. Sicher würden nicht mehr jährlich 300 bis 400 Frauen nach unsachgemäßen Eingriffen ihr Leben lassen. Sicher würde nicht mehr jede 7. Frau, nach fieberhaftem Verlauf sogar jede 4. Frau, unfruchtbar. Die sachgemäße, von Fachärzten ausgeführte Schwangerschaftsunterbrechung ist weder lebensgefährlich, noch hat sie nachteilige Folgen; medizinisch gesehen ist sie ungefährlicher als das Herausnehmen der Mandeln. In England ist ein Eingriff bei Gebrauch eines Unterdruckgerätes innerhalb von zwei Minuten beendet. Gewiß würde auch das Sexualverhalten einiger Frauen nach Abschaffung des kriminalisierenden § 218 angstfreier werden . . .

Indes: Jede 2. Frau in der BRD treibt ab, aber nur jede 5. Frau nimmt das derzeit sicherste Verhütungsmittel, die Pille. Die Abtreibungsrate bei Arbeiterfrauen ist höher als bei Frauen mit Abitur und Studium. Frauen mit höherem Bildungsgrad haben heute besseren Zugang zu empfängnisverhütenden Mitteln, sind weniger anfällig für diese verdammende Propaganda, ihre Vorkehrungen sind „sicherer". Kommt es dennoch zur Schwangerschaft, sind sie finanziell besser gestellt: eine illegale Abtreibung kostet derzeit in der BRD zwischen 500 und 1000 DM. Nur sie haben in der Regel die Chance, die Adresse eines hilfsbereiten und guten Arztes zu erhalten und von ihm behandelt zu werden. Demzufolge sind die Opfer unsachgemäßer Eingriffe von Kurpfuschern vor allem in den Reihen der Arbeiterfrauen zu finden. Sie trifft so auch der § 218 am härtesten; jede „welterfahrene" und einigermaßen wohlgestellte Frau kann heute auch ins Ausland ausweichen, um die Abtreibung vornehmen zu lassen; eine

## Türkei-Report

Als aktuelle Schrift zur Aufklärung und zur Initiierung bzw. Unterstützung von Solidaritätsaktionen hat das Sozialistische Büro in Zusammenarbeit mit türkischen Genossen die Broschüre Türkei-Report herausgegeben, die massenhaft verbreitet und gelesen werden sollte. Die Broschüre informiert über die politische und sozioökonomische Situation in der Türkei, die Lage der Opposition, die jüngsten Massenprozesse und Todesurteile sowie über die Rolle der Türkei in der imperialistischen und militärischen Strategie der USA und Westeuropas. Redaktion der Broschüre: Brigitte Heinrich, Jürgen Roth, Klaus Vack. Preis DM 2.50, bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren DM 1.50 je Stück. Bezug: Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28, Tel. 0611-83 25 93. Solidaritätsspenden an Sonderkonto Türkei-Solidarität bei Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach, Kto.-Nr. 17439961.

# Aufruf: Rettet die türkischen Sozialisten und Demokraten

Eine Militärdiktatur hat in den letzten Monaten die Türkei in ein Land der Konzentrationslager verwandelt. Über die elf wichtigsten Provinzen ist der Ausnahmezustand verhängt. Die liberale Verfassung von 1961 wurde in 35 Artikeln grundlegend verändert. Die demokratischen Freiheiten wurden auf dem Papier eingeschränkt, in der Praxis aufgehoben, das Parlament entmachtet, ein Großteil der Parteien, Gewerkschaften und Studentenorganisationen aufgelöst und verboten, das Streikrecht faktisch beseitigt, jede Kritik an der Diktatur unter Strafe gestellt. Professoren der Jurisprudenz, die sich weigerten, an der „Änderung" der Verfassung mitzuarbeiten, wurden verhaftet. Neben ihnen füllen Tausende von Professoren, Schriftstellern, Journalisten, Lehrern, Offizieren und mit ihnen viele Arbeiter und Studenten die Gefängnisse des Landes, deren himmelschreiende Zustände ohnehin schon bekannt geworden waren. In ihnen ist die Folter an der Tagesordnung.

Der Abschaffung der Demokratie in Griechenland ist nun die Abschaffung der Demokratie in der Türkei gefolgt. Das kommt nicht von ungefähr. In zunehmenden Maße erkannten auch in der Türkei breite Bevölkerungsschichten ihre soziale Unterdrückung und Benachteiligung und begannen, politisch bewußter für eine sozial gerechtere und demokratischere Gesellschaftsstruktur einzutreten. Diese Entwicklung erschien den Herrschenden gefährlich. Sie griffen zur nackten Gewalt. Und wie immer, war ihnen dabei die Beratung des US-Geheimdienstes CIA zur Hand. Jeglicher sozialer Fortschritt wird als „Machtergreifung des Kommunismus" erklärt. Im Zwange dieser verordneten Betrachtung schauen die westeuropäischen Staaten der Militärdiktatur in der Türkei untätig zu oder begünstigen das faschistische Regime.

Jetzt bereitet das türkische Militärregime eine Welle von Hinrichtungen vor. 18 Studenten sind bereits zum Tode durch den Strang verurteilt; für 82 weitere ist die Todesstrafe beantragt. Gegen Hunderte von Demokraten und Sozialisten laufen Prozesse vor militärischen Sondergerichten. Sie alle haben nicht gegen, sondern für die Verfassung, nicht gegen, sondern für die Demokratie gekämpft. Wenn nicht durch internationalen Protest die Ermordung der 18 jungen Menschen verhindert wird, dann wird ihr die Ermordung der anderen Angeklagten und noch vieler anderer folgen. Wir fordern deshalb jeden, der diese Erklärung liest, auf:

- Aufklärungs- und Protestaktionen zu organisieren und den Kampf der türkischen Patrioten aktiv zu unterstützen;
- Proteste nach Ankara zu schikken und jede Möglichkeit zu nutzen, auf die SPD/FDP-Bundesregierung und den Bundespräsidenten einzuwirken, damit sie zugunsten der politischen Gefangenen und Verurteilten in der Türkei intervenieren (es gilt unmittelbar das Leben bedrohter Sozialisten und Demokraten zu retten)!

Ernst Bloch, Andreas Buro, Hans Magnus Enzensberger, Helmut Gollwitzer, Heinrich Hannover, Hakki Keskin, Arno Klönne, Oskar Negt, Helmut Ridder, Klaus Vack, Martin Walser.

Proletarierfrau kann dies aus den verschiedensten Gründen ihrer Klassenlage nicht.

Würde ein aufgeklärtes Sexualstrafrecht diese Chancenverteilung ändern? Ein wenig vermutlich. Das Reformieren von Ehescheidungsgesetzen, Sexualstrafrecht und die Abschaffung des § 218 aber würden natürlich weder die Klassenherrschaft noch die Unterdrückung der Frauen beseitigen. Was Engels vor einem Jahrhundert schrieb, verdient in Erinnerung gerufen zu werden: „Der Umsturz des Mutterrechts (der Familienformen vor dem Aufkommen von Privateigentum und väterlichem Erbrecht) war die weltgeschichtliche Niederlage des weiblichen Geschlechts. Der Mann ergriff das Steuer auch im Haus, die Frau wurde entwürdigt, geknechtet, Sklavin seiner Lust und bloßes Werkzeug der Kinderzeugung. Diese erniedrigende Stellung der Frau . . . ist allmählich beschönigt und verheuchelt, auch stellenweise in mildere Formen gekleidet worden; beseitigt ist sie keineswegs."

Solange diese Unterdrückung nicht durch die Aufhebung der Klassengesellschaft überwunden wird, prägt sie auch jedem „Fortschritt" einen schmählichen Charakter auf. Nicht mehr als eine formelle Vorstufe (oft nicht mehr als Heuchelei) können die gesetzliche Gleichberechtigung der Frau, einzelne Reformschritte etwa des Sexualstrafrechts oder die (nicht bestehende) Gleichberechtigung der Frau im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß sein: „Die zweifach ausgebeutete Gebärerin repräsentiert die Ausgebeuteten in ihrer tiefsten Erniedrigung. Sind die Mütter revolutioniert, so bleibt nichts mehr zu revolutionieren" (Walter Benjamin).

Gleichberechtigung der Frauen ist, wie jeder weiß, nicht einmal in den Reihen der Sozialisten verwirklicht. Die Ignoranz der allermeisten männlichen Revolutionäre, auch gegenüber ihren eigenen Frauen, pflegt sich in allgemeinen Phrasen zu verstecken. Das wußte schon Lenin: „Kratzt ein wenig am Kommunismus, und ihr werdet den Philister finden!" Wird es eine Revolution von Philistern geben?

KIRSTEN SCHÄFER


**Jetzt wichtig!**

**Machen Sie Freunden, Kollegen, Bekannten oder Genossen ein „links"-Abonnement für 1972 zum Geschenk. Es kostet DM 15,-. Schicken Sie uns Ihre Bestellung frühzeitig. Sie erhalten dann einen Geschenk-Gutschein für den Empfänger, und dieser erhält „links" ab Januar.**

**Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postf. 591**


# Linke im öffentlichen Dienst: Die Verfolgung wird verstärkt — verstärken wir die Gegen-Organisation!

Bei der Verfolgung und Behinderung der Arbeit von Sozialisten und Kommunisten im öffentlichen Dienst — vornehmlich in Schule, Justiz und Verwaltung — lassen sich historisch seit Gründung der BRD drei Phasen unterscheiden und methodisch zwei Prinzipien:

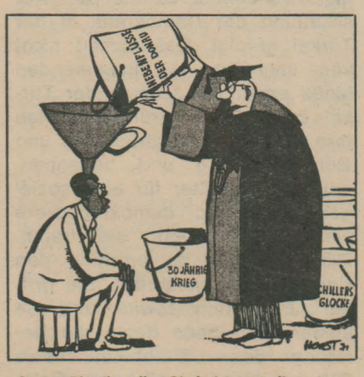
1. Phase: Kalter Krieg, Rekonstruktionsperiode, CDU-Herrschaft, Adenauerstaat: Verbot der KPD, Kriminalisierung aller sozialistischen Aktivitäten, Einkerkerung der Aktiven, totale Überwachung durch Politische Polizei und Verfassungsschutz; schon die Zugehörigkeit in den sogenannten 'Tarnorganisationen' — zu denen z. B. auch die 'Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)' zählte — genügte, um eine Anstellung im öffentlichen Dienst auszuschließen. Personen, die z. B. im Verband der Kriegsdienstverweigerer tätig waren, die die Ostermärsche organisierten, als Studenten dem SDS angehörten, wurden als Beamte 'belehrt', 'verwarnt', suspendiert, mit Disziplinarverfahren eingedeckt, von Haussuchungen heimgesucht (bei denen allein schon Marx/Engels-Werke im Bücherregal verdächtiges Indiz waren), strafversetzt und dienstlich drangsaliert.

2. Phase: Große Koalition, Rezession, Einleitung der Modernisierungsreformen, vor allem im Schulwesen (etwa 1966 — 1970): im Zuge des Arrangements und der Entspannung mit den sozialistischen Ländern in Europa Liberalisierung nach innen (für die mögliche ernste Konfrontation gab es ja die Notstandsgesetze, folglich konnten die Herrschenden ruhig schlafen), bis hin zur gezielten Förderung der Tätigkeit radikaler Reformer (die zumeist auch Sozialisten waren), weil man deren Ideen und Veränderungsbereitschaft benötigte. Dieser, vor allem in den öffentlichen Schulen zu beobachtende Prozeß wurde jedoch konsequent an der Stelle gebremst, wo die 'radikalen Reformer' sich nicht mehr darauf beschränkten, an der systemimmanenten Ausbesserungs- und Stabilisierungsarbeit sich zu beteiligen, sondern sich zu organisieren begannen — in der Hochschule und am Arbeitsplatz — zum Zwecke einer langfristigen sozialistischen Strategie und systemtranszendierenden Praxis.

3. Phase: Neueste Entwicklung seit 1970, Verteidigung des Staatsapparates gegenüber der beginnenden 'Infiltration' durch sozialistische Kader. Ausdehnung der Verfolgung auf 'bloße' Zugehörigkeit zu politischen legalen Organisationen (z. B. zur DKP im Falle Prof. Holzer). Waren in der zweiten Phase lokale Konflikte zwischen progressiven Beamten und reaktionären Dienststellenleitern (z. B. in den Lehrerfällen Lüdde (Hessen) und Kommer (Baden-Württemberg) noch gleichzeitig Indiz für die Verspätung im Transformationsprozeß auch systemgewollter Veränderungen bis hin in die Provinz, so wird jetzt von den zentralen Steuerungsstellen des Staates — den Innenministerien — eine konzertierte Aktion gegen Sozialisten und Kommunisten eingeleitet, die verhindern soll, daß ‚der lange Marsch durch die Institutionen' von der organisierten Linken überhaupt angetreten werden kann.

Als die zwei Prinzipien der Verfolgung lassen sich deutlich bestimmen:

1. Prinzip: Ideologische Gleichsetzung von Links- und Rechtsradikalismus durch die Konstruktion einer Totalitarismustheorie, in der sowohl die Aktivitäten der Rechten — Nationalismus, autoritärer Staat, Konsolidierung der Klassenherrschaft, Projektion auf äußeren Feind und Minderheiten, kleinbürgerliches faschistoides Bewußtsein — als auch der Linken — Internationalismus, Sturz der Klassenherrschaft, Demokratisierung von Produktion, Wirtschaft und Verwaltung, Vermenschlichung kollektiver wie individueller Praxis —, die einander diametral gegenüberstehen, über dem Nenner ‚Extremisten' subsumiert werden. Mit genau diesem Argument hat der SPD-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Kühn, in der ‚Panorama-Sendung' vom 25. 10. 1971 begründet, weshalb auch er dafür ist, daß Sozialisten und Kommunisten nicht in den öffentlichen Dienst eintreten können, wobei er jedoch zugeben mußte, noch nicht zu wissen, wie man das legal zu bewerkstelligen vermag. Das wußte aber Herr Benda in der gleichen Sendung sehr wohl zu sagen: auf den Widerspruch hingewiesen, der darin besteht, daß die DKP eine legale Partei der BRD ist, Zugehörigkeit zu ihr also nicht als verfassungswidriges Verhalten bezeichnet werden kann, das zu einer Verweigerung der Anstellung im öffentlichen Dienst berechtigt, antwortete dieser zukünftige Präsident des Bundesverfassungsgerichts lapidar: dann muß man eben die Verfassung ändern. Wo Kühn noch Skrupel hat — obwohl er ohne sie handelt, indem er DKP-Mitgliedern in NRW die Anstellung als Lehrer verweigert — spricht Benda offen aus, welche Machtmittel ein Herrschaftssystem zur Verteidigung seiner Interessen — schon immer — bereit hat: 1. Illegalisierung, 2. Kriminalisierung, 3. Einkerkerung, 4. Liquidierung seiner Gegner. Zur Zeit braucht — wegen der mangelnden Massenbasis und des desolaten Organisationsgrades der Linken — das System noch nicht auf dieses Waffenarsenal zurückgreifen. Es kann sich noch immer geschickt des 2. Prinzips der Verfolgung bedienen: dem der Willkür in den Maßnahmen, das Unsicherheit, Verängstigung, Einschüchterung produziert. Es kann kein Zweifel darüber bestehen: die Rechtslage verbietet es den Administrationen, jemanden allein aufgrund seiner Zugehörigkeit zu nicht vom Verfassungsgericht verbotenen Organisationen Schwierigkeiten zu machen oder ihn nicht anzustellen oder zu entlassen. Trotz dieser eindeutigen Rechtslage wird aber einzelnen Lehrern, Juristen, Beamten die Schlinge um den Hals gezogen; sie verstricken sich in langwierige und kostspielige Prozesse, ihre Existenzgrundlage ist latent gefährdet. Das soll sich herumsprechen und verbreitet sich schnell, und dadurch entsteht die beabsichtigte Wirkung: potentielle sozialistische ‚Kandidaten' für den öffentlichen Dienst werden eingeschüchtert, die sie erwartende Rechtsunsicherheit drillt sie schon frühzeitig auf angepaßtes, systemkonformes Verhalten ein. Das Prinzip läßt sich auf die Formel bringen: Das Damoklesschwert in der Schwebe halten. Einzelne herausgreifen, andere ungeschoren lassen, die Stelle, wo das System zuschlägt, unberechenbar, das Risiko nicht kalkulierbar werden lassen.



„So, so, Physik wollen Sie bei uns studieren"

Die Frage ist: Wie kann sich die organisierte — und noch nicht organisierte — Linke auf diese Situation einstellen? Als Antwort sind zwei grundlegende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

● Schon im Studium müssen sich solche Lern- und Arbeitsprozesse institutionalisieren lassen, in denen die Genossen sich auf eine kollektive Berufspraxis (und nicht nur -perspektive) konkret vorbereiten: indem sie ihren Arbeitsplatz gemeinsam aussuchen, ihn taktisch, organisatorisch und administrativ absichern — meist kann nur das Ziel sein, zu zweit oder dritt in eine gemeinsame Referendariats- oder Anwärterbasis eingewiesen zu werden —, dort nicht nur die gemeinsamen Arbeitsbedingungen, sondern auch notwendigerweise kollektive Wohn- und Lebensbedingungen vorzubereiten.

● Innerhalb des öffentlichen Dienstes muß die Verteidigungslinie, die der Gegner aufgebaut hat, realistisch eingeschätzt werden: es muß klar werden, daß ein ob-

jektiver politischer Fehler – und allenfalls eine individuelle Märtyrerpose – darin liegt, dem Feind ins offene Messer zu laufen. Die sozialistische Arbeit an allen Stellen des Staatsapparats ist zunächst nur dann erfolgreich, wenn es ihr gelingt, die dringend notwendige ‚Flankensicherung' für inhaltliche Arbeit der Genossen zu schaffen. Individuelle ‚Husarenritte' reißen dem Maul des Gegners keine Zähne aus, sondern führen zwangsläufig in sein Gebiß hinein.

● Neben dieser defensiven Taktik muß eine solidarische politische Aktion der Linken geschaffen werden, die gemeinsam – durch Boykott, Streik, Demonstration – die Genossen unterstützt, die bisher – fahrlässig oder unbedacht – in die Mühlen der staatlichen Sanktionen geraten sind. Diese Solidarität darf aber nicht bloß demonstrativ-abstrakt bleiben: sie muß einmünden in konkrete Zusammenarbeit der Linken im öffentlichen Dienst, zur Rechtshilfe, finanziellen Unterstützung, gegenseitigen Stellenvermittlung führen unter Ausnutzung der politischen Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern.

Ohne Organisation und taktisch kluge Aktion in Solidarität sind wir gegenüber dem Staatsapparat machtlos: laßt uns solidarische Aktionen organisatorisch verbindlich einleiten. Das ist die einzig adäquate Antwort auf die verstärkte Repression gegenüber den Genossen im öffentlichen Dienst.

KURT HAMMER

# Lehrlinge „dürfen" streiken

Viele progressive Lehrlinge waren erstmalig im Jahre 1971 an den Tarifkämpfen der IG Chemie aktiv beteiligt. Zum Teil streikten sie für ihre eigenen Interessen. Häufig solidarisierten sie sich aber auch mit den Forderungen der älteren Kollegen. Die kapitalistischen Firmenleitungen ließen natürlich nichts unversucht, um die engagierten Jugendlichen einzuschüchtern. So verbreiteten die Farbwerke Hoechst zu diesem Zweck ein Flugblatt mit folgendem Text: „Wir möchten darauf hinweisen, daß Auszubildende sich nicht an Arbeitskampfmaßnahmen beteiligen dürfen, weil dadurch die Ausbildung gefährdet wird. Die Teilnahme an Arbeitskampfmaßnahmen, gleich welcher Art, würde eine fristlose Kündigung des Ausbildungsvertrages rechtfertigen. Wir dürfen Sie daher bitten, Ihrer Ausbildung im Betrieb und in der Schule in der gewohnten Weise nachzugehen und alles zu unterlassen, was zu einer Auflösung des Ausbildungsverhältnisses führen könnte." Die Ausbildungsleitung dieser Firma benachrichtigte die Eltern der Lehrlinge, die sich bereits an solchen Aktionen beteiligt hatten, mit einem gleichlautenden Brief. Von 2 800 Lehrlingen gingen nachher nur noch etwa 300 mit ihren älteren Kollegen auf die Straße.

Die Rechtsabteilung des Deutschen Gewerkschaftsbundes kommt in

Du bist doch nicht
zum Vergnügen auf der Welt

einem Gutachten zum Thema Lehrlingsstreik zu dem Ergebnis, daß Lehrlinge streiken dürfen, denn die Ausbildungsvergütung hat Lohncharakter. Das Berufsbildungsgesetz sieht für die Auszubildenden eine angemessene Vergütung vor, die mit der fortschreitenden Ausbildung und der Arbeitsleistung mindestens jährlich steigen muß. Die Ausbildungsvergütung ist tariflich regelbar. Was tarifvertraglich vereinbart werden kann, muß natürlich auch erstreikbar sein. (Die IG Chemie und die IG Metall haben sich diesem Gutachten angeschlossen).

Einige Lehrlingsgruppen der Farbenwerke Bayer Leverkusen hatten eine Streikkundgebung der IG Chemie - Papier - Keramik besucht und sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der Arbeitskampfmaßnahmen ihrer Gewerkschaft beteiligt. Die Ausbildungsleitung dieses Unternehmens wies die Jugendlichen ebenfalls darauf hin, daß sie nicht das Recht hätten, sich an solchen Aktionen zu beteiligen. Die Firmenleitung war natürlich der gleichen Auffassung als sie deshalb eine „strenge Verwarnung" aussprach. Sie war nicht bereit, nach den Arbeitskampfmaßnahmen die Verwarnung zurückzunehmen. Die IG Chemie klagte deshalb vor dem Arbeitsgericht Solingen auf Rücknahme. Das Gericht kam in seinem Urteilsspruch zu dem Ergebnis, daß die Verwarnung gegen die Auszubildenden zurückzunehmen sind, denn auch die Lehrlinge dürfen streiken.

PETER VAN SPALL

# Der Hüter der Verfassung

Als ein heutiger Sprecher des Bundes Freiheit der Wissenschaft, Herr Scheuch, der damaligen ausserparlamentarischen Opposition noch gute Ratschläge erteilen wollte (sie hat's ihm nicht vergolten), meinte er, der entscheidende Ansatzpunkt, die Legitimität der bundesrepublikanischen Herrschaftsverhältnisse zu erschüttern, sei die „Verunsicherung" der herrschenden Aura des Rechts, der Identifizierung von bestehendem Recht und politischer Rechtmäßigkeit, Legalität und Legitimität, „freiheitlich-rechtsstaatlicher" Gesetzlichkeit und politischer Moral. Inzwischen drohte ein, von der seriösen westdeutschen Presse heftig angeprangertes, „parteipolitisches Tauziehen um die höchste Autorität der dritten Gewalt" das mit geradezu sakralen Weihen versehene oberste Heiligtum zu verletzen, den „unparteiischen Hüter der Verfassung" ... Die gescholtenen Parteien beeilten sich, den Schein unabhängigen Rechts nicht weiter zu beschädigen, indem sie, um im Jargon der Obrigkeit zu reden, staatspolitischen Verstand bewiesen und wenigstens die Herren Benda und Hirsch rasch zu Verfassungsrichtern bestellten. Tatsächlich dürfte es zum ersten Mal weiteren Kreisen des Publikums bekannt geworden sein, daß der Karlsruher Olymp von den vorherrschenden politischen Parteien beschickt wird.

Bei der Wahl der Richter ist die vorgeschriebene $^2/_3$-Mehrheit ein institutionelles Mittel, die „staatstragenden Parteien" zum Kompromiß zu zwingen, der eine gewisse mittlere Ausgeglichenheit der politischen Linie des Verfassungsgerichts sowie politische Kontinuität garantieren soll, und sodann zur Überparteilichkeit stilisiert werden kann. Das Gericht stellt wirklich einen außergewöhnlich wichtigen Integrations- und Stabilisierungsfaktor dar. Als politischer Schiedsrichter mit umfassend geregelter rechtlicher Zuständigkeit wurde es mit Machtbefugnissen belehnt, die ihm im politischen Akt der Rechtsprechung und -auslegung eine Überlegenheit über formell gleichrangige Verfassungsorgane verleihen. Sein Richterspruch erscheint als souveräne, unkorrigierbare Entscheidung. Sein elitäres Selbstverständnis hat ohnehin die – freilich in ambivalenter Gestalt – im Grundgesetz verankerte Volkssouveränität „von Rechts wegen" beschnitten, in der Entgegensetzung von Rechtsstaat und Volkssouveränität die konservativ-liberale Ideologie der westdeutschen Nachkriegszeit verbindlich formuliert. Darüber hinaus ließen die weitgehenden Befugnisse des Ge-


# Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf

**Materialien zur Gewerkschaftsfrage.**

Der verstärkte Kampf der Arbeiter in den Tarifauseinandersetzungen **hat die Problematik der Rolle der Gewerkschaften im Spätkapitalismus auf die Tagesordnung sozialistischer Politik gesetzt.** In diesem Text wird die Rolle der traditionellen Arbeiterorganisationen und der Räte in der Weimarer Republik analysiert. Aus dieser historischen Sicht wird die aktuelle Position der Gewerkschaft untersucht, unter besonderer Berücksichtigung der ideologischen Voraussetzungen der „Sozialpartnerschaft". **In einem Exkurs wird die Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien kritisch untersucht.**

**Ausführliches Literaturverzeichnis. Preis: 6,– DM.** 180 Seiten.

# September-streiks '69

Ausgehend von der ökonomischen Situation der BRD und der Tarifbewegungen bis 1969 wird hier der Streik der Metall-, Berg- und Stahlarbeiter untersucht und dargestellt. Die Positionen der Gewerkschaften, der Parteien, der sozialistischen Studentenbewegung und der Presse werden aufgezeigt. **Diese Dokumentation bildet eine der wichtigsten Grundlagen für die Einschätzung der aktuellen Lohnkämpfe.**
Im Anhang: **Flugblätter, Zeitungsartikel, Dokumente.**
Vollständiger Reprint der IMSF-Ausgabe.
406 Seiten. **Preis: 9,– DM**

Weitere große Auswahl an sozialistischer Literatur:
**Buchliste anfordern !**
Versand nur per Nachnahme oder Vorausrechnung.

★spartakus

Verlag, Vertrieb und Versand
2 Hamburg 13, Postfach 117
Diese Texte sind in allen politischen Buchläden erhältlich.
In Hamburg: **MANIFEST,**
Politischer Buchladen
2 Hamburg 13, Schlüterstr. 79

richts es zur vorzüglichsten Entscheidungsinstanz in jenen Fragen werden, in denen zwischen den Machteliten kein haltbarer Kompromiß gefunden wurde. Carl Schmitts frühzeitige Prognose, daß „ein Gericht als Hüter der Verfassung ... dadurch eine überragende legislative Funktion erhält, daß es die dilatorischen Formelkompromisse der Verfassung entscheidet" hat sich vollkommen bestätigt. Solange Politik im Rahmen der Legalität verbleibt, ist es von größter Bedeutung, wer im Bundesverfassungsgericht über die Rechtmäßigkeit politischer Entwicklungen entscheidet und die Verfassungsgrundsätze auslegt.

Die Balance politischer Einflußnahme und persönlicher Sinekuren in der gegenwärtigen Richterneuwahl ist nun unter sozialliberalen Gesichtspunkten geradezu unbegreiflich ausgefallen. Einmal, daß die wirklich liberale Kandidatin, Frau Emmy Diemer-Nicolaus, in einer Weise aus dem Feld geschlagen wurde, die, wie Herr Mischnick zu Recht formulierte, den „Schluß aufdrängen muß, daß durch die Entscheidung der CDU und CSU einer liberalen Persönlichkeit und couragierten Frau der Weg ins Bundesverfassungsgericht verwehrt werden sollte" — wobei dazu besonders ehrwürdige Relikte der Tradition hervortraten, wie sie etwa in der durch die Presse geschickten „Äußerung aus Karlsruhe" zum Vorschein kamen: „Diese Frau Diemer-Nicolaus ist ja ein braves Mädchen, aber ..." Wir hören, wie der zweite Halbsatz im männlichen Gelächter des Einverständnisses untergeht. Von selbst versteht es sich, daß der Zote der Männlichkeit bald die verlogene Rede von den mangelnden juristischen Qualifikationen der Kandidatin nachgeschickt wurde, die uns Herr Hirsch, der Mann der SPD, ins rechte Licht rücken mag: „Ans Verfassungsgericht gehört eine gute Mischung", versetzt mit „Politikern, die nicht tiefschürfende Begründungen liefern, sondern die Stimme der Vernunft erheben".

Während Frau Diemer-Nicolaus zurücktreten mußte, wurden also Herr Benda und Herr Hirsch gewählt; auch die SPD schloß sich dem „staatspolitischen" Verfahren an. Herr Hirsch ist durch sein Plädoyer für Vorbeugehaft bekannt geworden. Er und Herr Benda lösen zwei unbestritten liberale Demokraten, Gerhard Leibholz und Erwin Stein, in Karlsruhe ab.

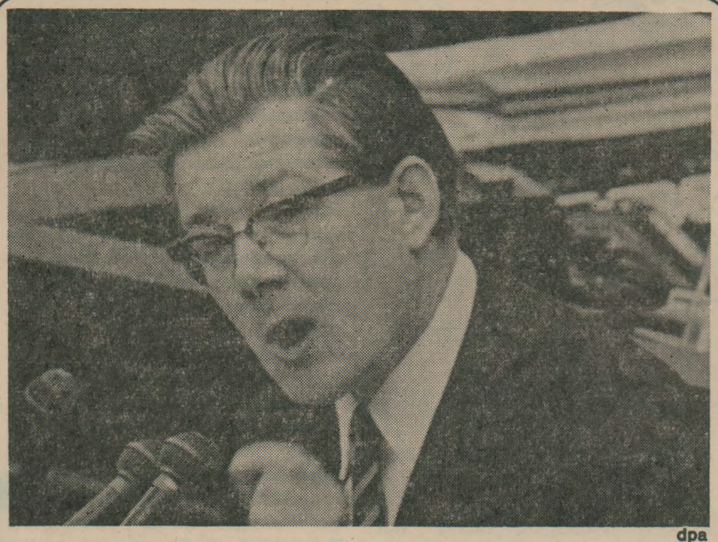
Herr Benda nun gilt in Bonn als „liberaler Mann", wie Herr Ehmke versicherte, und als „streitbarer Demokrat", wie er sich selbst sieht — unter einigermaßen historischen Maßstäben ein unbegreifliches Urteil. Der „streitbare Demokrat" ist nämlich ein Politiker, der wie kaum ein anderer die modernistische Variante des autoritären kapitalistischen Rechts- und Sozialstaates verkörpert. Die vorfaschistische Leitformel Carl Schmitts: „gesunde Wirtschaft — starker Staat" ist ihm wie auf den Leib geschnitten, und das demokratische Gekringel, mit dem er seine zutiefst autoritäre Position umgibt, ist wenig mehr als zeitgemäße Selbsttäuschung.

Seine Position zu den Fragen des „Arbeitskampfes", der Unternehmensorganisation, des Verhältnisses von Staatsmacht und „Pluralismus" könnte nicht klarer sein. Seine Grundgesetzinterpretation läuft auf den „Rechtssatz" hinaus: die Grundrechte verbieten den Klassenkampf; der Staat ist durch das Recht verpflichtet, in den „pluralistischen Verteilungskampf" zu intervenieren, mit seiner Autorität und Gewalt das „Gemeinwohl" herzustellen; „Sozialstaat" und „Sozialismus" schließen sich nach der Verfassung aus (siehe „Der streitbare Demokrat über den sozialen Staat"). Darüber kann kein Zweifel bestehen: Herr Benda ist, wie nicht nur seine einstigen Beiträge in den „Gesellschaftspolitischen Kommentaren" beweisen, ein stromlinienförmiger Vorreiter der „formierten Gesellschaft".

Fast ist es nicht mehr zu fassen, daß dieser Mann von denkenden Sozialdemokraten und Liberalen unterstützt wurde. In allerletzter Zeit war er durch seinen unverschämt offenen Appell hervorgetreten, notfalls durch Verfassungsänderung, am besten aber durch angemessene Verfassungsinterpretation, dafür Sorge zu tragen, daß die rechtlichen Grundlagen für die umgehende legale Unterdrückung von sozialistischen „Verfassungsfeinden" geschaffen würden. Gleichzeitig bescheinigte er der Regierung Brandt, aus in ihrer „Ostpolitik" angelegten Gründen sei sie natürlich nicht in der Lage, den „Kampf mit dem Linksradikalismus zu führen". Serientäter — auch politische, denn seine Verfassungsfeinde sind ihm Kriminelle — müssen ihm zufolge in Vorbeugehaft genommen und so angefaßt werden, „wie sie es verdienen". Gegen Wissenschaftler, „die in ihren Äußerungen über die Grenzen dessen hinausgehen, was bei einem im öffentlichen Dienst Stehenden möglich ist", sollen die Kultusminister in Karlsruhe „Antrag auf Verwirkung des Grundrechts der Lehrfreiheit stellen". Herr Benda ist schon da.

Der alte Karl Jaspers bemerkte einmal über den „streitbaren Demokraten", anläßlich seines ersten großen öffentlichen Auftritts: „So konnte er den Weg zeigen oder den Weg sich zeigen lassen, der das Widerwärtige im Gewande eines großartigen sittlichen Aktes zu tun ermöglichte". Er fügte hinzu: „Das Schicksal bewahre uns vor der 'ganz großen Hoffnung' Bendas! Es wäre die Konstituierung einer Politikerzunft (...), die bei Minimisierung der Grundrechte ihre eigene Sicherheit durch ein Notstandsgesetz fast absolut macht, Staat und Volk mit sich identifizierend". Der jetzige oberste Hüter der Verfassung erklärte zur selben Zeit: „Die Diskussion der Notstandsverfassung deckt zwar die Problemstellung auf; aber das Problem berührt uns auch ausserhalb der Ausnahmesituation. Was für den Notstand vereinbart und normiert wird, wirkt in die Normalsituation zurück".

Das Bundesverfassungsgericht ist einst eingerichtet worden, um vor allem auch den „legalen Bruch der Verfassung" zu erschweren, der den Auflösungsprozeß der Weimarer Republik kennzeichnete. Brecht brachte diesen Zerstörungsprozeß, der historischen Wirklichkeit getreu, auf den prägnanten Satz, daß der faschistische Gangsterboß der Zweckmäßigkeit halber seinen Leuten befahl: „die Arbeit muß legal sein, womit die Legalität als Gangsterparole endete". Wir befinden uns nicht vor der Machtergreifung des historischen Faschismus, und Herr Benda ist kein Gangster. Als vor einiger Zeit die Rede von einer „Totalrevision des Grundgesetzes" Mode war, behielt Herr Benda einen kühlen Kopf und erklärte, seiner Ansicht nach biete die Verfassung genug Mittel zur Fortentwicklung, um sie heutigen Notwendigkeiten anzupassen. Kein Zweifel, daß Herr Benda für die Legalisierung solcher Fortentwicklung Sorge tragen wird, wenn sie opportun erscheint. Täuschen wir uns nicht: für Herrn Benda ist außerparlamentarischer Druck („Erpressung") auf die parlamentarischen Instanzen ebenso verfassungswidrig wie ein „Arbeitskampf", der das „Gemeinwohl" gefährdet oder der „Klassenkampf" es sind, denn das „Gebot des Sozialstaats" bedeute und verlange „Sozialpartner-



dpa

## Der „streitbare Demokrat" Benda spricht:

„Wenn Arbeitskämpfe in erheblichem Umfange beachtenswerte Interessen anderer Bevölkerungsgruppen oder das elementare Gesamtinteresse an einer funktionsfähigen Wirtschaft oder einem stabilen Währungsgefüge verletzten, kann der Staat nicht untätig bleiben... Es handelt sich in erster Linie um eine Kompetenzfrage, nämlich darum, nüchtern festzustellen, wer im Konfliktfall zwischen Gewerkschaften und Staatsgewalt das Entscheidungsrecht haben soll... Das Betriebsratsmitglied muß auf Arbeitnehmer, die in rechtswidriger Weise einen wilden Streik beginnen wollen, einwirken, damit sie von ihrem Vorhaben Abstand nehmen... Die selbstverständliche Feststellung, daß nicht jeder Führungsaufgaben in der Wirtschaft übernehmen kann, weil Führung auch Gefolgschaft voraussetzt, bedeutet durchaus nicht, daß der eine größeren menschlichen Wert hätte als der andere. Natürliche Ungleichheiten können aber nicht ignoriert werden. Dies geschieht aber, wenn man z. B. versucht, die Institutionen der parlamentarischen Demokratie auf den Bereich der Wirtschaft zu übertragen... Die Radikalkur einer solchen Zerstörung privaten Produktiveigentums wird heute von wenigen vorgeschlagen. Sie würde auch dann, wenn sie durch Art. 14 Abs. 3 GG nicht untersagt wäre, nicht nur durch das sozialstaatliche Gebot nicht gefordert sein, sondern zu diesem in Widerspruch stehen. Diese Norm verbietet nicht, auch tiefgreifende Änderungen der Sozialstruktur anzustreben, aber sie verwirft den Klassenkampf als Methode und die Entmachtung des „Klassenfeindes" als Ziel... Eine Auffassung, welche das Produktiveigentum an sich ablehnt und es deswegen bekämpft, weil es nicht als Grundlage privater wirtschaftlicher Macht erhalten bleiben dürfe, (ist) weder mit Art. 14 GG vereinbar, noch mit dem sozialstaatlichen Grundsatz des Ausgleichs und der Schonung der Interessen aller... Das Gemeinwohl kann nur realisiert werden durch heteronomen Ausgleich der Privatinteressen von Seiten der Autorität, d. h. durch das Eingreifen des Staates... Der Gesetzgeber ist berechtigt und um der Wahrung des Allgemeinwohls willen auch verpflichtet, den Grundsatz der Friedensordnung auch im sozialen Bereich durchzusetzen, wenn sich die Sozialpartner nicht in dieser Haltung, sondern nur in der Kampfsituation begegnen sollten".

schaft". Der Abgeordnete Dorn hielt ihm einmal entgegen, die ständige Drohung mit Verbotsanträgen sei ein Mißbrauch des Verfassungsmittels der Illegalitätserklärung. Heute ist die Drohung an der Spitze der rechtsprechenden Gewalt verankert.

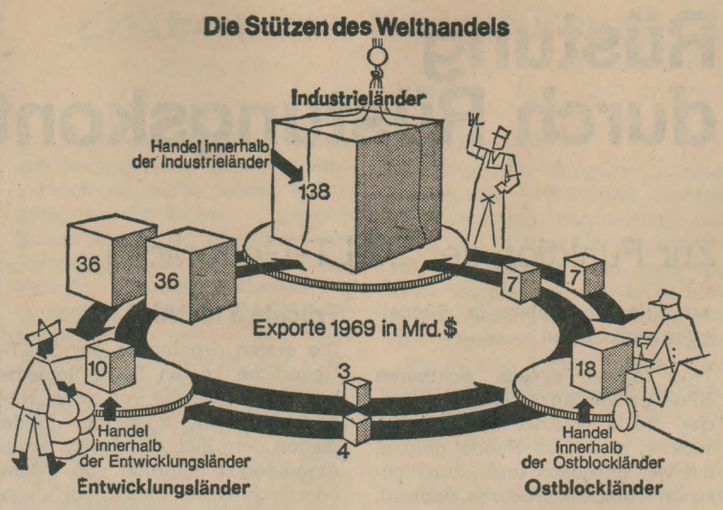
Herr Benda wurde einstimmig für 12 Jahre zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts gewählt; dies kann als historische Entscheidung angesehen werden. Wie lange wird die sozial-liberale Ära dauern? Sollte sich in diesem Lande der legale Raum politischer Tätigkeit für Sozialisten und für Demokraten, denen Demokratie nicht bloß eine politische Formalität ist, weiter schließen, so kann eines als sicher gelten: Der „Hüter der Verfassung" wird auf der Seite der Unterdrücker stehen.

VINZENZ S. JOSSELSOHN

# EWG — Liberaler Nebel

Seitdem die Entscheidung gefallen ist, daß England und einige der anderen EFTA-Genossen der EWG beitreten werden, reißt der Jubel über den gelungenen Schritt nicht ab. Keine Fischereizone darf uns nun aufhalten, den edlen Weg bis zum Ende zu gehen. Weg und Ziel dieses größeren Europas sind in der Publizistik allerdings merkwürdig idyllisch-friedlich, gut und menschlich. Alle Schatten der Vergangenheit weichen, die Ursachen des Zusammenschlusses geraten aus dem Gesichtsfeld. Alles ist viel einfacher: der gute Riese Rübezahl wird erwachsen, läßt sich nun nicht mehr einfach von den Amerikanern Befehle erteilen und seine Wirtschaft auf- und abkaufen; gen Osten gewandt hält er mehr mit freundlicher, aber bestimmter Geste, die (nach wie vor) bösen Kommunisten in respektierlicher Distanz, und den armen Völkern (besonders Afrikas und möglichst bald wieder auch des Nahen Ostens bis Persien) hilft der Koloß, mit Gaben aus seiner überquellenden industriellen Produktion, sich zu entwickeln und den rechten Weg zu finden.

Aus dieser Idylle verschwindet so gänzlich die Tatsache, daß es sich hier um die alten, um die Aufteilung der Welt wütend streitenden, einst alles in den Weltkrieg-Strudel ziehenden imperialistischen Kolonialmächte handelt. Vergessen wird der Hunger nach Rohstoff (und zwar billigem!) dieser großen westeuropäischen Industrie, vergessen der Überschuß an Kapital, das profitablere Anlage in den weiten Feldern der Dritten Welt sucht, wo Esel bei entsprechendem wirtschaftlichen, politischen und notfalls militärischen Druck noch Dukaten scheißen. Doch im Strahl




des aufgehenden geeinten Westeuropas wird die historische Substanz des Zusammenschlusses überblendet — zumindest in bürgerlicher Publizistik.

Da blähen sich liberale Illusionen über das, was 'guter Kapitalismus' doch alles sein könnte. Dementsprechend schreckt natürlich die Frankfurter Rundschau mit ihrem Leitartikler ROB (wohl Rolf Breitenstein) auf, wenn die westeuropäischen Minister nicht nur über Wirtschaft, sondern auch über Waffen reden. Denn das paßt nicht zu dem „Schuß Idealismus", den der neue Partner in die EWG einbringen soll, damit „die größere EWG wirtschaftlich und politisch zusammenfinden und ihren Platz in der Welt einnehmen" kann. Und der wackere Kommentator ermahnt denn auch die Staatsmänner: „EWG heißt Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, nicht Europäische Waffengemeinschaft! Denn jeder Schritt, mit dem Wirtschaft und Waffen vermengt werden, ist gefährlich". (FR 4. 11. 1971)

Wichtige Voraussetzung für diese Gefahr ist jedoch die Illusion vom letztlich möglichen guten EWG-Rübezahl. Glauben die Liberalen (und es ist wohl richtig, hier die Sozialdemokraten, wenigstens soweit sie nicht den Konservativen zuzurechnen sind, mit einzubeziehen) wirklich, daß der Weg zur zweiten Industriemacht der Welt ein Weg ohne Waffen sein wird? Verstehen sie nicht, daß dieser Weg unweigerlich zum dritten großen selbständigen Industrie-Militär-Komplex in der Welt führen muß, gegen den die bisherigen europäischen Ansätze in dieser Richtung harmlos erscheinen müssen? Nehmen sie wirklich an, daß unter den Bedingungen der kapitalistischen Konkurrenz der Monopole und der Ausbeutung der Dritten Welt 37 % der Weltexporte und fast 20 % der Weltwirtschaftsleistung, von nur 7 % der Weltbevölkerung erbracht, ohne ein aufwendiges eigenständiges militärisches Instrumentarium aufrechtzuerhalten sind? Kann man nach Vietnam noch die Ursachen der Weltkriege als überholt beiseiteschieben? — Gewalt gehört zum Geschäft der kapitalistischen Entwicklung, und die Prognose kann leicht gewagt werden: der Zusammenschluß Westeuropas wird eng gekoppelt sein mit der Entwicklung der Rüstungsindustrie zum dominierenden Komplex der monopolisierten Wirtschaft. Der Ausbau entsprechender militärischer Strategien und verschleiernden Ideologien wird ein sicherer Reflex solcher Entwicklung sein. Das Grand Design von F.-J. Strauß, vor dem ROB warnt, ist con variatione im Werden. Zunächst zwar nur von der Elbe bis zum Kap der guten Hoffnung — aber das ist ja auch schon etwas. Ironischerweise sind die Geburtshelfer Sozialdemokraten und Liberale. Zum Teil, sicher nur zum Teil, wissen sie nicht was sie tun, blind durch ihren eigenen ideologischen Nebel. Wenn dann der Nebel weicht, kämpft das gute Westeuropa vielleicht schon elektronisch oder mit farbigen Söldnern (man hat ja schließlich Erfahrungen aus der Kolonialzeit und macht nur im Notfall die gleichen Fehler wie die USA) in Tschad, in Mozambique, Angola, Türkei oder in Persien für die Freiheit, allerdings wohl nur für die Freiheit der Kapitalinvestitionen und der Rohstoffgewinnung. Was muß in Vietnam eigentlich noch geschehen, damit Liberale und Sozialdemokraten verstehen, was der europäische Zusammenschluß in Wirklichkeit bedeutet?

ANDREAS BURO


# TRIKONT

**SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 11**

## TRAGT DEN KLASSENKAMPF IN DIE ARMEE

**Beiträge der Gauche Proletarienne und Lotta Continua zum antimilitaristischen Kampf**

Obwohl Heer aus dem Volk/kein Heer des Volkes/sondern Heer gegen das Volk.
**Neuerscheinung Herbst 71** 100 Seiten DM 5,40

**SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 26**

## USA: FARBIGE REVOLUTION UND KLASSENKAMPF

**Herausgeber: D. Peters**

Die Organisierung des farbigen Fabrik- und Lumpenproletariats im Verhältnis zur weißen Arbeiterbewegung/Ghetto, Gangs und politische Organisierung/Programmatik der League
**Neuerscheinung Herbst 71** ca. 100 Seiten ca. DM 5,80

**SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 22**

**MENSCH UND SOZIALISMUS IN ALBANIEN**

**GILBERT MURY**

Geschichte Albaniens bis zum Befreiungskampf/Ökonomischer Fortschritt in Industrie und Landwirtschaft/Revolutionierung des Alltagslebens/Proletarische Verwaltungssysteme in den Fabriken/Umgestaltung der Arbeitsorganisation in der Industrie/Die neue Stellung der Frau/Leben in den Landkommunen/Revolutionierung der Kultur/Verhältnis von Partei und Massen.
**Neuerscheinung Herbst 1971** 142 Seiten, DM 7,80



**Das Kind in unserer Gesellschaft - Eine Dokumentation zur Kinderfeindlichkeit in der Bundesrepublik und Westberlin (Asphalt-Sonderheft). Bestellungen an Renate Gölzenleuchter, 468 Wanne-Eickel, Rathausstr. 102**

# Rüstung durch Rüstungskontrolle

## Zur Funktion der SALT-Gespräche

Eva Senghaas-Knobloch

Gegen den Protest einer Reihe von amerikanischen Umweltschutzorganisationen und einer Reihe von nationalen Regierungen, aber mit ausdrücklicher Erlaubnis des Obersten Gerichtshofes der USA (bei 4:3 Stimmen Mehrheit) zündeten Techniker und Wissenschaftler in der Nacht vom 6. zum 7. November dieses Jahres unterirdisch auf der Insel Amchitka die derzeit größte amerikanische Wasserstoffbombe. Mit ihren 5 Megatonnen hat sie gegenüber der über Hiroshima gezündeten die 250fache Detonationskraft.

Das Projekt Cannikin, wie die Explosion bezeichnet wurde, ist Teil einer Testserie, die dem Aufbau des ABM (Antiraketen)-systems dient. Bomben von 5 Megatonnen sollen in die Sprengköpfe der zum ABM-System gehörenden Spartanraketen eingebaut werden. Weniger spektakulär wurden schon im Juni 1970 die ersten Minutemen-III Raketen mit MIRV-Mehrfachgeschoßköpfen, die Teil neuer nuklearstrategischer Offensivkapazitäten sind, ausgerüstet.

Dies ist der praktische politisch-militärische Hintergrund, vor dem sich die nun bald zweijährigen SALT-Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen zwischen der USA und der UdSSR abspielen. Da ABM und MIRV gerade Verhandlungsgegenstand sein sollten, hatte der US-Senat und das Beratergremium des ACDA (US Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde) der amerikanischen Regierung noch im April 1970 den sofortigen provisorischen Halt beider Waffensysteme empfohlen. Aber schon als im Herbst 1969 das Plenum der UNO ohne Gegenstimme bei 40 Enthaltungen den Antrag Mexikos für einen sofortigen Aufschub der weiteren Tests und der Installation neuer offensiver und defensiver nuklearstrategischer Waffensysteme annahm, war abzusehen, daß diese Empfehlung ein frommer Wunsch bleiben würde: Präsident Nixon und Verteidigungsminister Laird hatten zu verschiedenen Gelegenheiten ihren Entschluß mitgeteilt, mit einigen Modifikationen beim Aufbau von ABM- und MIRV-System den ursprünglichen strategischen Plänen der alten demokratischen Administration zu folgen. Als Rationalisierung mußte wie bei vielen früheren Gelegenheiten das Argument herhalten, daß die beste Verhandlungsposition die der Stärke sei, in diesem Fall mit dem besonderen Inhalt ausgestattet, SALT-Ergebnisse gegen Konzessionen am Kriegsschauplatz in Südostasien einzusetzen.

Trotz dieser allseits sichtbaren Situation wurden die SALT-Gespräche, die in Helsinki im November 1969 in die erste Runde gingen, mit viel offiziösen und journalistischen Vorschußlorbeeren bedacht, auch in der östlichen Presse. Der ungeheure publizistische Aufwand, mit dem der ersten Sitzung Aufmerksamkeit gezollt wurde, kann wohl nur aus ehrlichem Wunschdenken erklärt werden, wenn man eine Selbstinszenierung der beiden Hauptaktionäre ausschließt.

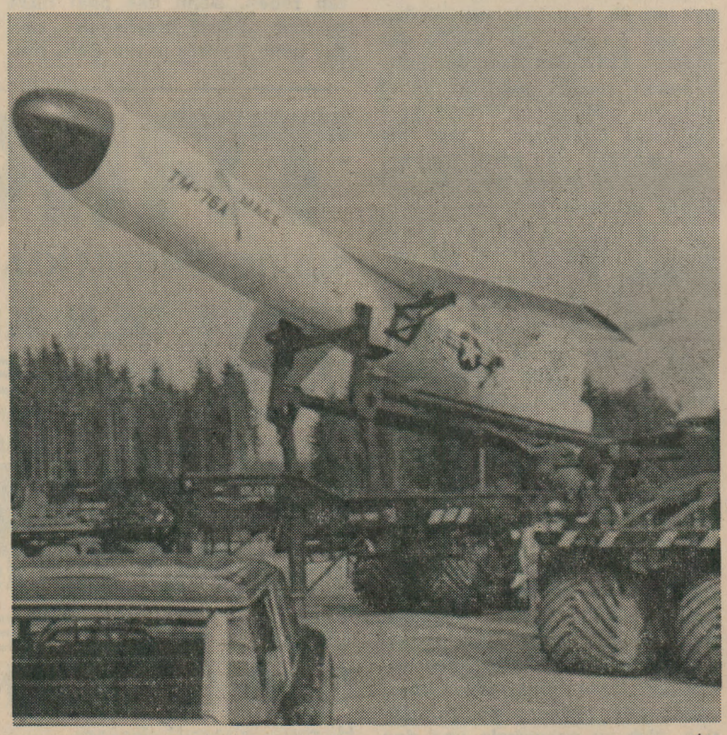
### Die Großmächte unter sich

Der publizistische Erfolg der bilateralen SALT-Gespräche könnte um so mehr verwundern, als es ja ein thematisch kompetentes internationales Gremium gibt, die Konferenz des Abrüstungsausschusses in Genf, die jetzt 25, früher 18 Mitglieder umfaßt. Diese Konferenz, die von den beiden Großmächten Anfang der 60er Jahre selbst initiiert wurde, nachdem verschiedene frühere direkt der UNO unterstehende Organisationen erfolglos versucht hatten, sich dem UN-Abrüstungsauftrag zu widmen, diente den beiden Großmächten in der Folge allermeist als Abladeplatz für Probleme, die zunächst nur präsentiert, nicht aber konkret zu einer Lösung gebracht werden sollten.

Die verschiedenen Rüstungskontroll- und Rüstungsbeschränkungsabkommen der letzten 12 Jahre sind daher ganz verschieden zum Teil innerhalb, zum Teil außerhalb der Konferenz zustandegekommen, je nachdem, ob es den Großmächten geraten schien, separat zu verhandeln oder ein Thema multilateral, für sie selbst jedoch unverbindlich beraten zu lassen und je nachdem, ob sie annehmen konnten, daß der zwischen ihnen separat ausgehandelte Kompromiß trotz aller möglichen Einwände vor allem der blockfreien Staaten mehrheitlich noch akzeptiert würde. So ist z. B. der partielle Teststoppvertrag zwischen USA, UdSSR und England nach einigen fehlgeschlagenen Beratungen innerhalb der Konferenz schließlich ohne Mitwirkung der Konferenz zustande gekommen; der Entwurf für den Atomwaffensperrvertrag wiederum stieß in Genf auf eine starke oppositionelle Fraktion der neutralen und anderer Nichtnuklearstaaten, wurde aber dennoch in der Fassung der Großmächte als Genfer Resultat an das UN-Plenum weitergereicht.

### Früchte à la SALT

Die ersten Ergebnisse der SALT-Gespräche kamen Ende September 1971 in Gestalt von zwei „Nebenabkommen" zustande. Beide dienen dem Ziel, das Risiko eines Atomkrieges aufgrund von Irrtum oder technischer Panne, vor allem in Krisenzeiten, etwas zu vermindern. Das soll einmal durch die technische Modernisierung des sogenannten heißen Drahtes erreicht werden, dessen Verbindung jetzt durch zwei Satelliten hergestellt werden soll; zum anderen durch die Übereinkunft, sich bei bestimmten fragwürdig erscheinenden Situationen zu konsultieren und zu informieren (z. B. bei Fehlzündungen von Raketen, die in Richtung auf das gegnerische Gebiet starten).



dpa

Beide Abkommen stellen im Kern einen Versuch dar, den Schein rationaler Rüstungskontrolle zu verbreiten. Heißer Draht, Informations- und Konsultationsabkommen sind ja indirekt ein Eingeständnis in die international vermittelte, doch national erzeugte irrationale Eigendynamik von Militär- und Rüstungsapparaten.

Die Großmächte behaupten, daß SALT ein Versuch sei, über diese vereinbarte marginale Kontrolle hinaus den gesamten Prozeß der Rüstungsdynamik wieder unter Kontrolle zu bringen und zwar vor allem im nuklearstrategischen Bereich, der für sie selbst potentiell am gefährlichsten ist. Der Begriff der nuklearstrategischen Waffen bezieht sich auf alle Waffensysteme (wie z. B. interkontinentale Raketen), mit denen sich die beiden Großmächte wechselseitig bedrohen. Nach diesem Sprachgebrauch werden zu „bloß" taktischen Waffen all jene hochpotenten nuklearen Vernichtungskapazitäten, die im Krisenfall nur Gebiete außerhalb der Territorien der beiden Großmächte zerstören, z. B. Europa.

Das höchste in Aussicht genommene Ziel der Rüstungskontrollverhandlungen im Rahmen von SALT ist ein Einfrieren des gegebenen quantitativen Rüstungsstandes von ABM und MIRV, deren Installierung – wie geschildert – noch vor Beginn der SALT-Gespräche begonnen wurde und sie auch weiterhin begleitet. Beide Seiten können sich mit Recht ein gewisses Interesse an dieser Thematik unterstellen, da sie ja nicht einmal einen Abbau jener Übertötungskapazitäten impliziert, die heute schon ein Vielfaches der strategisch relevanten Feindobjekte (Bevölkerung und Wirtschaftszentren) auszulöschen imstande sind. Selbst wenn man sich aber einigen sollte, die Antiraketensysteme auf einem bestimmten Stand einzufrieren – nicht völlig abzubauen, denn in der militärisch-politischen Argumentation richten

sich diese Systeme beider Großmächte jetzt eher gegen China – und mit dem Auswechseln der „einfachen" Geschoßköpfe durch MIRV nicht weiter voranzugehen (was besonders fraglich ist), so könnten doch auch diese Maßnahmen nicht das übergeordnete Rüstungskontrollziel erfüllen, die Waffensysteme ihrer Eigendynamik zu entziehen und wieder politischer Kontrolle zu unterstellen. Ein solches Ergebnis wäre jedoch gut vergleichbar mit den mehr als einhalb Dutzend Rüstungskontrollabkommen, die in Genf und anderswo zustande gekommen sind.

### Nachhutgefechte: Rüstungskontrolle

All diese Abkommen: über die Entmilitarisierung der Antarktis, das Moskauer Teststoppabkommen, der Vertrag über die ausschließlich friedliche Nutzung des Weltraums, der Atomwaffensperrvertrag, der Vertrag über die Reinhaltung des Meeresbodens von Massenvernichtungswaffen und der jüngste Vertrag über ein Verbot biologischer Waffen legen wohl den Vertragspartnern theoretisch Rüstungsbeschränkungen auf, sind in der Praxis jedoch fast immer nichts weiter als eine Kodifizierung dessen, was ohnehin militärische Praxis ist. Nur zwei Abkommen, der Vertrag über das Verbot biologischer Waffen und das Teststoppabkommen für oberirdische Versuche, fordern den Abbau von etwas, was bisher tatsächlich zur militärischen Wirklichkeit gehörte. Alle übrigen Verträge regeln Rüstungsbeschränkungen für geographische Gebiete, deren Unzugänglichkeit oder sonstige technische, kostspielige Schwierigkeiten ohnehin den Verzicht auf die nun vertraglich verbotenen Rüstungsmaßnahmen nahelegten. Der Vertrag z. B. über die Reinhaltung des Meeresbodens von Massenvernichtungswaffen wendet sich zwar gegen partielle Interessen der US-Navy, überläßt ihr und den kommerziellen Firmen jedoch weiterhin das Feld in Sachen elektronischer Aufspürsysteme für die Unterwasserkriegsführung, für die mit Atomwaffen bestückten Polaris-U-Boote usw.; auch der Vertrag über die friedliche Nutzung des Weltraums verbietet keineswegs alle militärischen Operationen, u. a. z. B. nicht Satelliten zu militärischen Aufklärungszwecken.

Auf der einen Seite wurden also nur bestimmte Operationen in einem allgemein gekennzeichneten Bereich verboten; auf der anderen Seite konnte auf bestimmte weit verbreitete militärische Praktiken oder auf eine ganze Waffengattung verzichtet werden, sofern dadurch die militärische Disponibilität nicht wirklich beschnitten wurde: Die biologischen Waffen wurden von den USA schon Monate vor dem Genfer Vertragsentwurf abgebaut. Nach einigen Unglücksfällen hatte die späte, wenn auch nicht ganz durchgehaltene Einsicht (das Recht zur Erforschung von „Defensivwaffen auf biologischem Gebiet" ist geblieben) in die strategische und logistische Inpraktikabilität dieser Waffen diesen Entschluß leicht gemacht. Jedoch auf die einsatzfähigen und in Südostasien wie in den Metropolen selbst lange erprobten chemischen Kampfstoffe wie Tränengas in seinen vielen Abarten, Giftgase, Napalm, Entlaubungsmittel hatten die USA trotz massiven Drängens vieler Nationen im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz nicht verzichten wollen.

Die Grenze des auch nur partiellen Nutzens eines Rüstungskontrollabkommens wird besonders deutlich beim Teststoppabkommen, das die Zustimmung der

## Elektronische Kriegsführung

**„Ein sensoren-unterstütztes Kampfaufklärungssystem besteht hauptsächlich aus den folgenden Teilen: Aufspürvorrichtungen, genannt Sensoren, die die Bewegung von Fahrzeugen oder Truppen registrieren; Kommunikationsverbindungen (gewöhnlich Radio) zwischen den Sensoren und einer ‚Ausschreib'vorrichtung; der ‚Ausschreib'vorrichtung, die die Sensorübertragungen empfängt und anzeigt, welches der Sensoren ein Ziel ausfindig gemacht hat; sowie Installations- und Weiterverarbeitungsausrüstung, die beim Auszählen der Ziele hilft und ihre Richtung und Geschwindigkeit bestimmt. Zu einzelnen Systemen gehören auch spezielle Munition, Flugzeuge usw. ..."**

**Erläuterungen des Major General John R. Deane vor einem Unterausschuß des Militärausschuß im US-Senat im November 1970.**

**Einige Beispiele:**

**Patrol Seismic Intrusion Detector (hergestellt von Dorsett Electronics, Reaction Instruments): Das PSID, das in einer Umhängetasche getragen werden kann, wird von einer Infanterie-Patrouille in einiger Entfernung entlang eines Pfades angesetzt. Eine Metallspitze wird in den Boden gebohrt und Fußschritte werden durch Radio an die Patrouille in einer Reihe von Pieps-Tönen gemeldet. Beide, vietnamesische und amerikanische Infanterie, wurden im Gebrauch von PSID Experten und benutzen es, um Nachtoperationen von Vietcong und Nordvietnamesen aus dem Hinterhalt zu überfallen... PSID hat eine Reichweite von 500 Metern... Es hat ungefähr die Größe eines Bausteins... Ein PSID kostet 320 Dollar.**


basis

### basis – arbeitsergebnisse

Die Bände der Reihe » basis - arbeitsergebnisse « sollen vorläufige Ergebnisse von Untersuchungen, Diskussionen und praktischer Arbeit vorstellen. Sie wollen – als Material, ausführliche Paper – die Kommunikation zwischen Gruppen fördern, die sich arbeitsteilig oder geographisch getrennt um die Klärung der angeschnittenen Problemzusammenhänge bemühen; sie wollen Kritik provozieren, die dazu beitragen kann, die Diskussion voranzutreiben oder Forschungsstrategien zu begründen oder die Ziele und Methoden politischer Tätigkeit genauer zu bestimmen.

Otto Gmelin, Helene Saussure
**Bankrott der Männerherrschaft**
Material zu Problemen der Frauenemanzipation
208 Seiten, kartoniert ca. 10,– DM

Armin Gutt, Ruth Salffner
**Sozialisation und Sprache**
Didaktische Hinweise zu emanzipatorischer Sprachschulung
112 Seiten, kartoniert 5,– DM

Jürgen Ritsert, Claus Rolshausen
**Der Konservatismus in der Kritischen Theorie**
104 Seiten, kartoniert 6,– DM

### basis – studienausgaben

Arthur Rosenberg
**Demokratie und Sozialismus**
Zur politischen Geschichte der letzten 150 Jahre
312 Seiten, kartoniert 9,– DM

Alfred Schmidt
**Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx**
Überarbeitete, ergänzte und mit einem Postscriptum versehene Neuausgabe
ca. 200 Seiten, kartoniert 9,– DM

### Theorie und Praxis der Gewerkschaften

Oswald Todtenberg, Arno Ploog
**Du gehörst dir und nicht den Bossen**
Ein Buch für Lehrlinge
Mit Illustrationen von Arno Ploog
148 Seiten, kartoniert 8,– DM

Oskar Negt
**Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen**
Zur Theorie und Praxis der Arbeiterbildung
Überarbeitete Neuausgabe
136 Seiten, kartoniert 8,– DM

### Veröffentlichungen des Psychologischen Seminars der TU Hannover

Peter Brückner
**Zur Sozialpsychologie des Kapitalismus**
Sozialpsychologie der antiautoritären Bewegung 1
ca. 250 Seiten,
Snolin-Broschur ca. 20,– DM

### dritte welt

Bassam Tibi
**Zum Nationalismus in der Dritten Welt Am arabischen Exempel**
290 Seiten, kartoniert 20,– DM

Europäische Verlagsanstalt

# Kramer Verlag

**1 Berlin 44, Rollbergstr. 67**

Die TEXTE ZUR KLASSEN-ANALYSE sind ein Versuch, Rolle und Kampfform des Proletariats unter den Bedingungen des hochentwickelten Kapitalismus aufzuzeigen. Die Darstellungen, Analysen und politischen Konsequenzen beziehen sich auf die besonders in Italien, Frankreich und ansatzweise auch in der Bundesrepublik stattfindenden proletarischen Kämpfe, die in ihrer Radikalität und in ihren politisch-ökonomischen Forderungen neue Kampfformen andeuten. Klassenbewußtsein und Klassenkampf, Spontaneität und Ansätze zur Selbstorganisation weisen auf eine „neue" Arbeiterklasse hin, die in ihrem antikapitalistischen Kampf gegenüber der „alten" Arbeiterklasse veränderte Kampfformen anwendet.
Die notwendige Auseinandersetzung mit dem Problem der Klassenanalyse ist besonders dort von äußerster Wichtigkeit, wo betriebsbezogene, praktisch politische Arbeit gemacht werden soll und auch schon gemacht wird. Denn nur die konkrete Kenntnis von den tatsächlich stattfindenden Klassenkämpfen, ihren Methoden, Denkansätzen und Zielen wird es ermöglichen, nicht auf den traditionellen Vorstellungen unbeweglich zu verharren.
Die Texte der vier vorliegenden Bände (teilweise erstmals aus dem französischen und italienischen) wollen zum Verständnis der heutigen Situation beitragen.

**TEXTE ZUR KLASSENANALYSE**

Bd. 1 Klassenanalyse
Inhalt: M. Bridier: Neue Arbeiterklasse oder neue Bourgeoisie?; S. Mallet: Die neue Arbeiterklasse des Mai 1968; A. Gorz: Weder Bolschewik noch Gewerkschaftler; H. Marcuse: Perspektiven des Sozialismus in der Industriegesellschaft
216 Seiten Preis: 7,– DM

Bd. 2 Arbeiterkontrolle, Streiks, Klassenanalyse
Inhalt: S. Mallet: Streiks für die Arbeiterkontrolle; L. Basso: Sozialismus in der Industriegesellschaft; S. Mallet: Arbeiterkontrolle, Partei und Gewerkschaft; M. Vester: Die Arbeitnehmer in der sozialistischen Strategie.
216 Seiten Preis: 8,– DM

Bd. 3 Thesen zur Arbeiterkontrolle
Inhalt: A. Touraine: Klassenkampf und soziale Krise; L. Libertini: 7 Thesen zur Arbeiterkontrolle; R. Panzieri
96 Seiten Preis: 4,– DM

Bd. 4 Partei u. Revolution
Inhalt: P. Mattick: Probleme der neuen Arbeiterklasse; A. Pannekoek: Partei und Gewerkschaft - 5 Thesen über den Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus; W. Huhn: Zur Lehre von der revolutionären Partei
160 Seiten Preis: 7,– DM


amerikanischen Militärs nur gegen die Zusicherung des Präsidenten erhielt, daß dieses Abkommen sich in keiner Weise gegen die Weiterentwicklung der Nuklearwaffen richte. Hier muß offen zugegeben werden, daß Rüstungskontrollabkommen den Bannkreis des allgemeinen industriellen und militärischen Interessensystems nicht überschreiten dürfen. Tatsache ist jedenfalls, daß noch nie so viel getestet wurde, wenn auch unterirdisch, wie nach dem partiellen Teststoppabkommen.

## Vorgriff auf die Waffen der Zukunft?

Die Sowjetunion hat soeben einen neuen Gegenstand für ein Rüstungskontrollabkommen vorgeschlagen, den Mond. Könnte vielleicht solch ein antizipatorisch wirkender Vorgriff auf zukünftige militärische Stützpunkte und Waffensysteme zu einer neuen Qualität von Rüstungskontrollverhandlungen führen? Die SALT-Gespräche wirken ja u. a. deshalb so scheinhaft und schon jetzt veraltet, weil der Aufbau der gerade zu Verhandlung stehenden Waffensysteme längst zügig vorangeht. Fragt man sich nach dem wahrscheinlichsten Ergebnis eines möglichen Mondabkommens, so wird auch deutlich, unter welchen Bedingungen allein selbst eine an zukünftigen Waffensystemen orientierte Rüstungskontrolle eine wirklich neue Qualität annehmen könnte.

Ein Mondabkommen würde nach aller Erfahrung vermutlich eine Reihe von militärisch relevanten Operationen, die trotz des schon bestehenden Vertrages über die friedliche Nutzung des Weltraums noch erlaubt blieben, ausschliessen. Zugleich aber würde eine weitere Reihe von militärischen Operationen, teils mit Absicht, teils durch Unkenntnis neuer technischer Möglichkeiten, nicht in das neue Verbot aufgenommen werden. Es erscheint undenkbar, daß die bisher gehandhabte Rüstungskontrolldiplomatie je in der Lage sein könnte, schottendicht die Tür vor jeder möglichen neuen waffentechnologischen Erfindung zu schließen.

Möglicherweise könnte eine solche Aufgabe von einer blanko bevollmächtigten Dauerkonferenz geleistet werden, die die Befugnis hat, in jeden neuen Schubladenplan jeder Seite einzusehen und anschließend seine Ausführung zu untersagen. Eine solche allen vorhandenen Rüstungsinteressen und Souveränitätsvorstellungen zuwiderlaufende Institution ist aber eben deshalb so illusionär, weil ihr Zustandekommen die Veränderung jener Interessenlagen schon voraussetzt, die ihre Einsetzung allein nötig machen. Es ist also davon auszugehen, daß auch bei Rüstungskontrollabkommen über Waffen der Zukunft dem Verbot einer militärischen Option zugestimmt wird, weil ähnlich günstige Optionen gewahrt bleiben.

In dieser strengen Form gilt solch ein Verhandlungsprinzip allerdings nur für die tonangebenden Großmächte. Im Atomwaffensperrvertrag wurde immerhin allen anderen Staaten, soweit sie noch nicht über Atomwaffen verfügten, ein vollständiger Verzicht auf die Massenvernichtungsmittel abverlangt. Die Nuklearmächte selbst wollten sich nicht einmal demselben Kontrollverfahren für die zivile Nutzung der Atomenergie unterziehen und begnügten sich in bezug auf die eigene nukleare Abrüstung nur mit vagen Versprechungen.

### Passende Waffen

**Grashüpfer: eine fortgeschrittene aus der Luft abgeworfene Anti-Personen-Mine mit Weiterhüpfvorrichtung. Sie enthält ein duales seismisches Radio-System.**

**Von Laser-Strahlen geführte Bombe: Eine tonnengroße Allzweckbombe, die durch eine Laser-Führung modifiziert wurde... Manchmal „schlaue Bombe" genannt, weil sie sich zu ihrem Ziel selbst führt... Gewöhnlich gegen Ziele wie Höhleneingänge gerichtet, wo äußerste Genauigkeit verlangt wird.**

**Cluster bomb unit - 24/49 = Ananas-Bombe: Die CBU 24 ist eine der effektivsten und am meisten genutzten Munitionen gegen Lastwagen in Südostasien. Die CBU-24-Splitter punktieren Reifen, Benzintanks und töten und verwunden Fahrer. Die CBU hat eine Vorrichtung, die zu durchschnittlichen Zeitverschiebungen führt. Das fügt ein Einschüchterungselement hinzu, weil es für den Feind schwierig ist, Feuer zu löschen, während die Bombenteile mit der eingebauten Aktionsverzögerung in die Luft gehen.**

**Beschreibungen aus dem Verteidigungsministerium, aus Peace Press, Volume V 11, Nos. 8/9, August/September 1971.**

## Waffen, über die man bei SALT nicht spricht

Der publizistische Aufwand für SALT dient auch dazu, die Einlösung dieser Versprechen weismachen zu wollen. Die ideologische Funktion der SALT-Gespräche erschöpft sich aber darin noch nicht. Die politisch relevanteste Wirkung liegt wohl darin, das öffentliche Interesse auf die nuklearstrategischen Waffen zu fixieren, während die tatsächlich heute und morgen zum Einsatz gelangenden Waffen, in Südostasien und anderswo, ganz anders beschaffen sind, nicht notwendigerweise weniger kompliziert, aber auf jeden Fall klein, handlich und für den gezielten Einsatz gegen einzelne Menschen und kleine Gruppen geeignet.

Zu den Waffen der gegenwärtigen und zukünftigen Kriegsplätze in der Dritten Welt wie in den Metropolen selbst gehören z. B. seismographische Fußaufspürsysteme mit automatischer Feuereinrichtung, um nur eines der schon jetzt unglaublich aufgefächerten Instrumente elektronischer Kriegsführung zu nennen. Vietnam bildet für sie das wichtigste Experimentierfeld. Hier werden jene Waffen erprobt, die auf die partielle oder totale Verstümmelung von einzelnen Menschen spezialisiert sind. Es werden elektronische Systeme gebaut, die ein Rad ruhig über sich hinwegrollen lassen, den Fuß, der auf sie tritt, aber zerreißen. Es gibt Feuersprengkörper, die so programmiert sind, daß zu verschiedenen Zeiten an verschiedenen Stellen Feuer ausbrechen.

Es sind Waffen, die demoralisieren sollen, die sich gegen Aufständische innerhalb und außerhalb der eigenen Nation wenden und tendenziell schon die Organisation oppositioneller Kräfte verhindern können. Dies sind nicht die Waffen, die zum fiktiven Tauschobjekt diplomatischer Händel zwischen Regierungen werden. Es sind Herrschaftsinstrumente, die jeder Regierung nützlich werden können. Rüstungskontrollkonferenzen der beschriebenen Art werden auch weiterhin jenen Völkern und Bevölkerungsgruppen, gegen die heute täglich Waffen eingesetzt werden, kaum jemals helfen. Was im Rahmen von SALT verhandelt wird, sollte genau beobachtet werden; alles kommt jedoch darauf an, der Öffentlichkeit klar zu machen, daß diese Gespräche weder die Logik des jetzigen Systems der Drohung mit Massenvernichtung aufheben, noch gerade jene Waffen betreffen, die jeden Tag zum Einsatz gelangen.

Johan Galtung (Oslo), der auf die ideologische Funktion von SALT schon seit Beginn dieser Gespräche hingewiesen hat, hat – polemisch gegen sie gewendet – eine „Pepper"-Konferenz der unterdrückten Völker und Bevölkerungsgruppen gefordert. Wie man auch immer zu diesem Organisationsvorschlag stehen mag, der Kampf um Abrüstung muß sich ganz konkret gegen die „nicht-strategischen" Waffen richten, und nur bei dieser Ausrichtung entgeht er der Gefahr, abstrakt und ohne Interessenbasis für Abrüstung zu agitieren oder aber sich je an die von Großmachtinteressen vorgegebene Situationsbeschreibung anzupassen.


**Broschüre „Was ist sozialistisches Bewußtsein", herausgegeben von der Gruppe Solidarität, Arbeitskollektiv Psychoanalyse, c/o Hans Hanke, 413 Moers, Ostring 11. Bei Bestellung DM 0,80 in Briefmarken beilegen.**

# Der imperialistische Imperativ

## Zur Politik und Ökonomie der USA

Paul Mattick

**Vor einer amerikanischen Arbeitsvermittlung: „Ich gratuliere, Sie sind der millionste Besucher".** „Krokodil"

Das Kapital ist international. Die Tatsache, daß seine historische Entwicklung parallel zu der des Nationalstaats verlief, verhinderte nicht die Etablierung des kapitalistischen Weltmarktes. Infolge politischer Interventionen zur Verteidigung der jeweiligen nationalen Bourgeoisien gegen konkurrierende Nationen war und ist jedoch die Kapitalkonzentration schwerer im internationalen als im nationalen Maßstab zu erreichen. Sogar kapitalistische Krisen, die eine weltumfassende Beschleunigung des Konzentrationsprozesses bewirkten, erforderten zusätzlich imperialistische Kriege, um den nationalen Konzentrationsprozeß auf die internationale Szene auszudehnen. Die kapitalistische Organisation der Weltwirtschaft ist ein widerspruchsvoller Prozeß. Sie führt nicht zur schließlichen Vollendung einer einheitlich kapitalistischen Welt, sondern zu kapitalistischen Formierungen, die immer zerstörerischer um die Kontrolle immer größerer Anteile an der Weltwirtschaft wetteifern.

Dieser Prozeß wohnt der Kapitalakkumulation inne, welche die grundlegenden kapitalistischen Widersprüche in stets größerem Maßstab reproduziert. Mit der Akkumulation des Kapitals, als dem immer noch entscheidenden Faktor der sozialen Entwicklung, erleben wir extensiver und intensiver aufs Neue die Erfahrungen der Vergangenheit im Hinblick auf den Konkurrenzkampf und auf die Internationalisierung des Kapitals. Die Welt als prädestiniertes Feld privater Ausbeutung zu betrachten, darauf läuft der Kapitalismus hinaus. Wenn es sich anfänglich vornehmlich darum handelte, Waren zu exportieren und billige Rohstoffe zu importieren, so führte dies bald zum Kapitalexport zur direkten Ausbeutung der Arbeitskraft anderer Nationen und damit zur Kolonisierung, um die neuen Profitquellen zu monopolisieren. Das Ende des Kolonialsystems beseitigte nicht das zweifache kapitalistische Bedürfnis nach internationaler Expansion und nach Konzentration der hierbei erzielten Profite in den Händen der herrschenden nationalen Kapitalgruppen.

Weil Kapitalismus sowohl national als auch international ist, ist er seiner wahren Natur nach imperialistisch. Imperialismus dient als Instrumentarium dazu, angesichts drängender internationaler Bedürfnisse über nationale Begrenzungen hinwegzukommen. Darum ist es töricht, die Möglichkeit eines nicht imperialistischen Kapitalismus anzunehmen. Natürlich gibt es kleine kapitalistische Nationen, die auch ohne direkte imperialistische Aktionen gedeihen. Aber da solche Nationen im Rahmen des kapitalistischen Weltmarktes operieren, nehmen sie, obschon indirekt, nichtsdestoweniger an dem imperialistischen Ausbeutertum der größeren kapitalistischen Nationen teil, geradeso wie auf dem Binnenmarkt viele kleine Zulieferanten bei dem Geschäft profitieren, das ihnen von den Hauptproduzenten für die Kriegswirtschaft überlassen wird. Nicht alle kapitalistischen Länder können imperialistisch expandieren. Sie befinden sich mehr oder weniger unter der Kontrolle jener Nationen, die hierzu Gelegenheit haben, selbst wenn die Kontrolle sich auf die ökonomische Sphäre beschränkt. Aus diesem Grunde erblicken einige europäische Beobachter in der jüngsten Expansion des amerikanischen Kapitalismus nach Europa eine Art Neo-Kolonialismus, andere drängen auf ein stärker integriertes Europa, das imstande wäre, als „dritte Kraft" in einer von imperialistischen Mächten beherrschten Welt zu wirken.

Der Widerspruch zwischen der nationalen Form des Kapitals und seinem Bedürfnis nach Expansion, die keine Grenzen anerkennt, ist mit dem Widerspruch zwischen seiner Konkurrenznatur und seinem Drang nach Monopolisierung verflochten. Theoretisch betrachtet, gedeiht eine Wettbewerbswirtschaft am besten auf einem freien Weltmarkt. Tatsächlich aber führt Wettbewerb zur Monopolwirtschaft und zu monopolistischem Wettstreit, und der freie Weltmarkt führt zu protektionierten Märkten, die mit politischen Mitteln monopolisiert werden. Monopolistische Konkurrenz schließt imperialistische Kämpfe ein, um bestehende Monopole zugunsten neuer monopolistischer Konstellationen zu brechen. Die ökonomische Wettbewerbsform nimmt politische Ausdrucksweise und somit ideologische Formen an, die sodann die ökonomischen Zwänge ihres Ursprungs überschatten.

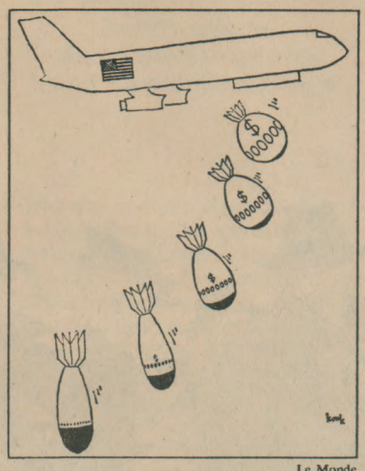
Diese Transformation ökonomischer in politisch-ideologische Positionen geriet noch mehr in Verwirrung durch die Veränderungen der Kapitalbildung, die auf dem Wege sozialer Revolutionen herbeigeführt wurden. Die Planwirtschaften Rußlands, Chinas und ihrer Satelliten störten nicht nur den monopolistisch kontrollierten Weltmarkt, sondern führten dazu, weitere Expansion unter privatkapitalistischem Vorzeichen zu verhindern. Natürlich gab es nicht viel Kapitalbildung in den unterentwickelten Weltgebieten. Internationale Kapitalkonzentration hatte die rasche Vergrößerung bestehenden Kapitals auf Kosten potentieller Kapitalbildung in unterjochten Ländern zum Ergebnis. Lukrative Märkte, billige Nahrungsmittel und Rohstoffe erhöhten die Profitraten der Industrienationen und beschleunigten damit deren Kapitalakkumulation. Darüber hinaus jedoch erwartete man, daß eine Zeit kommen würde, in der eine weitere Kapitalexpansion auch zu einem verstärkten Kapitalfluß in die unterentwickelten Weltregionen führen würde.

Kapital ist nicht an sich an der fortdauernden Existenz industriell unterentwickelter Nationen interessiert. Es ist nur insoweit interessiert, wie dieser Zustand sich als am meisten profitabel erweist. Wenn eine weitere Entwicklung rückständiger Länder mehr oder ebenso profitabel wie Investionen in fortgeschrittenen Nationen sein sollte, dann werden die Kapitalisten nicht zögern, deren kapitalistische Entwicklung genau so zu fördern, wie sie jene in

ihren eigenen Ländern beschleunigt haben. Ob sie jemals unter den Bedingungen privater Kapitalbildung Realität werden kann oder nicht, ist eine Frage, die Kapitalisten nicht stellen können, denn ihr eigenes Fortbestehen ist klar mit der Kapitalbildung in den unterentwickelten Nationen verbunden. Sie können daher nicht umhin, in der Bildung und Expansion staatlich kontrollierter Systeme eine Einschränkung ihrer eigenen Expansionsmöglichkeiten und eine Bedrohung ihrer Kontrolle des Weltmarktes zu erblicken. Für sie bedeutet „Kommunismus" die Bildung von Super-Monopolen, mit denen man nicht auf dem Wege monopolistischen Wettbewerbs verkehren kann und die vielmehr mit politisch-ideologischen Mitteln und, sofern es opportun ist, mit militärischen Maßnahmen bekämpft werden müssen.

In ihrem Widerstand gegen den „Kommunismus" wenden sich die Kapitalisten nicht nur gegen ein anderes ökonomisches System, sie verdammen ihn auch aus politischen und ideologischen Gründen. Und dies um so mehr, weil sie die Möglichkeit anderer sozialer Formationen nicht zugestehen können, da sie überzeugt sind, daß die ökonomischen Prinzipien des Kapitalismus universelle Grundsätze wirtschaftlichen Verhaltens sind, deren Verletzung einer Vergewaltigung der menschlichen Natur selbst gleichkommt. Sie können es sich nicht leisten – und tun es auch nicht –, die Dynamik ihrer eigenen Gesellschaft zu begreifen. Wie sie es sehen, liegen die Gründe für ihre Schwierigkeiten nicht im System selber, sondern in außerhalb gelegenen Ursachen. Bei solcher Sicht, ist es natürlich der irrige und verderbte Glaube an den Kommunismus, der die Gesellschaft untergräbt und sie der Möglichkeit beraubt, sich aus ihren wachsenden Schwierigkeiten herauszuarbeiten. Es ist somit nicht notwendig, daß die Kapitalisten, ihre Verteidiger und alle Anhänger der kapitalistischen Ideologie, sich der Tatsache bewußt sind, daß das gewöhnliche Geschäft des Profitmachens die nationale und internationale kapitalistische Politik bestimmt. Es genügt, daß sie sich mit der vorherrschenden kapitalistischen Ideologie indentifizieren.

Die Verteidigung des Kapitalismus erfordert kein eigentliches Verständnis des Systems; es verlangt nur Aktionen, die den Status quo stützen. Marxistische Rationalität, die eine Kritik bestehender Bedingungen bedeutet, nimmt oft an, daß alles kapitalistische Handeln direkt durch die kapitalistische Rationalität, d. h. durch das unmittelbare Bedürfnis, Profit zu machen und Kapital anzuhäufen, bestimmt sei. Die Marxisten suchen nach direkt beobachtbaren ökonomischen Motiven hinter den politischen Aktionen kapitalistischer Staaten, insbesondere im internationalen Bereich. Wenn nicht direkt wahrnehmbar sind, geraten sie etwas in Verlegenheit, solche offensichtlichen Gründe die „Vernunft" imperialistischer Aggressionen zu erklären. Im Falle Indochinas z. B. ist das scheinbare Fehlen wichtiger Antriebe der amerikanischen Intervention für marxistische Kritiker des Krieges eine lästige Tatsache gewesen. Das wurde anscheinend nur durch die jüngste Entdeckung von küstennahen Ölvorkommen gemildert, die vermutlich, wenigstens teilweise,



Le Monde

das weiterhin bestehende Interesse des Big Business an einem siegreichen Abschluß des Krieges verständlich machten. Es ist jedoch klar, daß der Indochinakrieg ohne diese Entdeckung kam und gekommen wäre, und daß andere Erklärungen als nur einige spezifische und isolierte kapitalistische Interessen gefunden werden müssen.

Die Verteidiger des Kapitalismus benutzen diese Situation um darzulegen, daß nicht das kapitalistische System als solches zum Imperialismus führt, sondern irgendeine Verirrung, die ihm von Kräften außerhalb aufgedrängt wird. Sie sprechen von einem „militärisch-industriellen Komplex", der eine Verschwörung innerhalb des Systems bildet, um seinen Sonderinteressen zu Lasten der ganzen Gesellschaft zu dienen. Nach ihrer Ansicht ist es eine Institution der Gesellschaft, durch Usurpation der Entscheidungsgewalt der Regierung, die für den Krieg verantwortlich ist, nicht aber der Kapitalismus selber. Während der Krieg – weit davon entfernt, wegen laufenden oder erwarteten Profiten geführt zu werden – eine enorme Ausgabe für die amerikanischen Steuerzahler und darum sinnlos ist, besitzt er Sinn für die Sondergruppe der Kriegsgewinnler, die die Regierung beherrschen. Bestimmte Leute, nicht das System, sind zu tadeln. Aus diesem Grunde ist alles, was zur Beendigung der Abirrung nötig ist, ein Wechsel der Regierung und eine Entmachtung des „militärisch-industriellen Komplexes".

Natürlich steckt in beiden Erklärungen ein Stück Wahrheit – dies, daß Imperialismus wirtschaftlich vom Krieg besonders begünstigten begründet ist und daß er durch Gruppen verfochten wird. Aber indem man versäumt, diese Erklärungen in Beziehung zu den fundamentalen Widersprüchen der Kapitalbildung zu setzen, wird man der Kompliziertheit des Kriegs- und Imperialismusproblems nicht gerecht. Weder die Bildung noch die Akkumulation von Kapital ist ein bewußt gesteuerter gesellschaftlicher Prozeß. Jede kapitalistische Einheit, sei es der Unternehmer, der Konzern oder das multinationale Unternehmen, beschränkt notwendigerweise ihre Tätigkeit auf die Vergrößerung ihres Kapitals ohne Rücksicht, oder sogar ohne die Möglichkeit einer Rücksichtnahme, auf soziale Bedürfnisse und die gesellschaftliche Entwicklung. Sie sind blind gegenüber den nationalen und internationalen Folgen ihres ruhelosen Dranges, ihr Kapital zu vergrößern. Er bestimmt die Richtung ihrer Expansion. Ihr enormes Gewicht innerhalb der Gesellschaft bestimmt die gesellschaftliche und damit die Politik der Regierung. Das bedeutet jedoch, daß Regierung und Gesellschaft in ihrer Entwicklung so blindlings handeln wie jede einzelne kapitalistische Gruppe dies im Blick auf ihre Profitinteressen tut. Sie wissen, was sie tun, aber nicht, wohin dies führt; sie können die Folgen ihrer Tätigkeit nicht begreifen.

Diese Folgen können Krieg einschließen, und Krieg kann begonnen werden nicht wegen bestimmter wirtschaftlicher Ziele, wie etwa Besitz besonderer Rohstoffe, Zugang zu neuen Märkten oder Kapitalexport, sondern wegen einer vorherigen Wirtschaftspolitik, deren Folgen nicht voraussehbar waren. Dies ist natürlich völlig klar im Falle imperialistischer Interventionen zur Verteidigung von Kapitaleigentum, das Gefahr läuft, enteignet zu werden, oder das in Ländern enteignet wurde, die ein gewisses Maß an Unabhängigkeit in wirtschaftlicher wie auch in politischer Beziehung zu gewinnen oder wiederzugewinnen suchen. Das erklärt die Interventionen in Guatemala, Kuba, der Dominikanischen Republik, im Kongo usw. Die Verhältnisse sind jedoch nicht so klar in Bezug auf die Intervention in Indochina, wo die wirtschaftlichen Interessen der USA minimal waren und ihr möglicher Verlust ohne Konsequenz für ihre Ökonomie geblieben wäre. Doch auch diese Intervention war das unvorhergesehene Ergebnis vorheriger ökonomischer Entwicklungen, selbst wenn sie nicht auf irgendein unmittelbares und spezifisches wirtschaftliches Bedürfnis des amerikanischen Kapitalismus bezogen werden kann.

Es gibt nur einen Weg zur Sicherung der kapitalistischen Wirtschaft, und zwar durch beständige Kapitalexpansion. Gerade diese Expansion ist das Geheimnis günstigen Konjunkturverlaufes, genauso wie ein Expansionsmangel Depressionen zum Ergebnis hat. Kapitalistische Entwicklung ist ein Wechsel zwischen Prosperität und Depression, dem sogenannten Konjunktur-Zyklus. Für das amerikanische Kapital führte jedoch die letzte schwere Depression von 1929 nicht zu einer neuen Periode der Prosperität, sondern zu einer Ära relativer Stagnation und des Niedergangs, die nur überwunden wurde durch Umwandlung der Ökonomie in eine Kriegswirtschaft; das bedeutete Wachstum der Produktion nicht auf dem Wege der Kapitalakkumulation, sondern durch Anwachsen der nationalen Schuld und Produktion für „öffentliche Konsumtion", wie sie durch Krieg und Kriegsvorbereitung erforderlich wird. Aber geradeso wie schon die große Depression führte der Krieg nicht zur Wiederherstellung einer Kapitalexpansionsrate, welche ausreichte, um die volle Nutzung der Produktionsstätten und der verfügbaren Arbeitskraft sicherzustellen. Die Regierung sah sich gezwungen, ihre Stützung der Wirtschaft durch öffentliche Ausgaben auf dem Wege des „deficit-spending" fortzusetzen, infolge der Natur des kapitalistischen Systems zwangsläufig Ausgaben, die nicht mit dem Privatkapital konkurieren und daher weithin Rüstungsausgaben sind. Der „Kalte Krieg" im Kielwasser des tatsächlichen Krieges lieferte die Begründung dieser Art kompensatorischer Produktion.

Natürlich setzte das Privatkapital seine heimische und internationale Expansion fort, aber nicht in einem Ausmaß, das eine bedeutsame Kürzung nicht profitabler, von der Regierung veranlaßter Produktion gestattet hätte. Trotz beider Typen dieser Produktion, für den Markt und für „öffentliche Konsumtion", konnte Vollbeschäftigung und volle Nutzung der Produktionsanlagen nicht erreicht werden. Trotz der mit dem Krieg in Indochina verbundenen großen Ausgaben, zählte Amerika Ende 1970 sechs Millionen Arbeitslose und eine nur 80%ige Ausnutzung der Produktionskapazität. Rüstungsausgaben ergeben sich natürlich aus dem Nationaleinkommen und können weder verwertet noch im üblichen Sinne konsumiert werden. Eine ständige Steigerung von Rüstungsausgaben ist nur auf Kosten der Kapitalakkumulation und des Lebensstandards möglich. Sie ist daher keine Lösung für die Probleme, die durch eine ungenügende Kapitalexpansionsrate bedingt sind; vielmehr macht gesteigerte Rüstung eine Lösung nur schwieriger. Kapitalistisch gedacht, hat Krieg nur „Sinn", wenn er als Instrument zur Schaffung von Bedingungen dient, die eine weitere Kapitalexpansion und -ausweitung begünstigen. Aber zugleich würde unter den vorherrschenden Bedingungen ein Ende des Indochinakrieges nur die Zahl der Arbeitslosen vermehren und den ungenutzten Teil der Produktionskapazität vergrößern.

Krieg oder Nichtkrieg – mangels beschleunigter privater Kapitalexpansionsrate besteht nur die Wahl zwischen einer vertieften Depression und ihrem Umgehen durch weitere Ausdehnung nicht profitab-

ler „öffenlicher Ausgaben". Doch während der Krieg eventuell die Vorbedingungen für ein amerikanisches Eindringen in Ostasien einbringen könnte, und seine gegenwärtigen Kosten durch zukünftige Profite belohnt würden, haben öffentliche Ausgaben für andere Zwecke nicht solche Auswirkungen. Die Erfahrung zeigt, daß Krieg Möglichkeiten für weitere Kapitalexpansion eröffnet. Von einem konsequenten kapitalistischen Standpunkt aus, ist ein erfolgreich durchgeführter Krieg „vernünftiger" als beständiger Niedergang des Kapitalismus, wie er sich in einer Zunahme regierungsabhängiger Produktion gegenüber privater Kapitalexpansion zeigt.

Selbst wenn die „gemischte Wirtschaft" als wahrscheinlich unvermeidbare Modifikation des kapitalistischen Systems hingenommen wurde, so sollen doch die Eingriffe der Regierung in die Wirtschaft nur solche sein, die für das Privatkapital vorteilhaft sind. Um dies zu sichern, müssen Eingriffe in Marktverhältnisse sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene eingeschränkt werden. Ebenso wie innenpolitisch eine allgemeine Expansion regierungsabhängiger Produktion das sichere Ende kapitalistischer Eigentumsverhältnisse bedeuten würde, weist die Ausbreitung eines staatlich bestimmten gesellschaftlichen Produktionssystems innerhalb der Weltwirtschaft auf eine Schrumpfung der freien Unternehmerwirtschaft hin. Darum ist es lebenswichtig, die Ausbreitung des „Kommunismus", d. h. eines staatlich kontrollierten Produktionssystems einzudämmen, so wie es innerhalb jeder privatkapitalistischen Nation gilt, die Regierungseingriffe in die Wirtschaft einzuschränken. Beide Notwendigkeiten sind voneinander abhängig. Wenn mehr Nationen die staatlich beherrschte Form der Kapitalbildung annehmen und dadurch die Expansion des privaten Kapitals beschränken, so fordert ungenügende Expansion des letzteren intensivere Regierungseingriffe in den eigenen Ländern heraus. Um den Trend in Richtung Staatskapitalismus in den Marktwirtschaften aufzuhalten, ist die Eindämmung und möglichst ein „roll-back" der bereits etablierten staatskapitalistischen Systeme erforderlich. Doch während die Kapitalisten ihre eigenen Regierungen kontrollieren und so Art und Grad der wirtschaftlichen Eingriffe bestimmen, können sie die gefürchtete Transformation international nur aufhalten, indem sie entweder die Kontrolle über die Regierungen anderer Nationen besitzen oder mit imperialistischen Interventionen eingreifen.

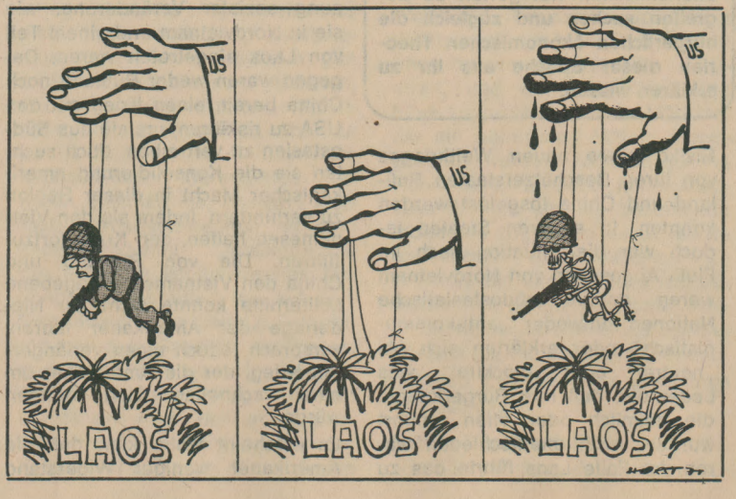
Es gibt also keinen speziellen Grund für Amerikas Intervention in Indochina, neben seiner allgemeinen Politik, überall in der Welt zu intervenieren, um politische und soziale Veränderungen zu verhindern, die für die „freie Welt" und insbesondere für seine Vormacht abträglich wären. Wie eine Riesenkrake streckt Amerika seine Saugnäpfe nach allen unterentwickelten Ländern aus, die sich noch unter dem Einfluß kapitalistischer Eigentumsverhältnisse befinden, um deren weiteres Festhalten am Prinzip der 'freien' Wirtschaft oder wenigstens an den alten Weltmarktverhältnissen zu sichern, die sie zu Anhängseln des westlichen Kapitalismus gemacht haben. Es versucht, alle prokapitalistischen Kräfte in verschiedenen regionalen Bündnissen zu sammeln, bewaffnet und finanziert die reaktionärsten Regimes, dringt in Regierungen ein und bietet Hilfe an – all das, um jede soziale Bewegung aufzuhalten, die nach dem Ziel politischer und wirtschaftlicher Selbstbestimmung streben könnte. Weil Selbstbestimmung keine reale Möglichkeit sei, betrachten die USA Versuche, sie zu erreichen, lediglich als Verlassen des kapitalistischen Weges, die in den Machtbereich der Ostmächte führen müßten. Mit der Bekämpfung der Selbstbestimmung und der nationalen Befreiung, setzt Amerika einfach seinen Krieg gegen die russischen und chinesischen Widersacher fort. Obwohl das kein „Kalter Krieg" mehr ist, werden bisher die wirklichen Probleme aber nur am Rande berührt.

Dabei gefährdete keine der kleinen Nationen, die eine amerikanische Intervention erlitten, nennenswert die Hegemonie der USA in Weltangelegenheiten. Wenn sie trotzdem gehindert wurden, sich von Fremdherrschaft und ihren kollaborierenden herrschenden Klassen zu befreien, so geschah dies in Erkenntnis der Tatsache, daß ihre revolutionäre Aktivität nicht ein zufälliges Phänomen ist, sondern mannigfacher Ausdruck eines Trends – zwar jetzt noch schwach, aber weltweit – zur Herausforderung der kapitalistischen Macht- und Ausbeutungsmonopole. Darum muß revolutionäre Aktivität unterdrückt werden, wo auch immer sie entsteht, und es muß ihr Wiederaufleben ungeachtet aller unmittelbaren Profitrücksichten verhindert werden. In dieser Beziehung unterscheidet sich die Gegenwart von der Vergangenheit dadurch, daß imperialistische Interventionen in der Vergangenheit stattfanden, um Weltreiche zu schaffen oder um andere Nationen der Vorherrschaft expandierenden auswärtigen Kapitals zu unterwerfen, während gegenwärtig solche Interventionen der Verteidigung des Kapitalismus selbst dienen.

Amerikas Intervention in Indochina ist in Hunderten von Büchern und Tausenden von Artikeln gut dokumentiert worden. Es dürfte genügen, auf ihren engen Zusammenhang mit den neuen imperialistischen Rivalitäten hinzuweisen, die durch den 2. Weltkrieg hervorgerufen sind. Die Ausdehnung russischer Kontrolle und Einflusses in Europa ließ ähnliche russische Schritte in Asien erwarten, ein vermutlich durch den „kommunistischen" Erfolg in China und die Entstehung anti-westlicher Staaten und Bewegungen in Südostasien unterstützter Prozeß. Die amerikanische Reaktion auf diese – ob nun reale oder nur eingebildete – Bedrohung, geschah automatisch. Das bedeutete die Anwendung aller verfügbaren Mittel, um die russische und chinesische Herrschaft über die asiatische Entwicklung zu verhindern.

Amerikas Gewinne in Asien waren durchaus eindrucksvoll. Es gewann nicht nur die Philippinen zurück und zerstörte Japans „Co-Prosperitäts-Sphäre", sondern fand Eingang in Nationen, die nur wenige Jahre zuvor Monopole europäischer Mächte gewesen waren. Mit Unterstützung eines wiederhergestellten und mit den USA verbündeten Japan, erschien es relativ leicht, China aus Südostasien herauszuhalten und diesen Teil des Globus für die „freie Welt" im allgemeinen und die USA im besonderen abzusichern. Aber der „kommunistische" Feind fand sich nicht nur in China, sondern in größerem oder geringerem Ausmaß in allen Ländern Südostasiens, um vielleicht durch Subversion das zu erzielen, was offensichtlich nicht länger durch direktes Vorgehen erreicht werden konnte. Die Sicherung der neugewonnenen Position Amerikas in Südostasien erforderte demnach die Zerstörung der einheimischen nationalen Kräfte, die sich auch als „kommunistische" Bewegungen betrachteten und lieber dem russischen und chinesischen Beispiel nachzueifern wünschten, als sich dem Kurs des westlichen Kapitalismus anzupassen.

Wie alle Länder waren die neu entstandenen Staaten in Südost-




**Deutsche Erstausgabe**

**Staatlichkeit und Anarchie**

**Michael Bakunin**

**ca. 300 Seiten, Preis 12,- DM**

**Subskription bis Ende Februar 1972**

„Darüber hinaus scheint mir eine vollständige englische und deutsche Ausgabe von Bakunins Buch nicht nur für die Marxologie im engeren Sinne interessant, sondern auch politisch höchst aktuell. Je mehr ich mich damit beschäftige desto mehr scheint es mir, daß Bakunin die meisten Entwicklungen, die bei den heutigen Revolutionen auftreten, viel klarer vorausgesehen hat als Marx. Sein Buch gehört insofern direkt zu den Voraussetzungen einer Theorie der modernen Revolution." (Karl Korsch an R .Rosdolsky, 1. 6. 1951).

Das Buch Bakunins, von dem Korsch so begeistert schreibt, ist STAATLICHKEIT UND ANARCHIE. 1873 in Genf auf russisch erschienen, war es das erste größere Werk von Bakunin, das zu seinen Lebzeiten herauskam. Neben einigen russischen Neuauflagen im Verlauf der Revolutionen von 1905 und 1917, die auf die praktische Relevanz des Werkes für den damaligen Klassenkampf verweisen, kam es 1929 noch zu einer spanischen Ausgabe, die vom Bakunin-Biographen Max Nettlau besorgt wurde, und 1965 zu einer französischen Ausgabe v. A. Lehning. Der Plan von Karl Korsch, STAATLICHKEIT UND ANARCHIE herauszugeben, ließ sich nicht mehr realisieren. So kam es, daß Bakunins Hauptwerk STAATLICHKEIT UND ANARCHIE den deutschen Lesern lediglich in einigen kurzen Auszügen bekannt wurde, die Karl Marx 1874 im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen innerhalb der I. Internationale exzerpierte. (Vgl. Karl Marx, Konspekt von Bakunins STAATLICHKEIT UND ANARCHIE, MEW 18, S. 659 ff.) Diese kurzen Auszüge von Marx vermitteln jedoch eher die Berechtigung von Bakunins Kritik am AUTORITÄREN KOMMUNISMUS der Marxisten, als daß sie eine Auskunft über die weitgespannte Problematik und den Diskussionsrahmen des ANTIAUTORITÄREN KOMMUNISMUS d.Anarchisten geben.

So wird die Herausgabe des vollständigen Textes von Bakunin, die sich u. a. an der 1965 erschienenen französischen Ausgabe orientiert, einen umfassenden Überblick darüber geben, wie Bakunin zu den damals und auch heute zentralen Fragen der Strategie und Taktik der revolutionären Bewegung Stellung bezieht:

ROLLE DES REVOLUTIONÄREN SUBJEKTS IN DER GESCHICHTE
PROLETARISCHER INTERNATIONALISMUS
VOLKSKRIEG U. VOLKSREVOLUTION
KRITIK AM STAATSKAPITALISMUS UND STAATSSOZIALISMUS
POLITISCHE UND SOZIALE REVOLUTION
DEKLASSIERTE INTELLIGENZ UND LUMPENPROLETARIAT
BAUERNREVOLUTION UND REVOLUTION IN INDUSTRIELÄNDERN
RÄTEBEWEGUNG GEGEN PARTEIDIKTATUR
ABSTERBEN ODER ZERSTÖRUNG DES STAATES

„Das mit dem Rätegedanken bei Bakunin zum Beispiel war mir längst bekannt und ebenso, daß die ganze linke Bewegung in der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei und zu revolutionären Zeiten auch die Massen immer von Bakunins Schlagworten und Gedanken gelebt haben." (Korsch an Rosdolsky, 12. 8. 1951)

In einem ausführlichen Vorwort wird die Marx'sche Rezeption von STAATLICHKEIT UND ANARCHIE analysiert und der historische Bezugsrahmen zum Werk und den Auseinandersetzungen zwischen Marxisten und Anarchisten dargestellt. Außerdem wird der Versuch gemacht, die Aktualität Bakunins für die heutige revolutionäre Bewegung aufzuzeigen. Als Anhang wird der Marx'sche Konspekt von 1874 und einige Briefauszüge von Bakunin, Herzen, Ogarijow, Engels und Marx abgedruckt. Aus finanziellen u. drucktechnischen Gründen unternimmt der Verlag eine SUBSKRIPTION des Werkes. Interessierte Buchhandlungen, Bibliotheken, Institute und Arbeitsgruppen etc. bestellen bei

**Karin Kramer Verlag**
**1 Berlin 44, Postfach 106**

asien durch verschiedene Klasseninteressen gespalten, deren Anhänger mit Hilfe des nationalen Befreiungskampfes und in ihm für ihre spezifischen Ziele kämpfen. Damit ist der Befreiungskrieg zugleich ein Bürgerkrieg. Seine Ergebnisse mußten entscheiden, ob die befreiten Nationen den Kapitalismus verlassen oder darin bleiben würden. Auswärtiger Eingriff in den Bürgerkrieg war nötig, um auf sein Ergebnis einzuwirken. Wie auch immer die Ergebnisse der Befreiungsbewegungen sein mochten, für die USA war es wesentlich, daß sie nicht zu neuen „kommunistischen" Regimen führten, die für den chinesischen Gegner Partei ergreifen würden. Ungeachtet des übersteigertsten Nationalismus, der einer neuen chinesischen Herrschaft ebenso entgegentreten würde wie er die alten Kolonialmächte bekämpft hatte, argwöhnten Amerikas Politiker mit Recht, daß China allein schon durch sein Gewicht die kleineren Nationen an seinen Grenzen beherrschen würde, obwohl diese Herrschaft durch ideologische Tarnung verschleiert sein mochte. Die Woge des Nationalismus mußte als „Anti-Kommunismus" kanalisiert werden, was die Stützung oder Schaffung von Regierungen bedeutete, die den USA und dem westlichen Kapitalismus freundlich gesinnt waren.

Die die Entscheidung treffenden Männer in den USA, die sich zum Eintritt in die indochinesischen oder in andere Konflikte entschlossen, konnten auf die Zustimmung eines großen Teils der Bevölkerung rechnen, eine Zustimmung, die keineswegs rein ideologischer Natur war. Gewiß würden die Rüstungsproduzenten nichts gegen kriegsbedingte Extraprofite haben. Noch würden die Arbeiter dagegen sein, wenn ihnen dies sichere Arbeit und ständiges Einkommen verschafft, was unter anderen Umständen weniger gewiß wäre. Die Militärs würden den Krieg als einen Segen für ihren Beruf betrachten; Krieg ist ihr Geschäft, und sie würden die Geschäftswelt ermutigen, Krieg zu führen. Weil die gemischte Wirtschaft eine Kriegswirtschaft geworden ist, sind viele Berufe entstanden, die nur unter Kriegsbedingungen oder bei der Vorbereitung solcher Bedingungen ausgefüllt werden können. Eine wachsende Regierungsbürokratie baut ihre Existenz auf Verewigung der Kriegsmaschinerie und imperialistischer Aktivität auf. Weitverbreitete Interessen am Krieg und Imperialismus verbünden sich mit den besonderen der Großkonzerne und ihrer Abhängigkeit von Ausbeutung im Ausland.. Während so für manche Krieg und Imperialismus den Tod bedeuten, stellen sie für sehr viel mehr eine Lebensform dar, und zwar nicht eine Ausnahmesituation sondern Dauerzustand. Ihre Existenz gründet sich auf eine Art von Kannibalismus, der gleichermaßen das Leben von Freund und Feind kostet. Doch wenn erst einmal dieser Sachverhalt besteht, pflegt er sich zu reproduzieren, und es wird zunehmend schwieriger, zu dem „normalen" Zustand kapitalistischer Produktion zurückzukehren.

Die USA haben Nordvietnam bis jetzt nicht den Krieg erklärt. Angeblich verteidigen sie noch immer nichts weiter als die gefährdete Selbstbestimmung Südvietnams. Der Koreakrieg zeigte, daß bereits etablierte „Kommunistische" Regimes nicht ohne das Risiko eines neuen Weltkrieges von ihren Beschützerstaaten Rußland und China losgelöst werden konnten. In anderen Staaten jedoch war die Situation noch im Fluß. Abgesehen von Nordvietnam waren andere südostasiatische Nationen entweder „anti-kommunistisch" oder erklärten sich als „neutral" oder „blockfrei", was bedeutete, daß ihre Bürgerkriege, die heimlich oder offen geführt wurden, noch unentschieden waren. Im Falle Laos führte das zu einem von den Großmächten gedeichselten dreigeteilten Arrangement mit „Neutralisten" zwischen den „kommunistischen" und den „westlich orientierten" Kräften, die das Land unter sich aufteilten. Kambodscha behauptete eine prekäre „Unabhängigkeit", indem es beiden Seiten des überlagernden Großmachtkonflikts diente. Nur in Thailand, wo Amerika anstelle Englands den größten ausländischen Einfluß hatte, war die Bindung an den Westen nahezu vollkommen. Thailand wurde die wichtigste amerikanische Luftwaffenbasis für den vietnamesischen Krieg.

Wegen der Unsicherheit der Situation erschien es den USA wesentlich, jede weitere Änderung in Südostasien zu stoppen, indem sie alle „anti-kommunistischen" Kräfte in diesem Gebiet unterstützten. Das ist eine durchgehende Politik gewesen, von der keine der aufeinanderfolgenden Regierungen abgewichen ist. Entgegen dem Genfer Abkommen von 1954, weigerte sich das von Amerika eingesetzte südvietnamesische Regime, die vorgeschlagenen Wahlen in Betracht zu ziehen, welche über die Vereinigung von Süd- und Nordvietnam entscheiden sollten. Um das Fortbestehen Südvietnams zu sichern, pumpten die USA ihr Geld und ihre Truppen in das Land. Der wiederaufgenommene Bürgerkrieg im Süden wurde von Nordvietnam unterstützt und verwandelte die amerikanische Intervention in einen Krieg sowohl gegen die nationalen Befreiungskräfte im Süden auch gegen die nordvietnamesische Regierung. Diese Intervention ist oft als ungerechtfertigt empfunden worden, weil sie sich auf einen Bürgerkrieg richtete, statt, wie vorgegeben, auf die nationale Unabhängigkeit Südvietnams. Doch kann im indochinesischen Zusammenhang kein Unterschied zwischen Krieg und Bürgerkrieg gemacht werden, weil hier alle nationalen Befreiungskriege zugleich Bürgerkriege zur sozialen Veränderung sind. Gerade wegen des Bürgerkriegscharakters der nationalen Befreiungsbewegungen stiegen die USA in den Kampf ein.

Die amerikanische Entschlossenheit, um jeden Preis ihren Einfluß in Indochina zu wahren, hemmte eine mögliche weitere Ausdehnung sozialer Veränderung, wie sie in Nordvietnam und einem Teil von Laos eingetreten waren. Dagegen waren weder Rußland noch China bereit, einen Krieg mit den USA zu riskieren, um sie aus Südostasien zu vertreiben, doch suchten sie die Konsolidierung amerikanischer Macht in dieser Region zu verhindern, indem sie den Vietnamesen halfen, den Krieg fortzuführen. Die von Rußland und China den Vietnamesen gegebene Militärhilfe konnte nicht zur Niederlage der Amerikaner führen, versprach jedoch einen verlängerten Krieg, der die Amerikaner um einen schnellen Sieg bringen würde.

Es erscheint völlig klar, daß die Amerikaner weniger Widerstand gegen ihre Intervention erwarteten. Der unerwartet wirksame Widerstand führte zu einer ständigen Eskalation der Kriegsanstrengungen und einer zunehmenden Diskrepanz zwischen dem begrenzten Ziel und den Kosten. Die unmittelbaren und wachsenden Kriegsausgaben gewannen immer größere Bedeutung im Vergleich zu ihren möglichen „positiven" Ergebnissen, die immer unsicherer wurden. Während es die Bevölkerung Indochinas verbluten läßt, blutet Amerika selbst immer stärker und scheint das Zutrauen in seine Fähigkeit zu verlieren, den Krieg zu seinen Bedingungen zu beenden. Sicherlich erwies sich die amerikanische Intervention darin als erfolgreich, daß sie nicht nur die Vereinigung von Süd- und Nordvietnam verhinderte, sondern auch westlichen Einfluß in Südostasien behauptete. Vertrauen in die Fähigkeit, diese Situation aufrechtzuerhalten, spiegelte sich in neuen ausgedehnten und vorwiegend privaten amerikanischen und japanischen Direktinvestitionen in Öl-, Holz- und Mineralvorkommen in Taiwan, Indonesien, Thailand und sogar Südvietnam.

Sicher wird der Krieg solange weitergehen, wie die Nordvietnamesen dem amerikanischen Willen trotzen. Sie werden dazu imstande sein, solange sie von Rußland, China oder beiden genügend Hilfe bekommen. In diesem Sinne ist der Krieg noch ein Krieg zwischen diesen asiatischen Mächten und den USA, obwohl nur letztere ihre Militärmacht wegen der Schwäche ihrer indochinesischen Verbündeten einbezogen haben, die den im Kampf eingesetzten national-revolutionären Kräften nicht gewachsen waren. Der Riß zwischen Rußland und China hat diese Lage nicht geändert, weil jede dieser Nationen ihre unabhängigen Gründe zur Bekämpfung des amerikanischen Vordringens in Asien hat. Zusammenfassend muß gesagt werden, daß der Indochinakrieg nicht als ein isolierter Konflikt zwischen Amerika und Nordvietnam zu betrachten ist, sondern als Aspekt eines sich weiter entfaltenden Kampfes, der ganz Asien und seine weitere Entwicklung betrifft. Darüber hinaus ist es ein Spezialfall eines allgemeinen, in vielen Teilen der Welt vor sich gehenden Kampfes gegen die imperialistischen Formen der privatkapitalistischen Produktion. Objektiv und subjektiv kann dieser Kampf bis jetzt keine andere Form annehmen als die der nationalen Befreiung, obwohl dies keine wirkliche Lösung für die sozialen und wirtschaftlichen Probleme darstellt, welche jene Länder bedrängen, die dem doppelten Joch heimischer und ausländischer Ausbeutung unterworfen sind. Doch ist dieser Kampf selbst ein Anzeichen für die fortschreitende Auflösung der kapitalistischen Produktionsweise, der rechtzeitig seine Unterstützung in Klassenkämpfen finden muß, die in den imperialistischen Nationen selbst zu führen sind.

**Übersetzt von FRITZ KATZ**

## Kapitalistischer Reproduktionsprozeß und Klassenbewußtsein

**Was bedeutet die staatliche Dauerintervention in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß, der zugleich Produktions-, Zirkulations- und Distributionsprozeß ist, wirklich? Welche Funktion erfüllt die „Wirtschaftspolitik" in der heutigen kapitalistischen Reproduktionsform, welche Chancen haben Krisen- und Konjunktursteuerung tatsächlich? Wie ist das Verhältnis von produktiver und unproduktiver Arbeit, von Arbeitsteilung und Klassenbewußtsein, Wissenschaft und Arbeitsprozeß, Krise und sozialistischer Revolution zu bestimmen? Diese Fragen stellt sich Paul Mattick in zwei Aufsätzen „Produktive und unproduktive Arbeit" sowie „Gemischte Ökonomie und ihre Grenzen", die das Sozialistische Büro in der PAPERREIHE ZUR SOZIALISTISCHEN DISKUSSION veröffentlicht hat (DM 3,—).**

**Paul Mattick wurde 1904 in Deutschland geboren, wanderte 1926 in die USA aus, leitete seit 1927 die „Chicagoer Arbeiterzeitung", war von 1934 bis 1943 Herausgeber der Zeitschriften „Living Marxism" und „New Essays". Mattick arbeitete daneben als Werkzeugmacher in verschiedenen Betrieben und war politisch im IWW (Industrial Workers of the World) organisiert. Wenn man eine Plakette verwenden will, so kann Mattick als „Rätesozialist" gelten.**

**Mattick gehört zu den sehr wenigen marxistischen Autoren, die im Gegensatz etwa zur Theorie des „staatsmonopolistischen Kapitalismus" die heutige kapitalistische Reproduktionsform streng auf der Basis der von Marx entwickelten ökonomischen Kategorien zu begreifen suchen und zugleich die bürgerlichen ökonomischen Theorien dieser Epoche aus ihr zu erklären wissen.**

# Japans Wirtschaftsoffensive in Südostasien

## Rainer Werning

26 Jahre nach Kriegsende und der Niederlage des japanischen Militarismus fährt man in Tokios Presse wieder schwere Geschütze auf – die Zeitungen reden viel von Japans politischen, ökonomischen und militärischen Interessen im Süden Ostasiens.

Premier Eisaku Sato hatte schon im Sommer 70 Japans Außenpolitik für die siebziger Jahre in einer Parlamentsrede eindeutig formuliert. „Unsere eigene Geschichte verlangt," so sagte er, „daß wir mit diesen (gemeint waren die asiatischen) Staaten gemeinsam gedeihen. Unser Land betrachtet die Siebziger als ein Jahrzehnt der asiatischen Entwicklung."

Kritiker der Sato-Regierung vermuteten zu Recht hinter diesem rhetorischen Getöse die Fortsetzung jener Politik, die ehemals – in den dreißiger und vierziger Jahren – zur „Größeren Ostasiatischen Koprosperitätssphäre" führte. Obgleich die gegenwärtigen panasiatischen Pläne des Sato-Kabinetts in den verschiedenen Ministerien versiegelt liegen, ist es nicht schwer, deren Substanz auszumachen.

Seit langem verprellte Japan durch seine aggressiv angelegte Kapitaloffensive sowohl die USA als auch die Regierungen solcher ostasiatischer Staaten wie Thailand und Südkorea. Japans Handel mit den übrigen Ländern Asiens produzierte im Jahre 1969 eine aktive Bilanz von 2,06 Mrd. US-Dollar. Dies ist kennzeichnend für das Export-Import-Verhältnis des japanischen Außenhandels. Hinzu kommt, daß sich Japans Exportgeschäft mit solchen Ländern besonders auszahlt, die ihre Wirtschaft in zunehmendem Maße militarisierten. So macht der japanische Export nach Park Chung-hees Südkorea das Siebenfache der Einfuhr aus diesem Land aus. Das Gleiche trifft im wesentlichen für die in Tokio in höchstem Maße publizistisch ausgewalzte Wirtschafts-„hilfe" zu. Der Kapitalexport in Form direkter Investments, so bekannte das einflußreiche japanische **Gendai-no-me** Magazin, bringt fettere Profite als die Konsumgüterausfuhr.

Tokio gibt sich seit geraumer Zeit alle Mühe, die modernisierte Version der asiatischen „Koprosperität" in demagogisch hübsch verklausulierten Flausen zu verkaufen. Dennoch fallen die oft verkrampft vorgetragenen und beschwichtigenden Worte in fast allen Ländern Ostasiens – mit Ausnahme Taiwans – auf taube Ohren. Auf den Philippinen und in Thailand spricht man schon von „gelben Yankees". Antiamerikanismus wird zunehmend mit Antijapanismus gleichgesetzt. Der Grund hierfür liegt in derselben, von den US-Imperialisten bereitwillig übernommenen Praxis des Außenhandels: ökonomische Subordination, Waffenlieferungen an Marionettenregimes und vielleicht bald auch die Absendung von Truppen, um diese Marionetten für die reibungslose Ausbeutung der betroffenen Länder künstlich am Leben zu halten. Toshio Doko, Vizepräsident der Keidanren (Föderation der Wirtschaftsorganisationen), erklärte vor einiger Zeit: „Wir haben in Südostasien riesige Summen investiert und natürlich müssen wir diese absichern . . ."

Konkret läßt sich dies am Beispiel des Plans zur „Verteidigung der Straße von Malakka" bestätigen, ein Projekt, das kürzlich von den japanischen Monopolisten ausgebreitet wurde. Ihre Autoren – Toshio Doko ist einer von ihnen – erwarten von der Regierung eine schnellere Aufrüstung, um auf diese Weise die Vorwärtsverteidigung zu gewährleisten – die Straße von Malakka liegt immerhin 4000 km von japanischer Erde entfernt. Die Regierung in Tokio nahm diesen Plan wohlwollend auf. Der neukonzipierte Verteidigungsplan für die kommenden fünf Jahre (von 1972–1976) sieht eine 150 %ige Steigerung des Militärbudgets vor.

Das „Defense White Paper", das dieser Projektankündigung vorausging, betont u. a. Japans Intention, die Nachbarsee sowie die militärischen Fluggelände unter seine Kontrolle zu stellen. Dazu schrieb Koji Nakamura in **Depth News**: „Der Unmut über diese enorme Wachstumsrate (gemeint sind die Militärausgaben) ist gestiegen. Man vermutet zu Recht den Aufbau eines militärisch-industriellen Komplexes. Japans Bruttosozialprodukt wird in Kürze die 200 Mrd. US-Dollar-Marke übersteigen. Das jährliche Verteidigungsbudget von 1,5 Mrd. US-Dollar erscheint auf den ersten Blick relativ gering. Auch die Verteidigungssektion in Firmen der Schwerindustrie steht unter 5 %. Aber die Militärproduktion ist auf dem Weg nach vorne. Zudem führt dieser Zuwachs zur Industriekonzentration und zur Zentralisierung des Kapitals in den Händen der Rüstungskonzerne. Von der für 500 Mio. US-Dollar angesetzten Waffenproduktion im Fiskaljahr 1969 erhielten lediglich acht elektrotechnische und Schwerindustrien Aufträge in Höhe von 400 Mio. US-Dollar. Der Mitsubishi-Komplex verbuchte allein für sich mehr als 30 % der gesamten Verteidigungskontrakte." Dementsprechend fordern prominente Mitglieder der regierenden Liberalen Demokratischen Partei (LDP) lautstark die sofortige Revision der Nachkriegsverfassung, in der die Verhinderung der Wiederbelebung des japanischen Militarismus fixiert ist.

Schon postulieren mächtige Kapitalfraktionen innerhalb der japanischen Bourgeoisie das offene militärische Eingreifen als Maxime nationaler Politik zur Absicherung ökonomischer Interessen. Dieses mit steißtrommelndem Elan vorgebrachte Unternehmen differiert von den Plänen zur „Größeren Ostasiatischen Koprosperitätssphäre" in den vierziger Jahren dadurch, daß es dieses Mal nicht der Kanonenpolitik den Vorrang einräumt. Die japanischen Militaristen haben somit langfristig ein ökonomisch-militärisches Szenario vorbereitet, das sie im gesamten südostasiatischen Raum zur Anwendung bringen wollen – die Tatsache vergessend, daß durch die Volksbefreiungsbewegungen in diesem Teil der Erde eine gänzlich andere politische Situation vorherrscht als damals.

Koji Nakamura schrieb: „Dieses Verhalten richtet sich auf zwei Punkte. Im Interesse der Monopolisten soll das Militärbudget bis auf über 4 % des gegenwärtigen Bruttosozialprodukts heraufgeschraubt werden. Hersteller in der Militärindustrie halten heute die Schlüsselstellung in der Wirtschaftshierarchie. Aufgrund ihrer vorbehaltlosen Unterstützung durch Fraktionen der herrschenden Liberalen Demokratischen Partei und ihres Premiers Eisaku Sato, werden sie noch einige Zeit große Profite herausschinden können. Kogoro Uemura, Präsident der mächtigen Föderation der Wirtschaftsorganisationen, ist mittlerweile zum Vorsitzenden des Verteidigungskomitees aufgestiegen, welches aus führenden Mitgliedern der Waffenkonzerne zusammengesetzt ist. Der zweite Gesichtspunkt hat internationalen Charakter. Er betrifft die tief gewachsenen japanisch-amerikanischen Beziehungen nach dem 2. Weltkrieg. Japan ist noch zur Eigenproduktion von Waffen unfähig und von den US-Monopolen abhängig. Japanische Waffenproduzenten haben deshalb damit begonnen, unter amerikanischer Lizenz Waffen herzustellen und/oder zusammenzusetzen. Allein vom technischen Standpunkt gesehen, werden die Japaner alles daransetzen, sich allmählich von den amerikanischen Interessen zu lösen."

Apo-Training in Japan für die Straßenschlacht dpa

Es wäre gewiß falsch anzunehmen, die japanischen Expansionsbestrebungen in Asien erfolgten ausschließlich im Sinne der Japaner selbst. Initiator und lautstarker Befürworter dieser Politik ist der amerikanische Imperialismus. Im Juni 1970 wurde der sogenannte amerikanisch-japanische „Sicherheitspakt" erneuert, der den Amerikanern weiterhin die Aufrechterhaltung

# Edition Voltaire

**Brigitte Heinrich:**
**D-Mark-Imperialismus**

**Deutsche Industrie und Ausbeutung der Dritten Welt. Enthält neben einem kurzen Abriß neuer Tendenzen im Imperialismus einen Überblick über die wichtigsten „Entwicklungs"länder, in denen westdeutsche Firmen mit Projekten engagiert sind sowie eine Fülle bisher zerstreuten Materials. 353 Seiten, DM 16,–**

**Hannes Schwenger:**
**Für eine IG-Kultur**

**Die Gewerkschaftsfrage eine Bündnisfrage.**
**Unterrichtet über Vorgeschichte und Ideologie der gewerkschaftlichen Bestrebungen seit 1945, liefert eine Kritik der ständigen Tendenzen und Standespolitik des „Bundesverbands der freien Berufe", dem Autoren und bildende Künstler bisher angeschlossen waren. Ein eigenes Kapitel behandelt die Klassenlage der Intelligenz und ihr Verhältnis zur Arbeiterbewegung. 48 Seiten, DM 3,–**

**Bezug über**
**Bücher- & Papervertrieb**
**605 Offenbach 4, Postf.591**



# PROVINZ?

**MACHT NICHTS!**

Wir versenden unser ganzes Sortiment bis ins letzte Dorf. Ab DM 30,– sogar portofrei! Prospekte, Neuerscheinungsankündigungen, Versandlisten – unter besonderer Berücksichtigung der Nach- und Eigendrucke sozialistischer Gruppen, linker Kleinverlage usw. – erscheinen laufend neu.

**POLITLADEN**

**Buchhandlung und Verlag GmbH, 852 Erlangen, Hindenburgstraße 17**
**Telefon 09131 - 25743**


der 125 Militärbasen und Stationierung großer Truppenverbände auf japanischem Boden gewährleistet. Die meisten dieser Militärbasen – Okinawa selbstverständlich miteinbezogen – dienen als Stützpunkte zum Weitertransport der für Indochina vorgesehenen Kriegsmaterialien. Japan ist durch diesen Pakt zum offenen Erfüllungsgehilfen des Pentagon aufgestiegen.

Die Verlängerung des „Sicherheitspakts" ist das Ergebnis einer anderen japanisch-amerikanischen Abmachung, dem System der „gemeinsamen Veranwortung in Asien". Nixons am Ende der sechziger Jahre ausgeklügelte Guam-Doktrin – „to make Asians fight Asians" – muß als systematisch angelegter Versuch Washingtons begriffen werden, Japan zum Statthalter seiner imperialistischen Südostasienpolitik zu machen. Das durch Finanz- und Wirtschaftskrisen geschüttelte amerikanische System will sich durch eine stärkere Einschaltung Japans in Ostasien selbst „zurückziehen" können, um sich von der Rolle des Vorzeigeidioten der Weltpolitik freizumachen. Japan soll nach seinen Plänen die Hauptstoßkraft gegen die Volksbefreiungsbewegungen in Ostasien werden. Diese Rolle kommt der japanischen Bourgeoisie durchaus gelegen, die darin einen Hebel sieht, sich von amerikanischer Vormundschaft zu befreien, oder, wie man es oft in Tokio vernimmt, sich nicht länger als ein von den amerikanischen Reitern herumgescheuchtes Pferd behandeln zu lassen.

Dies beweist allein die Art und Weise, wie der „Sicherheitspakt" verlängert wurde. Japan behielt sich das Recht vor, den Pakt innerhalb der Frist eines Jahres aufzuheben. Dazu schrieb der ehemalige amerikanische Botschafter in Tokio, Edwin O. Reischauer, in den Mainichi Daily News: „Es wäre falsch, zu glauben, die amerikanisch-japanischen Beziehungen hätten sich substanziell nicht verändert... Im Gegenteil, der Text des verlängerten 'Sicherheitspakts' läßt den Schluß zu, daß die Führung in diesem Pakt von Amerika auf die Japaner übergeht." Was Reischauer hier mit weinerlichem Unterton preisgibt, ist nicht primär Ausdruck der „Defensive" des US-Imperialismus, sondern vielmehr die Furcht vor der sich schon damals zeigenden Kapitaloffensive Japans, die sich besonders für die amerikanische Konsumgüterindustrie als bedrohlich auswies. Diese Entwicklung unterstreicht in überdeutlicher Weise die immer stärker hervortretenden Widersprüche innerhalb des kapitalistischen Systems. Konnten die USA nach dem Zweiten Weltkrieg noch konfliktlos ihre Kapitalüberschüsse nach Europa und Japan exportieren, so geraten sich heute die stärksten kapitalistischen Blöcke auf bestimmten Gebieten ins Gehege. In einigen Exportbereichen (so bei Stahl, Agrarprodukten, Textilien etc.) ergaben sich Friktionen zwischen den jeweiligen Industrien der verschiedenen Länder. Japan konnte aufgrund einer straffen, diktierten Lohnpolitik (die Löhne der japanischen Arbeiter liegen auf relativ niedrigem Niveau, gemessen an dem anderer kapitalistischer Staaten) die durch finanzielle Überstrapazierung geschaffene tiefgreifende Strukturveränderung in der amerikanischen Produktion für sich gewinnbringend ausnutzen.

Die japanischen Monopolisten machen keinen Hehl daraus, daß sie bei geeigneter Gelegenheit den „Sicherheitspakt" mit den USA aufkündigen möchten. Diese Ambition wurde nicht zuletzt durch folgende, in Japan mit saurer Miene aufgenommenen Ereignisse forciert: Nixons Verzicht, die Japaner von seinen Pekingplänen zu unterrichten; Amerikas Rückfall in den Protektionismus und die auf der ganzen Linie verfehlte amerikanische Südostasienpolitik, die zum Ausschluß Taiwans aus der UNO führte.

Man vermutet, daß die Aufkündigung des „Sicherheitspakts" von den Japanern zum Zeitpunkt einer expansiver werdenden Remilitarisierung des Landes mit Nuklearwaffen geschehen wird. „Wir müssen in der Position sein, uns selbst zu verteidigen", sagte kürzlich Yasuhiro Nakasone, der für Japans „Verteidigung" verantwortlich zeichnet. Er fuhr fort: „Solange der Sicherheitspakt existiert, kann Japan noch nicht eine unabhängige Verteidigungspolitik betreiben." In diesem Kontext nimmt es nicht wunder, daß er nach schneller und effektiver Wiederaufrüstung schreit und zugleich jene Kräfte mobilisiert, die sich der Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrags widersetzen. Nakasone fuhr mit diesen und anderen Äußerungen dort fort, wo in den dreißiger Jahren ultranationalistische Militaristen wie Okawa Shumei und Colonel Hashimoto Kingoro aufhörten. Japans offene Bewunderung für Amerikas „big stick policy" kam denn auch bei Nakasones Besuch in den USA im September 1970 zum Ausdruck. Bei dieser Gelegenheit fragte er seinen amerikanischen Amtskollegen Melvin R. Laird nach der Möglichkeit der Inanspruchnahme amerikanischer Basen in Japan für die japanischen Militäreinheiten. Außerdem: Wie steht es mit dem von Nakasone projektierten gemeinsamen amerikanisch-japanischen Urangewinnungs-Konsortium? Der japanische Verteidigungsminister hat mehr als einmal in Interviews die sofortige Bewaffnung der „Self-Defense Forces" mit Nuklearwaffen gefordert. Dies sind eindeutige Beweise, daß der „gelbe Bruder" der amerikanischen Monopolisten mit politischen Maßnahmen seine bereits auf vollen Touren laufende Wirtschaftsexpansion absichern wird.

Nur allzu einleuchtend ist es, wenn man in japanischen Regierungskreisen durch den Hinweis auf die Verfassung irritiert reagiert; sie verbietet unmißverständlich Japans Teilnahme an Kriegen und die Wiederbelebung des Militarismus. Mittlerweile glaubt man an die Legalisierung einer expandierenden Wiederbewaffnung. Es wird dabei auf die japanisch-amerikanischen Militärabkommen und die dadurch ermöglichte Teilnahme in verschiedenen aggressiven, antikommunistischen Blöcken hingewiesen, die als regionale Wirtschaftsallianzen getarnt sind.

Der „Sicherheitspakt" richtet sich im wesentlichen gegen die Volksrepublik China und die Sowjetunion. Der Anspruch Japans auf die Kurilen ist bekannt. Nun wird auch wieder damit begonnen, die lauwarme Brühe der Wiedergewinnung „japanischen Territoriums" zum Kochen zu bringen. Die innenpolitische Variante dieses Anspruchs trat spätestens beim Harakiri des Schriftstellers Yukio Mishima zutage; die voluntaristische Machart, mit der er politische Ereignisse wie die Charaktere in seinen Erzählungen ausmalte, war Ausdruck seiner chauvinistischen, kleinbürgerlich-reaktionären Ambitionen. „Kokutai", das japanische Wesen, konnte er nur als regressive Besinnung, als Orientierung am ehemals herrschenden japanischen Nationalismus begreifen. Für viele Japaner war dann sein Selbstmord die Vollendung seines literarischen Schaffens. Mishima starb mit dem Slogan „Tenno Banzai" auf den Lippen – ein früher unter den Samurai gängiger Spruch, der „Lang lebe der Kaiser" heißt.

Mishima sowie die einflußreiche Komeito, der politische Arm der nationalistischen, militanten Buddhisten-Sekte Soka Gakkai (bei der Meiji-Restauration im Jahre 1868 wurde die Trennung zwischen Religion und Politik eingeleitet, derzufolge die Konstituierung einer religiösen Partei verboten ist; dennoch ist es ein offenes Geheimnis, daß es sich bei der Komeito um eine solche handelt), stellen heute in Japan jene Kräfte dar, aus denen sich das reaktionärste Potential des Landes speist.


**Kollektiv-INFO**

**zur Herstellung eines Kommunikationszusammenhangs unter den bestehenden Jugendkollektiven, zur Weiterentwicklung der Konzeption von Jugendkollektiven durch Berichte aus der Praxis, Konzeptionsentwürfe und Weiterentwicklung theoretischer Ansätze.**

**Adresse:**
**Redaktion Kollektiv-INFO, 6232 Bad Soden, Alleestr. 6**

# Zur Bauernfrage in Westdeutschland

Onno-Hans Poppinga

## Teil II, Beobachtungen zum politischen Bewußtsein von Bauern

20 Jahre lang haben die meisten Sozialisten der BRD die Bauern weder in der theoretischen Diskussion, noch in der politischen Arbeit beachtet. Um so mehr muß die mancherorts anzutreffende vollständige Kehrtwendung überraschen. Waren die Bauern bisher höchstens bei der Faschismusdiskussion als Teil der faschistischen Massenbasis erwähnt worden, avancieren sie jetzt über Nacht zu einer „gewaltigen Massenbewegung" [1]) und werden zum Beispiel vom Kommunistischen Arbeiterbund / ML eingeladen zu einem „Bündnis von Arbeitern, Bauern und Studenten gegen die Angriffe des Monopolkapitals" [2]). Ausgelöst wurde dieser Umschwung vor allem durch die jüngste Demonstrationswelle, besonders durch die Militanz der Brüsseler Demonstration.

3. 11. 70: 10.000 Bauern demonstrieren in Hamburg.

14. 12. 70: 7.000 ostfriesische Bauern verursachen mit ihren Traktoren Verkehrsblockaden in Aurich und Emden.

11. 1. 71: Schlepperdemonstration in Hannover.

18. 1. 71: 6.000 Bauern demonstrieren in Mainz.

23. 1. 71: 20.000 Bauern demonstrieren in Stuttgart.

9. 2. 71: 40.000 schleswig-holsteinische Bauern blockieren den Strassen- und Schienenverkehr sowie den Grenzverkehr mit Dänemark und Schweden.

10. 2. 71: 8.000 Bauern demonstrieren in Paderborn.

27. 2. 71: Zentrale Demonstration des Deutschen Bauernverbandes (DBV) in Bonn; 50.000 Teilnehmer.

21. 3. 71: 30.000 Bauern legen den gesamten Verkehr in Schleswig-Holstein lahm.

10. 7. 71: Bundesweite Schlepperdemonstration aus Anlaß des Kieler Bauerntages.

Die Bauerndemonstrationen beschränkten sich keineswegs auf die BRD:

19. 3. 71: 7.000 österreichische Bauern blockieren den gesamten Verkehr in Wien.

23. 3. 71: Demonstration von 100.000 Bauern aus allen EWG-Ländern in Brüssel. Über 100 verletzte Bauern und Polizisten; ein französischer Großbauer von der Polizei getötet. [3])

7. 5. 71: 25.000 Bauern demonstrieren in Rom.

Diese noch unvollständige Chronik der letzten 10 Monate (der Aufsatz wurde am 20. 9. 71 abgeschlossen) weist auf die Notwendigkeit hin, die Demonstrationswelle politisch einzuschätzen. Um das innerhalb einer geschichtlichen Perspektive machen zu können, ist es notwendig, kurz auf zwei der wichtigsten bäuerlichen Bewegungen in Deutschland in den letzten 50 Jahren einzugehen: die Notgemeinschaft Deutscher Bauer und die Landvolkbewegung.

Bauerndemonstration in Brüssel. Kühe prostestieren mit. dpa

### Notgemeinschaft Deutscher Bauer

Die Notgemeinschaft wurde im Februar/März 1963 gebildet. Ihre Schwerpunkte hatte sie in Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Ihre Gründung war ein Zwischenergebnis der Demonstrationen, die am 15. 8. 62 mit der Schlepperdemonstration der Bauern der Krummhörn (Marschregion in Ostfriesland) begannen. Dann folgten [4]):

10. 9. 62: 3.000 Bauern demonstrieren in Rodenkirchen.

17. 10. 62: 8.000 Bauern demonstrieren in Göttingen gegen das sogenannte Professorengutachten, in dem eine beschleunigte Abnahme der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen vorhergesagt wurde.

29. 11. 62: 4.000 Bauern demonstrieren in Osnabrück.

7. 12. 62: 7.000 Bauern demonstrieren in Lüneburg.

Die Notgemeinschaft setzte sich fast ausschließlich aus Mitgliedern des DBV zusammen. Anfangs wurde sie vor allem vom Niedersächsischen Landvolkverband und vom Bauernverband Schleswig-Holstein gefördert [5]). Das änderte sich bald, weil die Notgemeinschaft immer stärker den DBV selbst angriff. Noch im Sommer 1963 wurde sie aus dem DBV ausgeschlossen; als „Notgemeinschaft Deutscher Bauer e. V." wurde sie neugegründet. Anfangs konnte sie beträchtliche Erfolge erringen; so erhielt z. B. der Vorsitzende der Notgemeinschaft Schleswig-Holstein, Peter Petersen, bei der Wahl der Vertreter des Kreises Schleswig in die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein 30 % der abgegebenen Stimmen.

In einer Analyse [4]) der Politik der Notgemeinschaft kommt die Arbeitsgemeinschaft für westdeutsche und westeuropäische Landwirtschaft an der Karl-Marx-Universität Leipzig zu dem folgenden Ergebnis: „Die Notgemeinschaften sind die einzigen legalen Organisationen der Bauern, mit deren Hilfe sie ihre Interessen durchsetzen können. Sie bleiben nicht bei wirtschaftlichen und sozialen Forderungen stehen, weil wirkliche ökonomische Erfolge nur im Kampf gegen Imperialismus und Krieg errungen werden können" (S. 19). Die Notgemeinschaften würden „nicht von der Führung, sondern demokratisch von unten gebildet" (S. 18), und sie hätten sich ein „fortschrittliches Programm gegeben" (S. 18).

Dieses „fortschrittliche Programm" enthält Sätze wie „Wir wollen eine neue Ordnung, die vom Ganzen ausgeht und dem Bauern gerecht wird. Das freihändlerische System der „freien Wirtschaft" ist unser Tod. Nicht nur die der Wirtschaft selbst innewohnenden, regulierenden Kräfte, sondern in erster Linie die Ordnungen, die die Gemeinschaft errichtet, verbürgen wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Sicherheit, Freiheit und Gerechtigkeit. Zu wahrer Freiheit gehört auch Dienst am Ganzen, und Eigentum ist ein Amt, – das ist bäuerliches Denken" (S. 30). Zu den Forderungen des Programms gehört schließlich „die Förderung der geistigen und sittlichen Kräfte des Bauerntums als Mutterschicht nationaler Kultur" (S. 31).

Hier soll nicht bestritten werden, daß a u c h antikapitalistische Vorstellungen bei der Notgemeinschaft vorkamen. Bereits das Programm hätte aber eindeutig zeigen müssen, daß die Ideologie, die die Notgemeinschaft verbreitete, eine starke Ähnlichkeit mit der Agitation des agrarpolitischen Apparats der NSDAP unter Darré hatte. Die Notgemeinschaft war der „aktivste Teil der westdeutschen Bauern" (S. 20), aber der fortschrittlichste war sie nicht! Bei der Bundestagswahl 1965 forderte sie ihre Anhänger auf, die NPD zu wählen [6]), und der „bekannte Bauernführer Petersen" (S. 19) zog 1967 als Agrarexperte der NPD in den Landtag von Schleswig-Holstein ein. Allein die Person Petersen hätte die DDR-Genossen vorsichtig machen müssen. Peter Petersen war:

a) Geschäftsführer und Jugendwart des schleswig-holsteinischen Landbundes, Stifter der ersten schwarzen Bauernfahne von 1928, seit Oktober 1931 Mitglied der NSDAP und später der SS.

b) Referent und Landwirtschaftsrat im faschistischen Reichsnährstand, Reichsfachgebietsleiter für „Standes- und Berufsfragen".

c) Nach 1945 Präsident der Landesbauernkammer Schleswig-Holstein, Mitglied der Deutschen Partei, Leiter des Bundesagrarausschusses der Gesamtdeutschen Partei, seit 1967 NPD/MdL [6a]).

In unserem Zusammenhang hervorzuheben ist, daß die Notgemeinschaft gerade in solchen Regionen ihren größten Anhang gewinnen konnte, die entweder großbäuerlich strukturiert sind oder es vor wenigen Jahren noch waren. Die allgemeine relative Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der landwirtschaftlichen Betriebe hat die ehemaligen herrenstolzen Großbauern besonders getroffen.

### Die deutsche Landvolkbewegung

Lange vor der Weltwirtschaftskrise geriet ein immer größerer Teil der deutschen Bauern in wirtschaftliche Schwierigkeiten [7]). Es kam zu zahlreichen Demonstrationen, die aber alle nur lokalen

Charakter hatten und isoliert blieben. Erst die in allen Kreisstädten Schleswig-Holsteins gleichzeitig stattfindenden Demonstrationen von zusammen etwa 140.000 Bauern am 28. 2. 1928 leitete auf eine höhere Ebene des Kampfes über [8]). Rasch breitete sich die Landvolkbewegung von Schleswig-Holstein auf Oldenburg, Sachsen, Thüringen, Pommern, Ostpreußen, Hannover und Schlesien aus [9]). Sie begann mit passivem Widerstand gegen die Versteigerung von Bauernhöfen, Land und Vieh. Verhinderung von Versteigerungen, Bedrohung der Gerichtsvollzieher und Demonstrationen waren die dann eingesetzten Mittel [10]). Über die anfängliche politische Orientierung der Landvolkbewegung gibt die folgende Proklamation Auskunft [11]):

■ „Das Landvolk kämpft gegen das jüdisch parlamentarische System, also gegen dessen Korruption und Kadavergehorsam, die Bruder- und Klassenkampf auslösen, kämpft gegen alle Verträge und Bindungen, die es wirtschaftlich vernichten und an das internationale Großkapital ausliefern.

■ Das Landvolk bildet eine geschlossene Front Deutscher Frauen und Männer, ohne organisatorische Bindung, als Schicksalsgemeinschaft wie 1914, verweigert nach wie vor diesem System und seinen Handlangern jede Mitarbeit; von ihm abgeschlossene Verträge erkennt es nicht an, lehnt den Einfluß von jüdischem Giftgeist über den Weg von Zeitung, Theater und Literatur ab und wird durch keine Handlung Juden geschäftlich unterstützen.

■ Das Landvolk will den Staat auf nationaler Grundlage, der das Deutsche Volkstum auf freiem Deutschem Raum in freiem Deutschen Besitz umfaßt, will, daß sein Volkstum höher steht als alle staatlichen Gesetze, Verfassungen und Verträge, und daß die Träger der Staatsgewalt für das Wohl des Volkes selbst verantwortlich sind, will, daß die Wurzeln des Bluts und der Rasse, die Deutsche Familie, als Trägerin der Kultur mit jedem Mittel geschützt wird und heimatverbunden bleiben kann.

Dazu helfe uns Gott!

Lewver duad aes Slaav!"

Einen Höhepunkt des Kampfes stellte die „Aussperrung" der Stadt Neumünster durch die Bauern als Antwort für die Zerschlagung einer großen Bauerndemonstration im August 1928 dar [12]). 10 Monate lang dauerte der fast totale Wirtschaftsboykott, der die Stadt an den Rand des Ruins brachte. Erst eine feierliche Rückgabe der schwarzen Bauernfahne (schwarzes Tuch, weißer Pflug, rotes Schwert) hob den „Bann" auf.

Ihre schärfste Form erreichte die Landvolkbewegung im Herbst 1929. Eine Gruppe um den eng mit der ganzen Bewegung verbundenen dithmarschener Großbauern Claus Heim ging zu demonstrativen Bombenattentaten auf Finanzämter über. Die Gruppe wurde gefaßt und im Bombenlegerprozeß von Altona zu Zuchthaus verurteilt.

Da die Landvolkbewegung es nie zu einer eigentlichen Organisation brachte und auch über ihre Isolierung nicht hinauskam – mit der KPD kam es lediglich zu einzelnen Kontaktgesprächen – lief sie ab Frühjahr 1930 aus. Während ein sehr kleiner Teil sich der KPD anschloß – z. B. die Redakteure der zentralen Zeitung „Landvolk" Bodo Uhse und Bruno v. Salomon – verstärkte die Masse der Landvolkbasis die faschistische Massenbewegung.

## Zur aktuellen Demonstrationswelle

Will man die Ideologie der Notgemeinschaft und die der Landvolkbewegung begrifflich fassen, so stößt man auf große Schwierigkeiten. Es ist ein ganzer Wust von in sich höchst widerspruchsvollen Ideologiebruchstücken. Er enthält mindestens die folgenden Momente: antiproletarische Ressentiments, Antikapitalismus, Antikommunismus, Antisemitismus, Antiparlamentarismus, rebellische Tradition der Bauern, ständische Ordnungsvorstellungen. All diese Bruchstücke findet man mit Ausnahme des Antisemitismus bei den jüngsten Demonstrationen wieder, wenn man einmal von den CDU-Parolen der Bauernverbandsführung absieht und sich den handgemalten, mühsam in Reime gefaßten Parolen der Bauern zuwendet. Als Beispiel dient hier die Stuttgarter Demonstration. Dort enthielt der Schilderwald Losungen wie:

- Oben oder Mitte oder Links, überall ist's faul und stinkts.
- Lieber auf einer LPG arbeiten als in der EWG untergehen.
- Bauer in Not, der Bundschuh erwacht.
- Muß die Industrie auf Touren bleiben, darf sie's nicht auf Kosten der Landwirtschaft treiben.
- Früher Vaterlandsverräter, heute Bauerntöter.
- Der Glaube an unsere Demokratie ist tot, Ulbricht rette uns aus unserer Not.
- Schiller reitet Bauern tot.
- Manshold und Schiller sind unsere Killer.
- Bauer steh auf, sonst wirst Du verkauft.
- Heute Kooperation, morgen Revolution, übermorgen Hunger.
- Die Bauern sind noch nicht tot, sie werden auch nicht rot.
- Der Bundschuh 1525 gegen Knechtschaft und Fron, wir 1970 für gerechten Lohn.
- Schiller und Brandt an die Wand.
- Bauern als Opferlamm auf dem Altar der EWG.
- Rotes Bonn zahl unseren Lohn, wird es nicht besser, wetzt der Bauer sein Messer.
- Ob schwarz ob rot ob fleckig, uns Bauern geht's dreckig.

Diese Sprüche werden deshalb so ausführlich wiedergegeben, weil sie zu den wenigen greifbaren Äußerungen des politischen Bewußtseins der Bauern gehören.

Von zentraler Bedeutung für unser Thema ist neben der Frage, welche Ideologie sich mit derartigen Bauerndemonstrationen ausdrückt, die Überlegung, wie diese Ideologie mit den jeweiligen gesellschaftlichen Existenzbedingungen der Bauern zusammenhängt.

Hierauf ist keine einheitliche Antwort möglich, weil die regionalen gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen die Produktion und Reproduktion der landwirtschaftlichen Betriebe eingeflochten sind, starke Unterschiede aufweisen. Das soll an Hand von drei Beispielen deutlich gemacht werden.

### ● Regionen mit überwiegend großbäuerlicher Struktur

Hierzu gehören vor allem weite Teile von Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Die Landvolkbewegung und die Notgemeinschaft hatten hier ihren größten Anhang; das gleiche gilt für die erste bedeutende neofaschistische Nachkriegspartei der BRD, der Sozialistischen Reichspartei. Weil der Autor dieses Aufsatzes die Krummhörn (Marschregion im Westen Ostfrieslands) besonders gut kennt, soll bei diesem Gebiet etwas eingehender auf den gesellschaftlichen Hintergrund bäuerlicher Politik eingegangen werden. Die Krummhörn ist eine fruchtbare Marschregion, die vor allem vor Einführung der ertragssteigernden Produktionshilfsmittel sehr günstige natürliche Produktionsbedingungen hatte. Da das Land relativ dünn besiedelt war und vor allem eine rigide Form der geschlossenen Vererbung praktiziert wurde (d. h., daß der Hof nicht geteilt, sondern geschlossen einem Erben übergeben wurden), gehörte die Krummhörn zu den wenigen Regionen im Gebiet der BRD, die einen ausgesprochen großbäuerlichen Charakter hatten. Die Landarbeiter und -arbeiterinnen kamen zum überwiegenden Teil aus den armen Geestgebieten Ostfrieslands und wurden entsprechend behandelt; die Klassengegensätze waren außerordentlich stark. Nach dem zweiten Weltkrieg verschlechterte die rasch einsetzende Chemisierung und Technisierung der Landwirtschaft relativ die Lage der Krummhörner Bauern. Die armen Geestbauern, die bisher das Fußvolk für die stolzen Krummhörner Großbauern gestellt hatten, produzierten nun plötzlich ebensoviel.

Eine echte Umwälzung der sozialen Struktur brachte aber erst das Anfang der sechziger Jahre errichtete VW-Werk in Emden. Es saugte in kurzer Zeit mehrere Tausend Landarbeiter auf, die vorher keine alternative Arbeitsmöglichkeit hatten. Bisherige Großbauern, die es gewohnt waren, über ein halbes Dutzend Landarbeiter zu kommandieren, fanden sich plötzlich als die einzigen Arbeitskräfte auf ihrem Betrieb wieder. Da zudem wegen der Entwicklung der Landbauwissenschaften die schweren Marschböden sogar ins Hintertreffen gerieten gegenüber den leichteren Böden, und da nicht wenige der ehemaligen Großbauern an ihrem alten aufwendigen Lebensstil festhielten, geriet mit der Durchführung der EWG-Agrarmarktordnungen ein zunehmender Teil der Bauern in Liquiditätsschwierigkeiten.

Soziale Deklassierung und vor allem Desorientierung sind für das politische Bewußtsein dieser Bauern entscheidend; stark rechtsgerichtete Tendenzen herrschen vor.

### ● Regionen mit überwiegend kleinbäuerlicher Struktur

Beispielhaft hierfür ist Baden-Württemberg. Großbäuerliche Verhältnisse sind sehr selten; kleine Betriebe, die oft kaum eine Familie ernähren können, und Arbeiter-Bauern-Betriebe, deren Inhaber nur noch im Nebenberuf Bauern sind, prägen die Agrarstruktur. Schon lange sind die meisten Dörfer keine reinen Bauerndörfer mehr. Vor allem sind die sozialen Gegensätze zwischen Arbeitern und Bauern viel geringer als in Gebieten mit großbäuerlicher Tradition.

Die Antwort der Bauern auf die zunehmende Proletarisierung, der sie seit zwei Jahrzehnten ausgesetzt sind, ist weniger offen, weniger radikal. Zur gleichen Zeit als Bauern in Norddeutschland mit ihren Schleppern den Verkehr ganzer Städte zum Erliegen brachten, den Grenzverkehr mit Dänemark durch Besetzung von Schienen und Straßen stoppten, zogen die Bauern von Baden-Württemberg in einem Schweigemarsch durch Stuttgart. Es war nur insofern i h r e Demonstration, als die drei Bauernverbände Baden-Württembergs nur auf anhaltenden Druck von unten die Demonstration organisierten. Aber zu keinem Zeitpunkt reichte dieser Druck aus, um die herrschenden Kreise in den CDU-frommen Landesverbänden zu erschüttern.

### ● Regionen mit verbreiteter Vertragslandwirtschaft

Bei der Vertragslandwirtschaft geht der landwirtschaftliche Betrieb vertragliche Beziehungen mit nachgelagerten Unternehmen ein. Anfangs sind die Bauern meistens froh, wenn z. B. eine Konservenfabrik oder eine Großmolkerei in ihrer Region errichtet wird, weil sie sich dadurch gesicherte Absatzmöglichkeiten und eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage versprechen. Der bäuerliche Betrieb wird umorganisiert zugunsten der vertraglich „gesicherten" Produkte. Weil diese Umorganisation in einem landwirtschaftlichen Betrieb grundsätzlich langfristigen Charakter hat (Änderung der Fruchtfolge, der Investitionen in Gebäude und Maschinen usw.), wird der Bauer zunehmend vom

Vertrags-„partner" abhängig. Eine Ausweichmöglichkeit besteht fast nie, einmal weil der Transport landwirtschaftlicher Produkte über große Strecken hinweg häufig technisch schwierig und teuer ist, zum anderen, weil die in Frage kommenden Fabriken nicht selten zum selben Konzern gehören. Diese Abhängigkeit gibt dem kapitalistischen Verarbeitungsunternehmen die Möglichkeit, die Preise für die Produkte der Bauern zu drücken, die Qualitätsanforderungen zu erhöhen usw., kurz, die Bauern immer stärker ihren Profitinteressen zu unterwerfen. Dadurch ist aber andererseits eher die Möglichkeit gegeben, daß die Bauern ein antikapitalistisches Bewußtsein entwickeln.

Eine der Regionen, in der die Vertragslandwirtschaft eine hervorragende Rolle spielt, ist das Gebiet um Weiding in Oberbayern. Die Allgäuer Alpenmilch AG (Tochtergellschaft von Nestlé) hat in Weiding einen großen Milchverarbeitungsbetrieb (1.200 Beschäftigte). Etwa 6.000 bäuerliche Betriebe mit 60.000 Kühen sind vertragsmäßig mit diesem Konzern verbunden [13]. Da jeder Bauer einen eigenen Vertrag hat mit der Alpenmilch, ein genossenschaftlicher, quasi-gewerkschaftlicher Kampf um den Milchauszahlungspreis deshalb noch gar nicht möglich ist, ist die Position der Bauern gegenüber dem Konzern besonders schlecht; nur 37 Pfennig bekommen sie im Durchschnitt für einen Liter Milch. Als alle individuellen Proteste und die im Liefervertrag vorgesehene Schlichtungsstelle sich als wirkungslos erwiesen, kam es zur Bildung von lokalen Organisationskomitees und eines übergeordneten Aktionskomitees „Gerechter Milchpreis". Pro Kuh wurde ein Solidaritätsbeitrag von einer DM erhoben; 50.000 DM kamen auf diese Weise zusammen [14]). Dieses Geld soll zur Finanzierung des gegen die Alpenmilch angestrengten Prozesses dienen.

Aber dabei blieb es nicht. Zahlreiche Protestversammlungen wurden organisiert, Flugblätter verteilt. Im Juli demonstrierten 1.400 Bauern mit 600 Traktoren vor der Molkerei in Weiding anläßlich der Aktionärsversammlung der Alpenmilch AG [15]). Die Demonstranten forderten 46 Pfennig je Kilogramm Milch bei 3,7 % Fettgehalt. Zum Schutz der Aktionäre vor den demonstrierenden Bauern war das Werk durch Werkschutz und Bereitschaftspolizei abgesperrt worden. Einsatz von Polizei gegen die Forderungen der Bauern, die Staatsgewalt als Hüter der Interessen des Kapitals: die Bauern mußten umlernen.

Allein die Kampfformen und die Zielrichtung zeigen, daß hier nicht mehr nur aus dem widerspruchsvollen Bewußtsein des kleinen Warenproduzenten heraus gehandelt wird; der Kampf wird konkret, beginnt die antikapitalisti-Ebene zu erklettern.

(Im letzten Teil dieser Artikelreihe in der Januar-Ausgabe von „links" wird sich der Autor mit den Umrissen einer Strategie für Sozialisten in der Bauernfrage befassen.)

## Anmerkungen

[1]) „Roter Pfeil. Organ kommunistischer Studentengruppen Westdeutschlands", 3. Jhrg., Nr. 17, Juli 1971, S. 25 (Studentische Organisation des KAB/ML).
[2]) ebenda, S. 5
[3]) Stuttgarter Zeitung, 24. 3. 71
[4]) Gerhard Müller, Ehrenfried Friedrich „Der Widerspruch zwischen Monopolisten und Bauernschaft und der Kampf der westdeutschen Bauern um ihre Existenz", Leipzig 1966
[5]) Hans Bürger „Die landwirtschaftliche Interessenvertretung in der Zeit von 1933 bis zur Gegenwart unter besonderer Berücksichtigung der westdeutschen Verhältnisse, Diss. Erlangen-Nürnberg, 1967, S. 33
[6]) ebenda, S. 235
[6a]) Quellen: Bürger a.a.O., S. 102 Lutz Niethammer „Angepaßter Faschismus", Frankfurt/M. 1969, S. 162 f
[7]) Eine ausführliche Darstellung für Schleswig-Holstein findet sich bei Rudolf Heberle „Landbevölkerung und Nationalisten", Stuttgart 1963
[8]) „Geschichte der Deutschen Arbeiter-Bewegung", Band VIII, Berlin 1968, S. 161
[9]) Heberle, a.a.O. S. 157
[10]) Karl O. Paetel „Versuchung oder Chance? Zur Geschichte des deutschen National-Bolschewismus", Göttingen 1965, S. 106
[11]) ebenda, S. 107 und 108
[12]) Eine Darstellung darüber findet sich bei Hans Fallada „Bauern, Bonzen und Bomben", Reinbeck 1968
[13]) „DKP-Landrevue", Jahrgang 1, Nr. 3, 1971, S. 3
[14]) ebenda, S. 5
[15]) „DKP-Landrevue", Jahrgang 1, Nr. 4, 1971, S. 13

organisationen

# Dokumentation über drei Aktionen gegen Wagenbach

### 1. Beschlagnahme des Rotbuchs 29

(Kollektiv RAF, Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa. Auflage: 7000. 84 Seiten, DM 3,50) am 28. 10., aufgrund eines Beschlusses des Amtsgerichts Tiergarten vom 26. 10. (Amtsgerichtsrat Biedermann).

Der Beschluß inkriminiert das gesamte Buch summarisch auf 27 (!) Zeilen, davon 5 Zeilen Zitat. Längere Zitate wurden offensichtlich unterlassen, a) weil zahlreiche Passagen in der Tagespresse bereits zitiert worden waren, b) um dem Verlag die Anfechtung des Beschlusses zu erschweren.

Die Berliner Staatsanwaltschaft hatte uns während der Buchmesse darüber informiert, daß ein hektographischer Druck des Buches (= unsere Vorlage) verboten worden sei und war gebeten worden, die Rückkehr von Klaus Wagenbach am 29. 10. abzuwarten. Die Beschlagnahme erfolgte einen Tag früher, wodurch das Informationsmonopol gegenüber der Presse gesichert war. Unsere Presseerklärung vom folgenden Tag fand infolgedessen kaum Verbreitung, insbesondere nicht der Aufruf an die Verlagskollegen, mit uns gemeinsam das Buch erneut zu verlegen, nach einem französischen Beispiel (Seuil wurde wegen des „Handbuch für Stadtguerilleros" von Marighela inkriminiert – ein Buch, das nicht nur Waffenanleitungen enthält, sondern auch in der Gewaltfrage viel weiter geht als Rotbuch 29 –, worauf 23 französische Verlage das Buch erneut verlegten).

Sämtliche Zeitungen des Springer-Konzerns benutzten die Gelegenheit, um zum x-ten mal die „Baader-Mahler-Meinhof-Bande" (aus der sich offensichtlich die Verfasser des Buches rekrutieren) hochzuspielen und die Arbeit des Verlages zu beleidigen. Nur die Bild-Zeitung wußte, daß die Aktion „ein Hinweis aus der Bevölkerung" ausgelöst habe. Die Berliner Staatsanwaltschaft braucht dringend die Kriminalität des Buches als Voraussetzung, um den Freispruch von Horst Mahler (dessen Autorschaft am Text sie seit Wochen zu beweisen versucht) zu revidieren.

Springer-Presse und Berliner Staatsanwaltschaft benutzen die Erregung der Öffentlichkeit, um einen exemplarischen Fall politischer Zensur gegenüber einem unliebsamen Verlag zu schaffen. Es war klar (und auch verständlich), daß der Verlag hinsichtlich dieses Buches wenig Solidarität zu erwarten hatte.

Der Verlag wollte aber mit der Publikation dieses Buches der einseitig kriminalisierenden Berichterstattung begegnen und Hinweise für eine gründliche Diskussion der Theorien dieser Gruppe geben: Wer das Wort „Revolution" druckt oder auch nur in den Mund nimmt, muß sich gefallen lassen, über seine konkreten Vorstellungen von einer Revolution in Industriestaaten befragt zu werden. Genau diese Fragen stellt das Buch und gehört damit in einzelnen Passagen (z. B. Jugend als Klasse) ohne Zweifel zu den wichtigsten Publikationen der letzten Jahre. Die Antworten, die das Buch gibt, sind sehr schwerwiegend, gewiß, aber sie gehen in der (inkriminierten) Gewaltfrage nicht über Marx, Lenin oder Mao hinaus, noch über das zur gegenwärtigen Situation in Westeuropa Gesagte von Glucksmann, Gorz, Russell, Sartre. Die Staatsanwaltschaft ist oder tut ahnungslos; jedenfalls vertraut sie auf die Unkenntnis darüber, was alles zu dieser Frage in den letzten Jahren erschien, in vielen Verlagen. Und wer sagt, es handele sich um „einfache Kriminelle", macht sich die Sache zu einfach: „einfache" Kriminelle werden nicht mit einem so riesigen Aufgebot verfolgt.

**Neu im Bücher- & Papervertrieb:** Reihe Internationale Solidarität, Türkei-Report, DM 2.50 ● Brigitte Heinrich: D-Mark-Imperalismus, Deutsche Industrie- und Ausbeutung der Dritten Welt, DM 16.– ● Paul Mattick: Kapitalistischer Reproduktionsprozeß und Klassenbewußtsein, DM 3.– ● Der Fall des Lehrers Sahm, Dokumentation zu einem Diziplinarverfahren (1968 bis Nov. 1971), DM 5.– ● Kurt Mandelbaum: Marx, Engels, Lenin, Zur Vorgeschichte der Russischen Revolution, DM 1.30 ● Karl H. Hörning: Der „neue" Arbeiter, Zum Wandel sozialer Schichtenstrukturen, DM 4.80 ● Berni Kelb: Betriebsfibel, DM 3.50 ● Bernhard Lambert: Bauern im Klassenkampf, DM 6.50 ● Gutt/Salffner: Sozialisation und Sprache, DM 5.– ● Bezug und Bücher- & Paperliste mit über 300 Titeln durch Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591

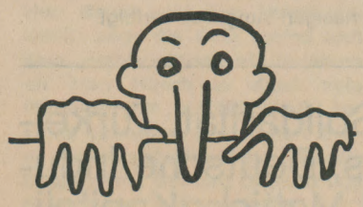
Die Geschichte der politischen Zensur (siehe Albrecht Götz von Olenhusen, Politische Literatur und Politische Justiz, Frankfurter Hefte 6/71) zeigt, daß Zensur von Büchern stets beginnt bei Texten, die von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt werden. In diesem Windschatten handelt die Justiz. Der von Olenhusen geschilderte Fall (wiederum Marighelas Buch, das als vervielfältigter Druck im Februar 1971 verboten wurde, als Rowohlt-Taschenbuch aber seit April frei verkauft wird) belegt auch, daß die Justiz schrittweise vorgeht: zuerst Kleinverlage, dann mittlere und erst dann, nach öffentlicher Duldung dieser Fälle, große Verlage. Wer nicht blind ist, sieht, daß die Justiz im Augenblick bei Schritt Zwei ist.

Basler National-Zeitung: „Da bei Fahndungen nach dieser Gruppe jeder Sinn für Proportionen in der Bundesrepublik verlorenging, werden bald gutbürgerliche Familien, schon wenn bei ihnen der Kronleuchter von der Decke fällt, die Baader-Meinhof-Bande verantwortlich machen."

## 2. Ebenfalls am 28. 10. weigerte sich die Bundespost

40 000 Exemplare unseres Almanachs „Das schwarze Brett" zu befördern, weil die Seiten 9 und 10 nach der Postordnung gegen das „öffentliche Wohl oder die Sittlichkeit" verstießen. Zusätzlich wurde mündlich erklärt, auch die Kinderverse auf Seite 61 unten seien anstößig.

Dies war der ökonomisch schwerwiegendste Angriff: Es handelte sich um die Information der Freunde des Verlages, die diese Zusendung schriftlich verlangt hatten. Der Almanach erscheint einmal im Jahr und informiert über alle neuen (1971: 23) und alten Titel. Erreicht er die Leser nicht, so bleibt ein Großteil der bereits an den Buchhandel gelieferten Exemplare liegen und wird dem Verlag später zurückgesandt.



Das Zusammenspiel zwischen Staatsanwalt und Post ist unübersehbar. Welche Konsequenzen die Ausübung von Zensur durch ein Monopolunternehmen hat, mußte der Staatsanwaltschaft klar sein, wie jedem. Welche Ausmaße die Zensur im Kopf eines Postbeamten annehmen kann, zeigt die mündliche Inkriminierung der beiden Kinderverse (aus Rühmkorfs „Über das Volksvermögen"), die zur Erheiterung der Leser dieser Information wiederholt werden: „Richard der Beknackte / Saß auf dem Topf und kackte / Kackte bis der Topf zerbrach / Und die Wurst danebenlag." „Drei Polizisten / Pißten in die Kisten / Einer pißt vorbei / Und du bist frei."

Der Verlag legte durch Rechtsanwalt Otto Schily Widerspruch ein, dem auch stattgegeben wurde. Der Zweck wirtschaftlicher Schädigung war dennoch erreicht (Schriftsatz, Anwaltskosten, Zeitaufwand, Börsenblattinformation, Lieferverzögerung).

## 3. Beschlagnahme des „Roten Kalender 1972 für Lehrlinge und Schüler"

(Auflage: 65 000. 128 Seiten, DM 2,–) am 8. 11., aufgrund eines Beschlusses des Amtsgerichts Tiergarten vom 4. 11. (Oberamtsrichter Filzinger).

Der Beschluß inkriminiert die Seiten 3, 7, 95 und 96/7. Vorausgegangen war eine konzentrierte Hetze durch Springer und zwar, wie üblich, beschränkt auf die Lokalzeitungen, um der Presse im Bundesgebiet die Beurteilung zu erschweren.

**ROTER KALENDER**

**Der Rote Kalender für Lehrlinge und Schüler 1972, herausgegeben bei Wagenbach, erscheint in einer 2., durchschnüffelten Auflage, Anfang Dezember und kann zum Preis von DM 2,– bezogen werden durch Bücher- & Papervertrieb, 605 Offenbach 4, Postfach 591.**

Am 2. 11. vormittags rief uns der Springer-Inland-Dienst an, um sich zu erkundigen, wann der Kalender erschienen und (wörtlich!) warum er noch nicht verboten sei. Am Mittag desselben Tages verbreitete er die erste Hetzmeldung. Am 3. 11. erschien im Boulevardblatt „BZ" (Springer), das uns bisher keiner Rezension würdigte, auf Seite 2 eine umfangreiche Denunziation („Was da jungen Leuten empfohlen wird, reicht von verkappter Aufforderung zu Sabotage bis zum 'richtigen' Genuß von Rauschgift ... ob Polizei und Justiz da mitspielen? ... Rotbuch 29, in dem die Baader-Meinhof-Bande ... ").

Ebenfalls am 3. 11. schrieb die „Berliner Morgenpost" (Springer), auch ein Blatt, das uns sonst nicht rezensiert: „Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß linksradikale Kräfte mit aller Macht versuchen, die demokratische Grundordnung zu unterminieren ... abgesehen von der unverantwortlichen Anleitung zum Gebrauch von Haschisch offenbart sich der zynische Versuch, junge Menschen ... Rotbuch 29 ... Baader-Meinhof-Bande ..."

Am 4. 11. faßte Matthias Walden, Springer-Publizist, noch einmal nach: „kriminell ... der Staatsanwalt wird tätig werden müssen ... Prozeß ... es könnten wieder Literaturprofessoren vortragen, das erfülle die Merkmale der Satire ... Kaufhausbrandstiftung ... Terrorkalender ... es wird nicht genügen ... es kommt darauf an, daß der Kalender 1971 eingestampft und sein Verleger mit dem Gesetz ... keine bessere Antwort als der Ruf nach dem Staatsanwalt." Am selben Tag erging der Beschluß des Gerichts.

Als Staatsanwalt Weber, der am 8. 11. mit zahlreichen Polizisten den Verlag besetzte, auf diesen Zusammenhang hingewiesen wurde, erklärte er, das sei ihm peinlich, aber er habe das Buch schon am 2. 11. nachmittags erworben. Als er darauf hingewiesen wurde, daß der Springer-Inland-Dienst am Vormittag desselben Tages bereits angerufen habe, schwieg er und bekam ausdrucksvolle rote Ohren. Der Beschluß beweist außerdem an einer Stelle, daß die Staatsanwaltschaft der Springer-Denunziation gefolgt ist.

Wir dokumentieren diese Büttel-Funktion nicht deswegen, weil wir der Staatsanwaltschaft das Recht bestreiten, die Tagespresse heranzuziehen, sondern wegen der Interessenlage: a) muß sich die Staatsanwaltschaft eine Kritik der Quellen ihrer Strafanträge gefallen lassen, zumal wenn es immer die gleichen sind; b) haben alle Quellen der Staatsanwaltschaft in diesem Fall ihre Interessenlage verschwiegen: im „Roten Kalender" wird der Springer-Konzern mehrfach angegriffen.

Die zweite Aktion stellte sich außerdem – offenbar ermutigt durch das öffentliche Schweigen oder die Zustimmung zur ersten – zweimal außerhalb jeder Legalität: a) Es wurde ein Ordner beschlagnahmt, in dem wir Pressestimmen zur Beschlagnahme von Rotbuch 29 gesammelt und eine Sammlung vorher erschienener Auszüge begonnen hatten, als Material für den juristischen Einspruch. Die Beschlagnahme unseres Materials diente klar der Erschwerung dieses Einspruchs. b) Ein Fotograf des „Spiegel" wurde daran gehindert, in unseren Räumen Aufnahmen zu machen und, als er den Abzug der Polizei auf der Straße fotografieren wollte, nicht nur wiederum daran gehindert, sondern vorsorglich verhaftet und abtransportiert.

Die Inkriminierungen der Seiten 3, 7, 95 und 96/7 des „Roten Kalender" sind sämtlich lächerlich oder gehen von Unterstellungen aus. Wer sich im einzelnen dafür interessiert, dem senden wir gern eine Kopie unseres Einspruchs.

Gegen den Beschluß des Amtsgerichts haben wir Beschwerde eingelegt. Die Strategie des Springer-Konzerns, den „Roten Kalender" zu unterdrücken, werden wir mit einer „zweiten, durchschnüffelten Ausgabe" unterlaufen, die am 1. 12. erscheint.

## Das alles kommt den Verlag teuer,

nicht nur wirtschaftlich (allein die Herstellungskosten der eingezogenen Bücher liegen bei DM 25 000,-) oder strafrechtlich (die herangezogenen Paragraphen sehen sämtlich hohe Gefängnisstrafen vor):

Der Springer-Konzern weiß genau, warum er uns zum „Baader-Meinhof-Verlag" hochstilisiert – er kann das auch, da er alle übrigen Bücher des Verlages höchstens als jährliches Alibi rezensiert. Die Bild-Zeitung weiß genau, warum sie – wider besseres Wissen und nur in der süddeutschen Ausgabe – gegen eine der dort mit uns arbeitenden Druckereien hetzt.

Die Bundespost weiß genau, warum sie sich mit geradezu unverschämter Offenheit erlauben kann, unser Telefon zu überwachen, die Post zu verzögern und uns Briefe oder Bestellungen in ganz anderen Umschlägen als denen der Absender zuzustellen.

Die Berliner Staatsanwaltschaft weiß genau, wie sie die Presse informiert und warum sie unsere Vertragsauslieferungsfirma nicht nur zweimal, sondern mehrfach besuchen läßt. Warum sie zweimal hunderte von Polizisten in über tausend Buchhandlungen schickt, ausgerüstet mit Beschlagnahmeverfügungen in Bezug auf Aufforderung zu strafbaren Handlungen und Opiumgesetz, oft sogar mit Hausdurchsuchungsbefehlen, in einzelnen Fällen sogar mit Personalienfeststellung der Kunden.

Diese großzügige Freistellung von Polizeikräften ist selten. Sie findet nicht statt bei kapitalistischen Gaunerstückchen wie den Piratendrucken von Solschenizyn, dessen Illegalität deutsche Staatsanwälte seit Wochen der gesamten Tagespresse entnehmen können.

Wir finden die Haltung zweier (Springer-freien) Zeitungen, die die Aktionen gegen uns „uneingeschränkt" gutheißen und weitere

Denunziationen nachschieben, verächtlich. Wir finden das Verstummen mancher Zeitungen gegenüber diesen beiden ersten Fällen krasser politischer Zensur ex officio („zum Nachteil der Bundesrepublik Deutschland", wie eine der Beschlagnahmeverfügungen zu enthüllen weiß) selbstmörderisch.

Wir bitten um Solidarität: Kauft Bücher unseres Verlages.

**Wagenbach-Kollektiv**
**Verlag Klaus Wagenbach**
**1 Berlin 31, Jenaer Straße 6**

# Aufstieg und Fall des Hamburger Lehrlingszentrums

**„Lehrlinge zusammenhalten, Lehrlinge zusammenhalten und organisieren!" singt die Münchener Songgruppe. Ihr Lied ist populär geworden, populär wurde auch der Hamburger „Jour Fix". Es schien einige Zeit so, als könnte der „Jour Fix" als eine neue Form gewerkschaftlicher Jugendarbeit zusammenhalten, was anderenorts auseinanderstrebt, sich in Fraktionskämpfen aufreibt und eine linke Politik in der Jugendarbeit mehr schwächt als zu ihrer Stabilisierung beiträgt.**

**Mit dem „Zusammenhalten und Organisieren" scheint es nun in Hamburg fürs erste vorbei zu sein. Am 4. 9. 1971 faßte die Kreisjugendkonferenz des DGB in Hamburg den Beschluß, den „Jour Fix" in seiner bisherigen Form aufzulösen. Begründet wurde der Antrag mit dem Hinweis, die Fraktionskämpfe hätten die aktiven Kollegen abgestoßen, so daß der „Jour Fix" die vom Kreisjugendausschuß übertragenen neuen Aufgaben (z. B. Öffentlichkeitsarbeit, spezielle Berufsprobleme) nicht lösen konnte. An die Stelle des bisherigen „Jour Fix" sollten nach dem Beschluß der Kreisjugendkonferenz offene Arbeitskreise der Einzelgewerkschaften und regelmäßige öffentliche Veranstaltungen treten, die die Funktion, die der „Jour Fix" nicht mehr hatte ausfüllen können, zu übernehmen hätten.**

**Eine Gruppe ehemaliger „Jour Fix'ler" nimmt im folgenden Beitrag, dem ein Artikel in den Gewerkschaftlichen Monatsheften 11/71 zugrunde liegt, zur Geschichte und den Hintergründen dieser Entscheidung Stellung. Sie nimmt für sich in Anspruch, ein „eigenes politisches Programm" zu vertreten. Die polemische Auseinandersetzung mit der SDAJ läßt hier die Position, nicht jedoch schon dieses Programm selbst erkennen. Die Veröffentlichung dieses Artikels erscheint uns notwendig, da er an einem konkreten Beispiel die Konsequenzen einer politischen Strategie aufdeckt, die gerade in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit kritisch diskutiert werden müßte.**

Der Hamburger „Jour Fix" der Gewerkschaftsjugend, erstes gewerkschaftliches Lehrlingszentrum der BRD und hoffnungsvoller Start in eine neue gewerkschaftliche Jugendpolitik, ist tot. Was ist mit diesem Namen gestorben, was übriggeblieben? Es wird davon abhängen, was wir alle, auch die ehemaligen „Jour Fixler", aus der Sache für Lehren ziehen. Deren gibt es eine ganze Menge zu ziehen, denn der „Jour Fix" (JF), vor allem sein Ende, ist kein Einzelfall, sondern steht exemplarisch für einige Entwicklungen im gewerkschaftlichen Jugendbereich. Wir — keiner politischen Gruppe zugehörig noch verantwortlich! — zeichnen den Weg des „Jour Fix" in Stichworten nach, vor allem auch, um zu zeigen, wie es weitergehen kann und wie nicht.

Dazu eins gleich vorweg: Lehrlingspolitik in den Gewerkschaften ist schwieriger geworden. Der Klassengegner, der sich schon längst zur Abwehr der Lehrlingsproteste formiert hat, kann inzwischen auch auf gut formierte Hilfstruppen rechnen — und sie stehen in unseren eigenen Reihen! Das nicht zu sehen oder unter dem Deckmantel „linker" Solidarität nicht auszusprechen, ist der Selbstmord gewerkschaftlicher Selbstorganisation (SO) der Lehrlinge — und diese ist notwendiger denn je, hat sich doch an der konkreten Scheiße in den Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen bisher wenig geändert. Wir setzen mit diesem Beitrag die offene Diskussion über Freunde und Feinde, Erfolge und Fehler der Lehrlingsbewegung fort, die wir bereits begonnen haben, zumal zu diesen Fragen immer mehr Material geradezu auf der Straße liegt — man muß nur darauf zeigen. Wir können und werden das tun, weil wir nur einem verantwortlich sind: Unserem eigenen politischen Programm!

## 1. Phase, Vorspiel, Sofortprogramm, Gründung

Sept. 68 — Lehrlinge und Studenten stören die Freisprechungsfeier der Handelskammer, der Startschuß für die „Lehrlingsbewegung" in Hamburg ist gefallen. Abgeschlaffte junge Gewerkschaftskollegen tauchen wieder auf, ein Arbeitskreis organisiert die erste Lehrlingsdemonstration der BRD mit über 1000 Lehrlingen. Der 1. Mai 69 wird von 3000 Schülern, Jungarbeitern, Lehrlingen gestört, die Klassenkampf statt Wahlkampf fordern. Der erste massenhafte Lehrlingsprotest richtet sich **gegen** die Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsverwaltung reagiert mit Abwehr, die gewerkschaftliche Organisation, Lehrlinge und Studenten mit einem Programm, das in ersten aktiven Jugendversammlungen im Gewerkschaftshaus erarbeitet wird und das der DGB-Kreisvorstand als „Jugend — politisches Sofortprogramm" annimmt. Der JF, Kernstück des Programms, wird im Sept. 69 gegründet und steigt schnell auf 40—80 Teilnehmer pro Abend, vor allem auch wegen des großen Echos in „bürgerlicher Öffentlichkeit".

## 2. Phase, Erste Aktivitäten und Konflikte

In Selbstorganisation (SO) nehmen die JF-Kollegen ihre Dinge selbst in die Hand: Die „Weltfirma" Rheinstahl wird mit einer Betriebsdemonstration wegen schlechter Ausbildung angegriffen, das erste Lehrlingshappening ist ein „Fegin" auf der Mönckebergstr., gegen die Berufsschulkatastrophe wird ein Notopfer in der Stadt gesammelt, gewerkschaftsintern mobilisiert und delegiert der JF viele Arbeiten in Zusammenhang mit dem gerade verabschiedeten Berufsbildungsgesetz. Die organisatorischen Initiativen der SDAJ-Kollegen sind in dieser Phase unersetzlich. Höhepunkt ist die zentrale DGB-Jugendversammlung am 30. 4. 70 im Audimax vor über 2000 Jugendlichen, die der JF in allen Punkten voll trägt und wo er mit einer selbstgefertigten und vorgetragenen Montage gleichfalls neue Formen der Agitation „entdeckt".

### Materialien

**Praxis und Theorie gewerkschaftlicher Lehrlingspolitik, dargestellt am Beispiel des Hamburger „Jour Fix" (April 1971); 206 Seiten, broschiert, DM 5,10.**

**Lehrlingskampf in den Betrieben. Theorie und Praxis der Lehrlings-Betriebsgruppenarbeit, geschildert von der Durag-Betriebsgruppe der IG Metall im „Jour Fix" der Hamburger Gewerkschaftsjugend (September 1971); 70 Seiten, broschiert, DM 3,—.**

**Bezug über Bücher- & Papervertrieb, 605 Offenbach 4, Postf. 591**

Aber auch: Erste Konflikte mit der Gewerkschaftsverwaltung, die (nach vielem Kleinkrieg von Anbeginn an) bei der Berufsschulaktion zuschlägt: Verbot, da Wahlkampfchancen der SPD in Hamburg beeinträchtigt werden. Erste Polarisierungen mit SDAJ, die vor allem in Zusammenhang mit dem 30. 4., wo sie im Verein mit anderen linken Gruppen die Diskussion kaputtmacht, Angst vor der massenhaften SO kriegt und das durch Disziplin und Zentralisation „in den (ihren) Griff kriegen" will. Die Gewerkschaftsverwaltung zeigt nur ihr altes Gesicht: Wortradikalismus, aber kleinliche bürokratische Praxis, ja, Angst vor jeder Praxis. Doch diesmal ohne Erfolg: Die selbstbewußte Basis dreht das Verhältnis um, der JF negiert das Verbot, begreift persönliche Querelen endlich als grundsätzlichen gewerkschaftsinternen Konflikt, stellt umgekehrt nun an die Verwaltung knallharte Forderungen. Politische Strategie zentriert sich praktisch um die Parole: Gegen den Kapitalismus, für Gewerkschaftsdemokratie!

## 3. Phase, Theoriebedürfnis und Organisationsdebatten

Nach den positiven und negativen Erfahrungen (die Rheinstahlsache schlief z. B. durch ein paar Konzessionen der Geschäftsleitung wieder ein, da keine Basis **vor** der Aktion unter den Rh.-Lehrlingen): Theoriebedürfnis und seine Befriedigung in Seminaren, Arbeitskreisen und in den allgemeinen Diskussionen im JF. (Theorie als Element und als Funktion der Praxis!!!) Wirkungsvolles Aufbrechen der kapitalistischen „Mentalitätsschulung" durch Eigenaktivität und Selbstverwirklichung im solidarischen Verbund. Selbstverständnis zunehmend als Neuansatz gewerkschaftlicher Politik aus der immer stärker erkannten Sackgasse bisheriger Gewerkschaftspolitik. Zusammen mit der Theorie- eine Organisationsdiskussion, da nach 30. 4. Organisierung der **Erfahrung** von Klassengesellschaft und Organisierung des zielgerichteten **Klassenkampfes selber** miteinander verkoppelt werden mußten. In beiden Punkten weiteres Auseinanderfraktionieren mit SDAJ, die erstmals offen bekennt, daß der JF für sie nur Übergangslösung ist, Ankurbler bürokratischer Verwaltungsaktivitäten in den durch die JF-Aktivitäten wiedererstandenen Satzungsgremien der Gewerkschaftsjugend. Das zerstörerische Taktieren dieser Genossen verhindert zum Gutteil die Integration der nach dem 30. 4. kommenden Lehrlinge. Als schließlich auch die anfangs massenhaft rekrutierten Junggenossen durch diese Taktik ihrer „Führer" verunsichert werden und ihre Eigenerfahrung im JF ein Unruhefaktor innerhalb der bürokratisch disziplinierten SDAJ wird, zieht man sich aus dem JF zurück.

## 4. Phase, Tarifkampf IGM 70 und „JF-Putsch"

Aktives Einschalten des JF in den IGM-Tarifkampf, da erstmals auch Tarif für Lehrlinge (Solidarität aller für alle als JF-Prinzip). Die Gewerkschaftsverwaltung taktiert hinter dem Rücken der Lehrlinge, der JF deckt das auf, mobilisiert dagegen, die SDAJ personalisiert und beschwichtigt. Da diese Taktik an den Erfahrungen der jungen Kollegen vorbeilügt, spitzt sich der Fraktionskampf zu. Da die Aktivität des JF und einzelner JF-ler erstmals auch Vertrauensleutegremien und Tarifkommissionen hinter die Forderungen der Lehrlinge bringt und die SDAJ auch direkt mehrere Niederlagen einstecken muß (in Jugendversammlungen), führt sie zusammen mit dem maoistischen SALZ den „JF-Putsch" durch. Bei dem Versuch des JF, nach dem Tarifkampf endlich die diskutierte Organisationsreform in die Tat umzusetzen, überrumpelt man ihn mit herbeigeschlepptem Stimmvieh, um ein für jeden Ansatz von SO (bewußt) tödliches Schulungs- und Disziplinierungsmodell durchzudrücken. Die JF-Lehrlinge verlassen einfach den Saal und machen nebenan den JF — ihren JF! — weiter.

## 5. Phase, Stagnation, Theoriediskussion und Notprogramme

Nach dem gescheiterten Putsch völliger Rückzug der SDAJ aus dem JF (bis heute!), aber zusammen mit SALZ wütende öffentliche Attacken und Flüsterparolen. Es entsteht der Eindruck, auch der JF sei nun Schauplatz linker Glaubenskriege.

Folge: Es kommen kaum noch neue Lehrlinge. Kurzfristige Aktualisierungsversuche mißlingen, da die Aktionen zu kurz schießen: Der von anderen verspielte Vertrauenskredit ist nur ganz mühsam wieder aufzubauen.

Deshalb Wendung des JF nach innen: Langfristige Perspektive, Differenzierung der Arbeit, Verbreiterung in die Einzelgewerkschaften, vor allem Betriebsgruppenarbeit konzeptionell aufarbeiten (immer bessere Erfahrungen mit der Durag-Betriebsgruppe; s. Lehrlingskampf in den Betrieben. Hrsg. vom Sozialistischen Büro). Erarbeitung eines Tarifkonzeptes für Lehrlinge, Experimente mit Schulabgängern (Beratung und Seminare), Anlegen eines umfangreichen Archivs, Initiierung, konzeptionelle Vorarbeit und aktive Teilnahme an der ersten Bundeskonferenz der Lehrlingszentren im Februar dieses Jahres in Frankfurt (unter Mitarbeit des DGB), damit bewußtes Verlassen der „regionalen Borniertheit", weiterer Ausbau der LZ zur Bundeslehrlingszeitung u. a. durch JF-Kollegen.

## 6. Phase, Kampf um Selbstbehauptung und Neukonzeption

Der JF diskutierte seit dem letzten Sommer nun die Neukonzipierung der gesamten Jugendarbeit im DGB-Bereich Hamburg (und legte den **einzigen** inhaltlichen Antrag dazu auf der Kreis-Jugend-Konferenz vor), da die Probleme durch Einzelgruppen nicht mehr lösbar, vor allem nicht die Spannungen zwischen den Satzungsgremien und verschiedenen Basisgruppen, dessen Folge Stagnation der Arbeit ist (wenn man sich nicht mit der Resolutionsmaschinerie über diese Stagnation hinweglügt, wie es teilweise geschieht).

Die Zwischenergebnisse der JF-Diskussion gehen an alle Jugendorgane, zumeist Papiere zur Betriebsarbeit und zur JF-Arbeit in den Einzelgewerkschaften. Perspektive ist vor allem, den Kampf der Lehrlinge praktisch und nicht proklamatorisch mit dem der Gesamtklasse zu verbinden. Da mit dieser konsequenten Vorarbeit die Gremien ständig zur Tat aufgerufen sind statt zur Resolutioniererei, gelingt es der SDAJ, die Stimmung gegen den unbequemen JF auch über ihre Reihen hinaus auszudehnen, wobei keine Lüge billig genug ist. Das alles geschieht, obwohl der KJA gleichzeitig immer mehr unter den Druck der Schikanen des DGB-Kreisvorstandes gerät, etwa in der Rot-Punkt-Aktion. Statt die Basis zu stärken, verkündet der KJA, er könne alleine handeln — was er im übrigen Tag für Tag widerlegt. Der in die Klemme geratene Alleinvertretungsanspruch siegt auch in dieser Phase über das Gebot solidarischer Vernunft (zu dieser Auseinandersetzung siehe auch LZ 7/71):

Obwohl die SDAJ auf der letzten Kreis-Jugend-Konferenz in der Sache einige Niederlagen hinnehmen muß (etwa bei ihrer widersinnigen Forderung nach dem Prozenttarif für Lehrlinge gegen die JF-Forderung nach einem gleichen Ausbildungshonorar), gelingt es ihr, einen Beschluß zur inhaltlichen Umfunktionierung des JF durchzusetzen: Alle 14 Tage sollen im JF nun Filme oder Vorträge laufen. Angesichts der inzwischen erreichten Qualität der Praxis, der gewerkschaftlichen Notwendigkeiten und der Erfahrung mit diesen Dingen in der alten Gewerkschafts-Jugendarbeit, ist das ein völlig unverständlicher Beschluß. Er wird verständlich, wenn die mögliche Konsequenz (Einschläfern des JF) als strategisches Ziel jener Gruppe genommen wird!

Der Beifall ließ nicht lange auf sich warten: Gleich nahm der DGB-Kreisvorstand den Liquidierungsbeschluß schon für die Beerdigung und verkündete zudem, damit sei auch das Sofortprogramm erledigt, obwohl noch nicht 10% davon realisiert waren bisher — dafür hatte sich die Kreisjugendkonferenz aber auf Betreiben der SDAJ ausgiebig mit dem Moskauer Vertrag beschäftigt und ähnlichen Dingen, die so gut klingen, vor allem, wenn sie im Papierkorb der Adressaten rascheln.

## 7. Schlußfolgerungen:

Die Schilderung selbst hat wohl begründet, warum der Auseinandersetzung mit bestimmten Vorstellungen von sozialistischer oder bürokratischer Praxis in der JF-Arbeit soviel Aufwand gegolten hat. Dabei war sein wichtigster Fehler: Der JF begriff sich durchaus nicht als Spielwiese, sondern zunehmend als möglicher Neuansatz gewerkschaftlicher Politik und Organisation, trennte aber in der Praxis immer noch zwischen gewerkschaftlichem und politischem Kampf (eine Trennung, die angesichts des sich organisierenden Kapitalismus immer riskanter wird), und überließ es außenstehenden politischen Gruppen, das Feld zu besetzen, statt diese Kollegen in die praktische Organisierung **politischer Gewerkschaftsarbeit** hineinzuzwingen durch die harte, offene Diskussion der Motive, um dann dort, wo die Solidarität mit den Kollegen anderen Solidaritäten untergeordnet werden sollte, die Alternative aufzustellen: **Mit**arbeit oder keine! Die parteipolitische Gängelung der Gewerkschaften gilt es zu zerschlagen, nicht auszutauschen: so ist die Basis für eine antikapitalistische Gewerkschaftspolitik zu legen, vor allem im Jugendbereich.

Etwas ganz Wichtiges hat sich inzwischen ereignet: Nachdem die SDAJ der Gewerkschaftsverwaltung so willfährig war, um ihr eigenes Fell ins Trockene zu bringen, bedankte sich der DGB-Kreisvorstand für die abgenommene Dreckarbeit mit einem saftigen Fußtritt: Nach dem Verbot der Rot-Punkt-Aktion und nach dem Verbot der Regionalkonferenz der Lehrlingszentren (siehe LZ 7) nun gleich in einem Aufwasch Beerdigung des Sofortprogramms, Verbot sogar der Filmabende, Verbot der Veranstaltungswoche zum „Jahr des jungen Arbeitnehmers" in der vom KJA vorgelegten Form, Verbot einer Demonstration der Gewerkschafts-Jugend gegen den Rausschmiß des Kollegen Bär bei den Gummiwerken Phönix-Harburg.

Zusammen mit dem Fall in Bremen (Rauswurf von 5 SDAJ-Kollegen aus der Gewerkschaft NGG — LZ 8/71), zusammen damit, daß der DGB noch keinen Finger krumm gemacht hat für die beschlossene zweite Bundeskonferenz der Lehrlingszentren (siehe LZ 5/71), daß im „Jahr des jungen Arbeitnehmers" außer Prospekten, Plakaten, Papieren noch keine einzige andere überregionale Aktion angepackt wurde, im Gegenteil Versuche der Lehrlinge dazu abgewürgt wurden, zusammen mit vielen negativen Meldungen aus anderen Teilen der BRD und schließlich zusammen mit der niederschmetternden Tatsache, daß der Hamburger KJA nicht einen Mucks gegen diese eiskalte antigewerkschaftliche Konfrontationspolitik des Hamburger DGB-Kreisvorstandes unternehmen will, sondern mit seinen berüchtigten Einheitsparolen der Bürokratie noch in den Hintern kriecht und die Kollegen, die dagegen etwas sagen, als „Spalter" denunziert — und genau damit spaltet! — ergibt sich die folgende Situation:

Die Gewerkschaftsverwaltungen wollen unter **allen** Umständen, auch unter Einschluß des langfristigen gewerkschaftlichen Selbstmordes, die Lehrlingsunruhe „in den Griff kriegen".

Die Gewerkschaftsverwaltungen haben (hinter vorgehaltener Hand natürlich) längst die taktische Funktion der SDAJ erkannt und nutzen sie konsequent aus: Die SDAJ, durch Rausschmißdrohungen diszipliniert bzw. erpreßt, muß kriechen, — und die zerstörerische Dreckarbeit an der Basis übernehmen, so oft Selbstbehauptung, Selbstbewußtsein und Selbstorganisation das eingeübte Prinzip von befehlender Verwaltung und gehorchenden Beitragszahlern gefährdet.

Lehrlingsarbeit in den Gewerkschaften hat das einzukalkulieren. Wenn sie sich statt offener harter Diskussion mit entsprechender Konsequenzen vom Einheitsgeschwafel von Verwaltung und SDAJ einlullen läßt, darf sie sich nicht wundern, wenn das bißchen Windmachen, das man ihr dann noch toleriert, kein einziges kapitalistisches Stäubchen aufwirbelt — und erst recht kein „Monopol knackt".

Auch in Hamburg wird die Arbeit von zwei Jahren „Jour Fix" nicht durch Verwaltungsbeschluß einfach vom Tisch sein.

**Kollektiv (ehemaliger) „Jour-Fixler", Hamburg, c/o Reinhard Crusius, 2 Hamburg 20, Eppersdorfer Landstraße 85.**

modelle

# SEAT-Streik: Solidarität mit den spanischen Arbeitern

**Zu den unerträglichen Merkmalen der bestehenden Verhältnisse gehört der nahezu völlige Mangel wirklicher internationaler Solidarität der Linken. Sieht man von einigen machtlosen Kleingruppen ab, so ist die einstige große Parole der Arbeiterbewegung (wie übrigens auch des revolutionären Bürgertums) von der Internationalität des Kampfes gegen Unterdrückung, von der Internationale der Arbeiterbewegung, kaum mehr eine sonntägliche Phrase. Heute dominieren die internationale Konterrevolution, Großmachtinteressen der Hegemonialmächte und die „Staatsraison" der Nationalstaaten, das Interesse am Profit der nationalen Kapitale und der „Stellung auf dem Weltmarkt". Auch die „sozialistischen Staaten" handeln im Interesse nationalen Profits und nationaler Macht, wie ihre — an den Grundsätzen sozialistischer Internationalität gemessen — schamlosen Praktiken zum Beispiel gegenüber Persien, Griechenland, Spanien beweisen. Fast überall beherrschen nationale, vom globalen Konkurrenzkampf bestimmte Erwägungen das Handeln und Denken. So kümmert es die Westdeutschen heute einen Dreck, was ihren spanischen, griechischen oder französischen Klassengenossen geschieht. Den Führern der Sowjetunion und verbündeter Staaten ist es gleichgültig, ob ihr „Handelsverkehr" streikenden Arbeitern oder Aufstandsbewegungen in kapitalistischen Ländern in den Rücken fällt. Umso mehr erhalten Versuche Bedeutung, wieder damit zu beginnen, die Erfahrung internationaler Solidarität zu schaffen.**

**Während einmal mehr polnische Kohlenlieferungen die Herrschenden Spaniens vor der materiellen Gewalt der streikenden asturischen Bergarbeiter schützen, organisierten die Comisiones Obreras und das Sozialistische Zentrum Stuttgart, zusammen mit anderen politischen Gruppen, eine Solidaritätsdemonstration für die streikenden spanischen Arbeiter. Wir dokumentieren den dort bekannt gegebenen Aufruf der Arbeiter des spanischen Automobilwerkes SEAT, um ein authentisches Zeugnis des Kampfes gegen den Francismus und des Verlangens nach internationaler Solidarität sprechen zu lassen, sowie einen kurzen Begleittext des SZ-Stuttgart. Spanien ist auf dem Wege zu einer vorrevolutionären Situation, Teile Spaniens befinden sich mitten darin. Die herrschenden Klassen Spaniens sind zerstritten; die klassenbewußten Proletarier rechnen mit einem**

**baldigen Generalstreik und bereiten sich darauf vor; das Bündnis der spanischen Demokratie mit den spanischen Sozialisten und Kommunisten verspricht eine breite Massenunterstützung, wie sie sich eben in Barcelona praktisch bewährt hat. Die westdeutsche Linke muß sich, so schwach ihre Kräfte sind, darauf vorbereiten, den spanischen Kampf zu unterstützen wo immer sie kann.**

**GERT SCHÄFER**

Die kämpfenden Arbeiter der SEAT-Werke in Barcelona/Spanien haben an uns folgendes Flugblatt gerichtet. Die Arbeiter von SEAT sprechen zu uns allen:

An die Arbeiterklasse, an die Bevölkerung von Barcelona, an die Arbeiter, Bauern, Studenten, Intellektuellen, an alle sozialen und politischen Kräfte, die gegen die Diktatur und für die Demokratie in Spanien kämpfen. An die Arbeiter von FIAT, RENAULT, CITRŒN, DAIMLER-BENZ, an alle Arbeiter der ganzen Welt, an die internationale Öffentlichkeit.

Genossen, Freunde!
Gestern, am 18. Oktober, haben die Arbeiter von SEAT für 12 Stunden die Fabrik SEAT in der Zona Franca von Barcelona besetzt, nachdem sie sich versammelt und den Streik ausgerufen hatten. Nach harten Kämpfen, in denen die kriminelle unterdrückende Gewalt der francistischen Diktatur deutlich wurde, wurden wir aus der Fabrik ausgeschlossen...

Sie haben verlangt, unsere Genossen SILVESTRE, VARO und VALLEJO sollten zu zusammen 29 Jahren Gefängnis verurteilt werden. Da wir angesichts dieser Situation in SEAT kämpfen, da die asturischen Bergarbeiter, die Bauarbeiter von Madrid, die Mediziner und Psychiater, die Wissenschaftler kämpfen; da unser ganzes Volk sich erhebt, um „Basta YA" (jetzt reicht's) zu rufen, haben die Arbeiter von SEAT gestern beschlossen, die Fabrik zu besetzen, um unseren Kampfeswillen, unsere Forderungen, unsere Rechte, unsere Arbeiterwürde, die Freiheit und die Rechte unseres ganzen Volkes zu verteidigen – in der Gewißheit, daß unsere Einheit und unser Kampf uns zum Sieg führen werden.

Wir haben friedlich die Fabrik besetzt. Wir haben eine allgemeine Arbeiterversammlung einberufen und wir haben gestern unsere unmittelbaren Forderungen gestellt:

- Die Wiederzulassung aller Entlassenen
- Keine Repressalien, keine Entlassungen mehr
- Die Unternehmer sollen die Lohnverträge mit den tatsächlichen Vertretern der Arbeiter verhandeln, denen, die von den Arbeitern gewählt wurden. Sie allein vertreten die Entscheidungen, die die Vollversammlung der Arbeiter als einziges entscheidendes Organ der Arbeiter beschlossen haben.

Das war, das ist, was wir immer gefordert haben. Und wie hat die Fabrikleitung geantwortet?

Die Firma, die Kapitalisten von SEAT, haben mit den Arbeitern nicht geredet, haben uns mitgeteilt, daß wir entlassen sind – entlassen aus der Fabrik, die nur auf Grund unserer Arbeit funktioniert und Jahr für Jahr Millionen und Millionen von Profit abwirft!

## Proletarischer Internationalismus

**Wieder einmal fällt ein sozialistischer Staat streikenden und kämpfenden Arbeitern in den Rükken. Wieder einmal wird dieses Verhalten mit der Begründung verteidigt, daß es gelte, das Vertrauen in die Vertragstreue des sozialistischen Partners nicht zu zerstören. In Asturien überschritt der Förderungsverlust der staatlichen Gesellschaft Hunosa Anfang November bereits 300 000 Tonnen Kohlen; der Streik asturischer Bergarbeiter legte die Stahlproduktion lahm, die über keine Vorräte mehr verfügt. Das Eintreffen polnischer Kohle hilft der spanischen herrschenden Klasse zur rechten Zeit aus der Klemme. Nach einer Meldung von „Le Monde" urteilte ein führender spanischer Arbeiter, an dergleichen gewohnt, trocken: „Die kommunistische Regierung Polens hilft Franco, gegen die Bergarbeiter zu kämpfen; das ist eben eine ganz besondere Art, den proletarischen Internationalismus zu begreifen".**

Der Zivilgouverneur, direktes Instrument der diktatorischen Regierung der Franco-Mumie, des Idioten Juan Carlos, des OPUS DEI, der Großkapitalisten, hat die Streitkräfte der Unterdrückung geschickt: Die Polizei hat zuerst die Fabrik umzingelt. Dann ist sie in die Fabrik eingedrungen. Sie wurde von den Arbeitern zurückgeschlagen. Dann ist die berittene Polizei gekommen, hat Tränengasbomben geworfen, hat auf die Arbeiter geschossen! Dann haben sie einen Beobachtungshubschrauber geschickt. Heute nachmittag ist die Polizei wieder in SEAT eingedrungen, um die Arbeiter der Nachmittagsschicht, die auch streikten, aus der Fabrik rauszuwerfen.

Heute hat die Betriebsleitung Maßnahmen der Aussperrung und der Lohnverweigerung ausgesprochen: 6 Tage lang, bis zum nächsten Montag, für die Frühschicht 2 Tage lang, bis zum Freitag, für die Abendschicht.

Die Arbeiter von SEAT haben beschlossen, gegen die Angriffe zu kämpfen. In den ganztägigen Versammlungen in der besetzten Firma haben wir der Polizei unsere Haltung erklärt, zu der wir auch heute stehen: daß wir NICHTS gegen die Polizei haben, wenn sie uns nicht provoziert.

Wir glauben, daß sie dazu da ist, die Diebe und Kriminellen zu verfolgen (und davon gibt's genug in der Regierung MATESA – und auch in der Betriebsleitung). Aber wir setzen uns der Aggression der Polizei nicht aus und wenn sie existiert, werden wir uns verteidigen, wie wir es gestern in der besetzten Fabrik getan haben. Die Funktion der Polizei darf nicht der Kampf gegen das Volk sein, das seine Rechte verlangt. Die Polizei darf sich nicht in Mörder der Arbeiter verwandeln.

Wir verurteilen die kriminelle Verantwortlichkeit des Zivilgouverneurs, der Firma und des Polizeichefs, die befohlen haben, auf die Arbeiter in der besetzten Fabrik zu schießen. Der Arbeiter Antonio Ruiz Villalda hat 4 Schüsse in den Bauch bekommen, noch gestern war er in Lebensgefahr. (Er ist inzwischen gestorben – Anmerkung d. Übersetz.). Die Verbrecher des Zivilgouvernements sagen uns nicht, in welchem Krankenhaus der Verletzte liegt. Wenigstens ein anderer Arbeiter wurde durch Schüsse in den Kopf verletzt.

Wir begrüßen herzlich die weite Antwort der Solidarität, die wir bis jetzt erhalten haben: sie war möglich durch die Organisation, die Koordination und die Leitung der Comisiones Obreras, durch mehrere politische revolutionäre und demokratische Organisationen, durch die Studentenbewegung... Heute noch gab es Arbeitsniederlegungen bei PEGASO, MACCINISTA, HISPANO OLIVETTI, SIEMENS und in der Schraubenfabrik MATA, bei den Maurern von BELLATERRA und RESELSON. Es gab Versammlungen und Demonstrationen in den Fabriken von CISPALSA PEGASO (S. A.), LAMPARAS ZETA (Phillipps). Es gab Treffen und Flugblätter vor den Toren vieler Fabriken. Wir, die Arbeiter von SEAT, haben gestern und heute Treffen und Arbeiterversammlungen auf den Straßen organisiert und haben uns dort mit vielen Menschen von Barcelona, vor allem mit Bauarbeitern und den Arbeiterinnen von Phillipps getroffen.

Wir, die Arbeiter von SEAT, erklären uns voll solidarisch mit den Bergarbeitern von Asturien, mit allen, die kämpfen! Wir rufen allen zu: Jetzt, jetzt, JETZT ist der Augenblick gekommen, zu kämpfen! Heute müssen wir auf allen Ebenen alle Gründe des Protests, alle Forderungen verkünden. Die Solidarität der Arbeiter, die Solidarität des Volkes vereinigt unsere Kämpfe, gibt ihnen Kraft!

Gleichzeitig müssen wir fordern: die politische Lösung aller gestellten Probleme; die Liquidation der francistischen Diktatur und und ihres Willens, sich durch den Idioten Juan Carlos fortzusetzen. Deshalb ist die größtmögliche Einheit der Kämpfe aller, die Freiheit und Demokratie wollen, notwendig. Auf zum Generalstreik! Einheit! Wir verlangen von den Arbeitern von AIFT, von RENAULT, CITRŒN, DAIMLER-BENZ, von allen italienischen, französischen und deutschen Gewerkschaften, von den Arbeitern der ganzen Welt, ihre Solidarität für unseren gemeinsamen Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse auszudrükken und zu organisieren gegen alle Unterdrückung und Ausbeutung. Die Erfahrung dieses unseres letzten Kampfes und die internationale Solidarität, die wir erreicht haben, zeigt die Notwendigkeit unserer Einheit.

Die Arbeiter von SEAT stellen die kriminelle Verantwortlichkeit aller fest, die die Erschießung von Arbeitern angeordnet haben. Wir verlangen den Rücktritt und die Entlassung des Zivilgouverneurs, des Innenministers und der Regierung, die aus Mördern des Volkes besteht. Wir fordern die Freiheit von allen Genossen von SEAT, von allen politischen Gefangenen. Wir fordern die Generalamnestie. Wir fordern, daß die Fabrik wieder geöffnet wird. Wir fordern die Rücknahme aller Entlassungen. Wir fordern Verhandlungen mit den Arbeitern, mit unseren wirklichen Repräsentanten, den Comisiones Obreras. Wir fordern Verhandlungen mit den Arbeiterversammlungen über den Lohnvertrag und alle Fragen, die damit zusammenhängen! Weg mit diesem System von Dieben und Mördern! FREIHEIT, DEMOKRATIE, AMNESTIE! Auf zum Generalstreik!
Barcelona, 19. 10. 1971

Comisiones Obreras von SEAT.
(Übersetzung aus d. Spanischen)

In einem Flugblatt haben wir die Situation in Spanien geschildert und die Forderungen der Kollegen dort mit Forderungen der deutschen und spanischen Arbeiter hier in der BRD verbunden, u. a. mit den Parolen:

- Unterstützt und helft den in der Bundesrepublik arbeitenden spanischen Kollegen!
- Protestiert gegen die Bespitzelung politisch und gewerkschaftlich tätiger Spanier!
- Gegen jede Zusammenarbeit und Unterstützung des Franco-Regimes durch die Bundesregierung!
- Gleiche Rechte für alle Arbeiter!

Außerdem haben sich deutsche Rechtsanwälte und Vertreter verschiedener Berufe mit einer Protesterklärung spanischer bürgerlicher Oppositioneller gegen die Verzögerungstaktiken und die Verantwortungslosigkeit der spanischen Behörden bei der Untersuchung des Mordes an Pedro Perillo durch Unterschriften solidarisiert! Weder DGB noch SPD schlossen sich der Solidaritätskundgebung an. Sie halten es für richtiger, zusammen mit der Regierung die „freundschaftlichen Beziehungen" zum Franco-Regime weiterzupflegen (Außenminister Lopez Bravo traf dieser Tage mit Außenminister Scheel in Baden-Baden zusammen, anschließend besuchte er das NATO-Hauptquartier in Stuttgart), statt für die Rechte der spanischen Arbeiter, die Freiheit des spanischen Volkes einzutreten.

linker digest
Le Monde 10.9.71

# Die Kmer-Revolutionäre verstärken ihre Basis auf dem Lande

Die kambodschanische Einheitsfront FUNC (Front uni national du Cambodge) vereinigt Kmers (Kambodschaner) der verschiedensten sozialen Herkunft. Viele gehören der „Volkspartei" an. Einige sind Anhänger der illegalen Kommunistischen Partei Kambodschas. Vereinigt „wie das Eigelb und das Eiweiß" bilden sie den „marschierenden Flügel" der FUNC. An die Illegalität und den Kampf gewöhnt, besitzen sie eine ganz besondere politische Erfahrung und Ausbildung... Sie sind Bauern, Handwerker, kleine Angestellte, Volksschullehrer und Landgeistliche; seltener Gymnasiallehrer und Studenten. Ihr Ziel ist ein doppeltes: Zuerst das Regime Lon Nol zu zerschlagen, das von den Amerikanern und den Südvietnamesen gestützt wird; dann die Gesellschaft und die Wirtschaft Kambodschas radikal zugunsten der arbeitenden Klassen zu verändern.

Dank seiner Herkunft steht dieser führende Flügel der Widerstandsbewegung den armen Bauern, den Kulis und den Knechten nahe, die die Hauptmasse derer bilden, die die FUNC unterstützen und mehr oder weniger regelmäßig an ihren Aktionen teilnehmen. Diese Masse, einer politischen Organisation beraubt, steht den Regierenden mit tiefer Feindseligkeit gegenüber, die sie für die Gewalttaten verantwortlich macht, die während der militärischen Operationen begangen wurden. Sie bleibt dem Prinzen Sihanuk treu und reagiert positiv auf die Maßnahmen der FUNC, deren Kader Menschen und Eigentum respektieren, die ländliche Wirtschaft ordnen und soziale Reformen in Angriff nehmen.

Endlich sympathisieren auch privilegierte Städter mit der FUNC aus Treue zu Sihanuk und aus Sehnsucht nach dem alten Regime, das ihnen große Vorteile bot. Ihr bedingtes Engagement erklärt sich aus dem Widerspruch zwischen ihren Interessen und denjenigen der Machthaber. Man findet hier Vertreter der Jugend der Oberschicht und bestimmte Kreise der Armee und der alten im Ruhestand befindlichen Politiker des Königtums.

Der Kitt, der diese Front zusammenhält, ist vor allem die Unzufriedenheit und der Zorn gegenüber dem Regime Lon Nol. Dies ist die Folge der mit Brutalität durchgeführten militärischen Operationen. „Zuerst zerstört man und dann treibt man Psychologie" bekannte ein Offizier der Regierungstruppen. „Die Roten machen es umgekehrt." In einem Cham-(Mohammedaner-)Dorf in der Nähe von

links

Angkor-Borei töteten am hellichten Tage die Maschinengewehre eines T 28 zwanzig Dorfbewohner.

Nachts drangen die Regierungssoldaten in Kampong-Kantuot ein und zwangen die Bewohner, ihnen ihre Transistoren und Schmucksachen herauszugeben. Die Opfer werden kurzerhand als Vietkongs hingestellt. Das Bild eines angeblichen „Vietkong-Kommandanten", der im Prek-Tameak getötet wurde, stellte einen einfachen Kuli dar, den die Dorfbewohner gut kannten. Er wurde von der Armee der Regierung umgebracht.

In der Hauptstadt hat die Unzufriedenheit wirtschaftliche Ursachen. Die Preissteigerungen sind augenfällig... Die Drohungen gegen Spekulanten und Wucherer haben keine Wirkung. Die unteren Schichten, deren Einkommen stagniert, können sich weder frischen Fisch noch Schweinefleisch leisten, zumal viele Familien Verwandte, die bei ihnen Zuflucht fanden, und Waisenkinder ernähren müssen. Der kleine Mann vernimmt mit Überraschung und Interesse die Berichte derjenigen, die von der „anderen Seite" kommen: Schweinefleisch kostet dort 60 Riel das Kilo und Reis 5–6 Riel. Nur Importwaren sind dort rar und teuer. Der zweite Grund zum Zusammenstehen ist die Zugehörigkeit Sihanuks zur nationalen Front. Für seine alten Gefährten, für die Landbevölkerung bleibt der Prinz „der Stützpfeiler der Einheit Kambodschas".

Die FUNC jedenfalls zieht Nutzen aus seinem glaubwürdig nationalen Charakter. Sie betont, daß sie den antikolonialistischen Kampf fortführt und beruft sich auf die Heldentaten der Nationalhelden. Zudem hält die Front sehr an der Kmer-Sprache fest.

Die Kader des FUNC verwahren sich entschieden dagegen, unter dem Einfluß der FNL oder Chinas zu stehen. „Wir wollen weder den Sozialismus Hanois noch den Pekings einführen; wir wollen eigene Lösungen finden, die unseren nationalen Realitäten Rechnung tragen," erklären sie. Eine Prüfung der Texte, wie der „Vorschriften für den revolutionären Kämpfer", zeigt, daß Ähnlichkeiten mit den Ideen Mao's vorhanden sind, daß aber die Ausdrucksweise und ein Teil der Ideen original sind.

Es ist schwer, eine Bilanz der Tätigkeit der FUNC zu ziehen. Kein Beobachter hat die Ergebnisse der heftigen Kämpfe bezeugen können, welche sich seit einem Jahre in der Ebene der „Vier Arme" abspielten. Die Schlachten von Srang, Vihear-Sour, an der R. N. 3, gaben Anlaß zu widersprechenden Berichten seitens der Sender von Phnom-Pen und von der FUNC... Es scheint, daß die Kampfgruppen der FUNC bei Überraschungsaktionen auf den Verbindungswegen Erfolg haben: Hinterhalt an der Straße Battambang-Païlin, Angriff auf einen Geleitzug, wobei der Gouverneur der Westprovinz, d'Onda-Mean-Chey, getötet wurde; Zerstörung der großen Brücke von Kampot. Die Geplänkel mit Minenwerfern und Raketen in den wichtigeren Städten sind fast alltäglich.

Die Aktionen der FUNC in den Städten haben ein dreifaches Ziel: die Sympathisanten und die Unzufriedenen zusammenzuführen, indem sie vom jetzigen Regime getrennt werden; Desorganisation der Kräfte des Feindes und Sammeln von Informationen. Es geht nicht darum, sich der Städte zu bemächtigen; aber man will sie ersticken, indem man das Land unter seine Kontrolle bringt. Hier wird die Arbeit in der Tiefe wirksam. Die Kader bemühen sich, wie die Bauern zu leben, „sich zu setzen wie sie, sich zu kleiden wie sie, zu essen wie sie; den Bauern weder durch Wort noch durch Tat (Diebstahl) Unrecht zuzufügen". So verlangen es die „Vorschriften für den Kämpfer". Zugleich unternehmen sie eine wirtschaftliche Aktion: Man setzt die Preise gemeinsam fest, man läßt die individuelle Viehzucht zu, organisiert aber gleichzeitig Genossenschaften. Die Agrarreform ist in den Provinzen Prey-Veng und Battambang nicht vergessen: Die Ländereien der Reichen, die in die Stadt geflohen sind, werden aufgeteilt.

Das Bild ist bei weitem nicht erschöpfend; übrigens wissen die Kader in den Städten wenig von dem, was auf dem Lande vorgeht. Die Bewegung ist sorgfältig wie durch eine Scheidewand getrennt. Die Verbindung zwischen den Regionen und zwischen den Städten und dem Land sind schwierig und langsam. Letztlich hängt die Verwirklichung der Ziele der FUNC weitgehend von der Arbeit der Verantwortlichen auf der lokalen Ebene ab.

**LUC BARANG**
**(Übersetzt durch ARTUR VON BEHR)**


## IMPRESSUM

**Herausgeber- und Redaktionsadresse: Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), Telefon 06 11 - 83 25 93 ● Redaktionskreis „links" z. Z. Christel Beilmann, Andreas Buro, Hansgeorg Conert, Heiner Halberstadt, Arno Klönne, Gert Schäfer, Klaus Vack, Mathias Walter, P. C. Walther, Edgar Weick. Geschäftsführende Redaktion z. Z. Andreas Buro (presserechtlich verantwortlich), Gert Schäfer, Klaus Vack ● Vertrieb und Bestellung: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,20, Jahresabonnement DM 15,– (einschließlich Porto), einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 61041; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17 412 695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in „links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 15. vor dem Erscheinungsmonat ● Druck: Druckhaus Reis KG, Beerfelden. ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage dieser „links"-Ausgabe liegt der Prospekt „Juventa — Ein engagiertes Programm" bei.**



## Bestellschein

**(bitte gut leserlich schreiben)**

**An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591**

**Ich abonniere „links" sozialistische Zeitung ☐ ab 1. 1. 1972**

**(Bezugspreis für das Jahr 1972 DM 15,–, einschließlich Porto — einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach, Postscheck Ffm. Nr. 610 41, Girokonto Nr. 1/741 269-5 bei Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach. Das Abonnement kann jeweils bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt — erstmals zum 31. 12. 1972 — werden.)**

**Vor- und Zuname:** .....

**Postleitzahl und Wohnort:** .....

**Straße:** .....

**Datum:** ..... .....

**Unterschrift**